Schattenblick

MA-Verlag | Schattenblick - Sonderausgabe IX | Dienstag, 18. Mai 2021

**POLITIK / KOMMENTAR**

*Foto: © by Nadine Stegemann*

**Bourgeoisie future ...**

*(SB)* - Wie dieses Bekenntnis Robert Habecks unterstreicht, kann die Bewältigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise aus Perspektive seiner aufstrebenden Partei nur auf einen grünen Kapitalismus ... *(S. 9)*

**POLITIK / KOMMENTAR**

*Foto: © by Schattenblick*

**Ideologische Widerhaken ...**

*(SB)* - In den zahlreichen Interviews, die Sahra Wagenknecht anlässlich der Veröffentlichung ihres Buches "Die Selbstgerechten - Mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt" Mitte April gegeben hat, beklagt sie sich häufig, die an ihr ... *(S. 18)*

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## Aktuelles aus Kirgistan

*von Heidi Meinzolt, 2. Mai 2021*

*Engagiert im Rahmen der OSZE (v.l.n.r.): Olena Uvarova/Ukraine, Heidi Meinzolt/Deutschland, Anki Wetterhall/Schweden, Tolekan Ismailova/Kirgistan, Julia Kharashvili/Georgien*
*Foto: © Heidi Meinzolt*

*(Pressenza)* - Während ich noch den Artikel über die kritische Namensgebung in Zentralasien [1] übersetze, erreichen mich höchst alarmierende Nachrichten von der tadschikisch-kirgisischen Grenze. Sie kommen über Freunde von der kirgisischen Menschenrechtsorganisation Birduino Kirgisztan [2] und werden auch bestätigt u.a. von Human Rights watch [3]. An die 40 Personen, unter ihnen auch Frauen und Kinder, wurden getötet, Hunderte verletzt. Schulen, Dörfer, Infrastruktur in der Region zerstört. Die Gefahr eines Grenzkrieges droht.

### Wie kam es zu dem Grenzkonflikt?

Die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten reagierte gewalttätig auf die Installation von Überwachungskameras für ein von beiden Seiten zugängiges Wasserre-

servoir an der Grenze. Sicherheitskräfte schritten zunächst gegen Steine werfende Menschen ein. Soziale Medien verbreiten schnell Bilder von Hass und Zerstörung, die u.a. die Infiltration von militärischem Personal in Zivilkleidung auf der jeweils anderen Seite belegen.

Die eingesetzten Geschosse unterschieden offensichtlich nicht zwischen zivilen und militärischen Zielen. Die schon seit langem aufgeladene Stimmung in der Grenzregion wurde dramatisch angeheizt durch militärische Präsenz und den Einsatz scharfer Waffen. Tolekan Ismailova, die Vorsitzende von Birduino fordert nun dringend den Einsatz des "Moskau-Mechanismus" [4], eines Instruments der OSZE zur Untersuchung möglicher Menschenrechtsverletzungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Mitgliedstaaten. Er wurde in der Vergangenheit eher selten eingesetzt aber jüngst im Zusammenhang mit Tschetschenien und Belarus immer wieder eingefordert. Die Formalien sind klar geregelt: Zwei Expert*innen untersuchen die Vorwürfe. Eine/r der Expert*innen wird von der OSZE bestimmt, der/die andere wird von dem Land ausgewählt, gegen das sich die Vorwürfe richten. Es soll schnell gehandelt werden, bevor der Konflikt ausartet. Es gilt Provokationen aufzudecken und Zivilbevölkerung zu schützen gerade in einer Gegend, in der Armut, unzählige Vertreibungsgeschichten und autoritäre Staatsführungen für Instabilität sorgen. "Jetzt muss schnell gehandelt werden, bevor die Situation eskaliert und noch mehr Menschen zu Tode kommen", fordert Ismailova.

**Appell an regionale Verantwortung und internationale Solidarität [5]**

Zunächst solle es um die Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität Kirgisistans gehen, um die gleichberechtigte Beteiligung der lokalen Gemeinschaften an den Prozessen der Lösung der gesellschaftlich bedeutsamen Probleme zu gewährleisten und dabei ihre realen Bedürfnisse und Forderungen zu berücksichtigen. Desinformation trüge maßgeblich zur Destabilisierung der Lage im ganzen Land bei.

Im Rahmen internationaler Mechanismen der UNO, der EU und auch der OSZE (s.o.) ginge es nun vorrangig um die menschliche Dimension der aktuellen Konflikte an der Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan im Mai 2021, die u.a. zum Tod eines 12-jährigen Mädchens geführt hatten.

Es sei wichtig, sich an die Menschenrechtsausschüsse der Vereinten Nationen und der Europäischen Union mit dem Vorschlag zu wenden, gemeinsam einen Notfall-Aktionsplan zu entwickeln, um die Spannungen zu deeskalieren, einen fortschreitenden bilateralen Dialog zu etablieren und den lokalen Gemeinschaften, die in den Risikozonen der Grenze eingeschlossen sind, rechtzeitig Hilfe zu leisten, um neue Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verhindern.

**Aktuelles aus Kirgistan**

Opfer des Konflikts bräuchten zeitnah und transparent humanitäre und technische Hilfe unter Berücksichtigung der Risiken der Coronavirus-Pandemie und der Notwendigkeit, die Sicherheit der betroffenen Familien zu gewährleisten, mit besonderem Augenmerk auf Frauen und Kinder, die aufgrund der erheblichen Bedrohungen für ihr Leben und ihre Gesundheit gezwungen wurden, ihre Häuser zu verlassen.

Birduino weist darüber hinaus auf die Notwendigkeit der Schaffung von Dialogplattformen zur Friedenskonsolidierung hin. Die Regierung der Kirgisischen Republik, internationale und nichtstaatliche Organisationen müssten einen Dialog zur Friedenskonsolidierung initiieren und einen Aktionsplan entwickeln, um die Probleme der Grenzen und des Zugangs der Bürger zu Wasser- und Landressourcen anzugehen.

**Die Menschenrechtsorganisation Birduino Kirgisztan**

Sie wurde im Jahr 2000 gegründet, um die Einhaltung ziviler, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Rechte zu analysieren, zu garantieren und zu stärken. Ein Schwerpunkt liegt darin, die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen und sozialen Leben zu stärken durch eine breit angelegte Förderung insbesondere junger Menschen, marginalisierter Gruppen - auch und gerade in ländlichen Regionen - und vor allem von Frauen und Frauenrechten.

Die stark patriarchal geprägte Gesellschaft und die autoritäre Regierung Kirgistans bieten viele Stolpersteine für Gleichberechtigung. Das gefährdet permanent und in zunehmenden Maße die Sicherheit von Frauen. Am 8. März wurde eine friedliche De-

monstration von Frauen sehr übergriffig durch Sicherheitskräfte beendet und die Frauen abgeführt. Dagegen haben internationale Partner*innen solidarischen Einspruch [6] erhoben. Staatliche Institutionen ignorieren Rechte, die sogar in der kirgisischen Verfassung verbrieft sind, wie Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit. Frauen haben auch bei Wahlen nur geringe Chancen auf Listen zu kandidieren.

**Internationales Menschenrechtsfilmfestival [7]**

Birduino stärkt seine menschenrechtliche Arbeit auf vielen Kanälen. Große öffentliche Aufmerksamkeit erfährt z.B. alljährlich ein Menschrechtsfilmfestival mit internationaler Beteiligung und einem großartigen medial begleiteten Rahmenprogramm. Ein Schwerpunkt liegt dabei aber auf regionaler und lokaler Präsenz, das Schüler*innen, Jugend- und Frauen*gruppen in zahlreichen dezentralen Veranstaltungen für Diskussionen einbindet und für Frieden und Rechte sensibilisiert.

**Klimaschutz und Antikorruptionsmaßnahmen**

Birduino hat sich in einem ganzheitlichen Ansatz auch Aufklärungskampagnen für Klima- und Naturschutz verschrieben, arbeitet an der Aufklärung gegenüber religiösem Fundamentalismus und Korruption und setzt sich ein für ein gedeihliches Miteinander verschiedenster Volksgruppen, IDPs und Flüchtlinge.

Die umtriebige Vorsitzende, Tolekan Ismailova [8], ist bestens international vernetzt. Sie ist im Vorstand der Internationalen Menschenrechtsorganisation [9] und im Rahmen der OSZE im Dachverband von Menschenrechtsorganisationen [10] hat sie gerade intensive Gespräche mit der EU-Delegation und der schwedischen OSZE-Vorsitzenden geführt. Tolekan Ismailova engagiert mit einem großartigen Team in allen Regionen des Landes.

**Sensibilisierung für Covid-19**

Besonders stolz ist Tolekan Ismailova, wie sie mir sagte, auf ein hochaktuelles Projekt, das sie mit Unterstützung der globalen Initiative "Innovation for Change" im Rahmen des Projekts "Sensibilisierung für COVID-19" ins Leben gerufen hat. Die Initiative hält - unter Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsvertreter*innen und Jurist*innen - eine kostenlose Beratung über Arbeitsschutz und die Einhaltung von Menschenrechten bei der Arbeit während der Pandemie ab. Ein Radio unterstützt die Aktion sehr erfolgreich.

**Über die Autorin**

Die Friedensaktivistin Heidi Meinzolt war von 1992-1998 im Vorstand der europäischen Grünen und ist im Jahr 2000 aus der Partei ausgetreten. Seit den 1980er-Jahren ist sie Mitglied der Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) und dort internationale Vertreterin der deutschen Sektion und Europakoordinatorin.

***Anmerkungen:***

[1] https://www.pressenza.com/-de/2021/05/im-name-der-mutter-auseinandersetzung-um-die-namensgebung-in-zentralasien/

[2] http://birduino.kg/en/about/

[3] https://www.hrw.org/-news/2021/04/30/civilians-harmed-kyrgyzstan-tajikistan-border-clashes

[4] https://www.osce.org/odihr/20066

[5] http://birduino.kg/en/press/open-appeal.-for-the-peaceful-process-of-negotiations-and-resolving-all-risks-and-conflicts-by-peaceful-means

[6] https://www.wilpf.de/?s=Kirgistan

[7] http://birduino.kg/en/the-human-rights-movement-bir-duino-kyrgyzstan-and-the-union-of-cinematographers-of-kyrgyzstan-invite-you-to-participate-in-the-expert-forum-chon-tash-the-beginning-and-continuation-of-the-openness-of-the-independent-kyrgyzstans-history

[8] https://www.fidh.org/IMG/pdf/-bio-tolekan_ismailova-fr.pdf

[9] http://www.fidh.org/en/

[10] http://www.civicsolidarity.org/

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

***Quelle:***
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

*http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfai0284.html*

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

# AI Bericht

## Verheerende Folgen der Pandemie für die Menschenrechte

*von Amnesty International, 7. April 2021*

***Die Coronakrise hat Ungleichheiten und Diskriminierung schonungslos offengelegt. Eine jahrelange Politik der Ausgrenzung bereitete in vielen Ländern den Boden für die verheerenden Folgen der Pandemie. Autoritäre Machthaber nutzten Covid-19 ausserdem, um ihren Einfluss zu stärken, während die internationale Zusammenarbeit insbesondere mit Blick auf einen gerechten Zugang zu Impfstoffen versagt hat. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International im heute veröffentlichten Jahresbericht.***

*(Pressenza)* - "Covid-19 hat die Ungleichheit sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern auf brutale Weise offengelegt und verschärft. Eine polarisierende Politik, fehlgeleitete Sparmassnahmen und mangelnde Investitionen in die öffentliche Infrastruktur haben dazu geführt, dass viele Menschen dem Virus schutzlos ausgesetzt waren", sagt Agnès Callamard, die neue Generalsekretärin von Amnesty International.

Aus dem Bericht [1] geht hervor, dass diejenigen, die ohnehin bereits am stärksten marginalisiert werden, am meisten unter den verheerenden Folgen der Pandemie zu leiden haben.

### Diskriminierung und Zerfall öffentlicher Sozialsysteme wird deutlich

Die Coronakrise hat die bereits prekäre Lage von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrant*innen in vielen Ländern noch verschärft; manche wurden in unhygienischen Lagern festgesetzt, die Versorgung mit Grundbedarfsgütern war nicht mehr gewährleistet, und es wurden überstürzt Grenzen geschlossen.

Der Amnesty International Report 2020/21 unterstreicht einen erheblichen Anstieg der Fälle von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Für viele Frauen und LGBTI* war es schwieriger, an Schutz- und Hilfsangebote zu gelangen.

Diejenigen, die in von der Pandemie besonders betroffenen Bereichen arbeiteten, wie etwa das Gesundheitspersonal, litten unter den Folgen mutwillig vernachlässigter Gesundheitssysteme und kümmerlicher Sozialschutzmassnahmen.

"Unsere Gesundheitssysteme wurden 2020 durch die Pandemie in beispielloser Weise auf die Probe gestellt, und zahllosen Menschen wurde ihre finanzielle Lebensgrundlage entzogen. Die Heldinnen und Helden des vergangenen Jahres sind die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die an der Pandemiefront zahlreiche Leben gerettet haben, sowie Arbeitskräfte am unteren Ende der Einkommensskala. Sie leisteten ihre Arbeit, um ihre Familien zu ernähren und systemrelevante Dienstleistungen am Laufen zu halten. Leider wurden diejenigen, die am meisten beigesteuert haben, am schlechtesten geschützt", so Agnès Callamard.

### Instrumentalisierung der Pandemie zur Untergrabung der Menschenrechte

Der Amnesty International Report 2020/21 zeichnet zudem ein schonungsloses Bild, was den Umgang mit der Pandemie durch Staats- und Regierungschefs weltweit angeht - häufig ist er von Opportunismus und Missachtung der Menschenrechte gekennzeichnet.

Ein gängiges Muster war die Verabschiedung von Gesetzen, mit denen die Berichterstattung über die Pandemie kriminalisiert wurde. So nahm beispielsweise in Ungarn die Regierung unter Viktor Orbán Änderungen am Strafge-

setzbuch vor [2] und führte Haftstrafen von bis zu fünf Jahren ein, unter anderem für den Vorwurf der "Verbreitung von Falschinformationen" über Covid-19.

In den Golfstaaten Bahrain, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten nahmen die Behörden die Corona-Pandemie zum Vorwand, das Recht auf freie Meinungsäusserung weiter einzuschränken [3]. So wurden Personen, die sich in den Sozialen Medien zu den Regierungsmassnahmen gegen die Pandemie äusserten, der Verbreitung "falscher Nachrichten" beschuldigt und strafrechtlich verfolgt.

Andere Regierungschefs setzten auf unverhältnismässige Gewaltanwendung. Auf den Philippinen sagte Präsident Rodrigo Duterte, er habe der Polizei die Anordnung gegeben, jeden zu erschiessen [4], der während der Quarantäne-Massnahmen demonstriert oder "Unruhe stiftet". In Nigeria wurden im Zuge brutaler Polizeitaktiken Menschen getötet, nur weil sie für mehr Rechte und Rechenschaftspflicht demonstrierten. Die Polizeigewalt in Brasilien eskalierte während der Corona-Pandemie unter Präsident Bolsonaro. Zwischen Januar und Juni 2020 tötete die Polizei im ganzen Land mindestens 3181 Personen - das sind durchschnittlich 17 Tötungen pro Tag.

Einige Regierungen nutzten die Gelegenheit, um im Schatten der Pandemie kritische Stimmen zu unterdrücken. In Indien ging die Regierung unter Narendra Modi noch rigoroser als gewöhnlich gegen zivilgesellschaftlich engagierte Personen vor, unter anderem mittels "Antiterror"-Razzien. Gleichzeitig fuhr die chinesische Regierung unter Präsident Xi Jinping damit fort, die uigurische Bevölkerung wie auch andere muslimische Minderheiten in Xinjiang zu verfolgen. In Hongkong wurde ein breit gefasstes nationales Sicherheitsgesetz durchgedrückt, das politisch motivierte Repression legitimiert.

**Nationales Eigeninteresse gewinnt gegen internationale Zusammenarbeit**

Auf der internationalen Bühne wurden kollektive Bemühungen zur Bekämpfung von Covid-19 behindert, indem die internationale Zusammenarbeit blockiert beziehungsweise untergraben wurde.

Einige Beispiele:

• Regierungschefs reicher Länder, wie zum Beispiel der ehemalige US-Präsident Donald Trump, umgingen globale Bemühungen zur Zusammenarbeit, indem sie einen Grossteil des global verfügbaren Impfstoffvorrats aufkauften und damit nur wenig für andere Länder übrig liessen. Diese reichen Staaten haben zudem nicht dafür gesorgt, dass Pharmaunternehmen ihr Wissen weitergeben, um so den weltweiten Vorrat an Corona-Impfstoffen zu erhöhen.

• Die chinesischen Behörden zensierten und verfolgten Beschäftigte im Gesundheitswesen und Medienschaffende, die in der Anfangsphase der Pandemie vor deren Gefährlichkeit warnten, und unterdrückten damit wichtige Informationen.

• Die G20-Staaten boten den ärmsten Ländern eine Aussetzung ihrer Schuldenzahlungen an, forderten jedoch Zahlungen zu einem späteren Zeitpunkt zuzüglich Zinsen.

**Mangelnde Solidarität von reichen Ländern wie der Schweiz**

"Wir kommen aus dieser Sackgasse nur heraus, indem wir international zusammenarbeiten. Die G-20 Staaten und internationale Finanzinstitutionen müssen Schuldenschnitte für die ärmsten Länder anbieten, damit diese die Pandemie bewältigen können", fordert Alexandra Karle, Geschäftsleiterin der Schweizer Sektion von Amnesty International.

"Die reicheren Staaten müssen dafür sorgen, dass alle Menschen rasch Zugang zu Impfstoffen haben - und zwar kostenfrei und überall. Pharmaunternehmen müssen ihr Wissen weitergeben. Auch die Schweiz sollte sich in der Pandemie endlich solidarischer zeigen und ihren Widerstand gegen eine vorübergehende Lockerung von Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums bei Covid-19-Impfstoffen aufgeben", so Alexandra Karle.

Amnesty International kritisiert im Kapitel zur Schweiz auch die mangelnde Bereitschaft des Bundesrats, trotz tiefer Asylzahlen ein grösseres Kontingent von Schutzsuchenden von den griechischen Inseln aufzunehmen. Die Schweiz zeigt sich hart, obwohl zahlreiche Städte und Gemeinden ausdrücklich ihre Bereitschaft zur Aufnahme bekundeten.

Kritik übt die Menschenrechtsorganisation auch an den vom Parlament verabschiedeten drakonischen Antiterrorgesetzen, die ei-

ne vage und zu breite Definition von "Terrorismus" enthalten und mit denen die Freiheit einer Person präventiv ohne Anklage oder Prozess eingeschränkt werden kann.

**Regierungsversagen führt zu neuen Protestbewegungen**

Die rückwärtsgewandte Politik vieler Regierungen hat zahlreiche Menschen dazu getrieben, sich Protestbewegungen anzuschliessen. Beispiele sind die Proteste der Black Lives Matter-Bewegung in den USA, die #EndSARS-Proteste in Nigeria, aber es entstanden auch neue und kreative Formen des Protests wie z.B. virtuelle Klimastreiks.

Der Amnesty International Report 2020/21 beschreibt somit auch viele wichtige Siege, die Menschenrechtsverteidiger*innen im Jahr 2020 errungen haben, insbesondere gegen geschlechtsspezifische Gewalt. In Kuwait, Südkorea und im Sudan wurden neue Gesetze zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen verabschiedet, und in Argentinien, Nordirland und Südkorea wurden Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert.

"Führungsstärke bewiesen 2020 nicht die Machthabenden, sondern die zahllosen Menschen, die für Veränderungen auf die Strasse gingen. Bewegungen wie #EndSARS und Black Lives Matter erhielten regen Zuspruch, und in Ländern auf der ganzen Welt, darunter Polen, Hongkong, Irak und Chile, protestierten Menschen oft unter hohem Risiko gegen Repression und Ungleichheit. Sie sind die Menschen, die an vorderster Front für eine bessere, sicherere und gerechtere Welt eintreten", so Agnès Callamard.

***Anmerkungen:***

[1] https://www.amnesty.ch/de/ueber-amnesty/publikationen/amnesty-report/

[2] https://cpj.org/2020/03/proposed-hungarian-laws-could-imprison-journalists.php

[3] https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/10/gcc-flawed-laws-exploited-in-pandemic-to-further-crush-freedom-of-expression/

[4] https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/04/philippines-president-duterte-shoot-to-kill-order-pandemic

*Originalartikel:*
https://www.amnesty.ch/de/ueber-amnesty/publikationen/amnesty-report/jahre/2020/verheerende-folgen-der-pandemie-fuer-die-menschenrechte

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

***Quelle:***
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

*http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/amnesty/bame0347.html*

## BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / STANDPUNKT

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

# Bidens Drohnenkriege

*World Beyond War, 28. April 2021*
*Text von Brian Terrell, Friedensaktivist aus Maloy, Iowa, USA*

*(Pressenza)* - Am 15. April veröffentlichte die New York Times einen Artikel [1] unter der Überschrift "Wie die USA planen, nach dem Truppenabzug aus Afghanistan den Kampf aus der Ferne zu führen" - nur falls sich jemand Illusionen angesichts des Aufmachers [2] vom Vortag gemacht hatte: "Es ist Zeit, den ewigen Krieg zu beenden - Biden macht den Rückzug aus Afghanistan klar", eine Aussage, die darauf schließen ließ, dass der Krieg der USA in Afghanistan am 11. September 2021 tatsächlich enden könnte, fast 20 Jahre nachdem er begonnen hatte.

Wir erlebten diese Lockvogeltaktik bereits zuvor in einer früheren Ankündigung von Präsident Biden, die Unterstützung der USA für den langen und elenden Krieg im Jemen zu beenden. In seiner ersten großen Rede zur Außenpolitik am 4. Februar verkündete [3] Präsident Biden: "Wir beenden jegliche amerikanische Unterstützung für offensive Operationen im Krieg im Jemen". Ein Krieg, der von Saudi-Arabien und seinen Alliierten seit 2015 geführt wurde, ein Krieg, den er als "eine humanitäre und strategische Katastrophe" bezeichnete. Biden erklärte: "Dieser Krieg muss beendet werden."

Wie auch bei der Ankündigung, dass der Krieg der USA in Afghanistan beendet werde, folgte die "Klarstellung" einen Tag darauf. Am 5. Februar zerstreute die Biden-Administration die Vorstellung, dass sich die USA komplett aus dem Business des Tötens von Jemeniter*innen zurückziehen werde und das Außenministerium gab ein Statement [4] heraus, wonach "es maßgeblich ist, dass davon Offensiven gegen den IS oder AQAP (Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel) ausgenommen sind."

Anders gesagt - was auch immer in dem Krieg der Saudis geschieht, wird der Krieg, der von den USA seit 2002 unter dem Deckmantel der vom Kongress verabschiedeten Autorisierung zum Einsatz der US-Armee gegen die Verantwortlichen der Anschläge des 11. September geführt wird, endlos weitergehen, und zwar trotz der Tatsache, dass 2001 weder der IS noch Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel existierten. Diese anderen "offensiven Operationen" der USA, die im Jemen unvermindert fortgeführt werden, bestehen aus Angriffen mittels Drohnen, Cruise-Missiles und Sondereinheiten.

Was nämlich Präsident Biden hinsichtlich des Kriegs in Afghanistan tatsächlich sagte, war: "Wir werden die terroristische Bedrohung im Auge behalten" und "Wir werden unsere Kräfte zur Terrorismusbekämpfung sowie die wesentlichen Kapazitäten in der Region neu aufstellen, um eine erneute terroristische Bedrohung für unser Heimatland zu verhindern." Die New York Times brachte es auf den Punkt: "Drohnen, Langstreckenbomber und Spionagenetzwerke werden zur Anwendung kommen, um Afghanistan daran zu hindern, erneut als Basis für eine terroristische Bedrohung der USA zu fungieren."

Bidens Ankündigungen und Aktionen im Februar zum Krieg im Jemen und im April zum Krieg in Afghanistan lassen darauf schließen, dass es ihm weniger darum geht, die "endlosen Kriege" zu beenden, sondern eher darum, diese Kriege den mit 200 kg Bomben bestückten Drohnen und Hellfire Missiles zu überlassen, die aus tausenden Kilometern Entfernung gesteuert werden.

Als sich 2013 Präsident Obama mit der Begründung für Drohnenkriege aussprach, dass "wir mit unseren Aktionen, die präzise gegen diejenigen gerichtet sind, die uns töten wollen und nicht gegen die Menschen, zwischen denen sie sich verstecken, die Maßnahmen wählen, bei denen das Risiko, unschuldiges Leben aufs Spiel zu setzen, am geringsten ist", war bereits bekannt, dass das nicht der Wahrheit entsprach. Mit großer Mehrheit sind die Opfer von Drohnenangriffen Zivilisten, nur wenige sind per Definition Kämpfer und selbst diejenigen, die als mutmaßliche Terroristen ins Ziel genommen wurden, sind Opfer von Morden und außergerichtlichen Exekutionen.
Die Gültigkeit von Bidens Aussage, dass "Terrorabwehrmaßnahmen" der USA wie Drohnen und Spezialkräfte effektiv "das erneute Auftreten einer terroristischen Bedrohung für unser Heimatland verhindern", wird von der New York Times als gegeben übernommen: "Drohnen, Langstreckenbomber und Spionagenetzwerke werden zur Anwendung kommen, um Afghanistan daran zu hindern, erneut als Basis für eine terroristische Bedrohung der USA zu fungieren."

Nachdem die *Ban Killer Drones* [5], "eine internationale Graswurzelkampagne zur Ächtung bewaffneter Drohnen sowie militärischer und polizeilicher Drohnenüberwachung" im April 2019 ins Leben gerufen wurde, wurde ich in einem Interview gefragt, ob es in der Regierung, beim Militär, in diplomatischen Kreisen oder bei den Geheimdiensten irgendjemanden gäbe, der unsere Position unterstützt, dass Drohnen nicht zur Terrorabwehr geeignet sind. Ich glaube das nicht, jedoch gibt es viele, die früher in diesen Positionen waren, die uns zustimmen. Eines von vielen Beispielen dafür ist der zurückgetretene General Michael Flynn [6], der unter Obama oberster Vertreter des militärischen Nachrichtendienstes war, bevor er sich der Trump Administration anschloss (und anschließend verurteilt und wieder begnadigt wurde). Er sagte

2015, "Wenn man von einer Drohne aus eine Bombe abwirft ... richtet man mehr Schaden an, als man Gutes tut" und "Je mehr Waffen wir liefern, je mehr Bomben wir werfen, ... wird es den Konflikt nur anheizen." Von Wikileaks veröffentlichte interne Dokumente der CIA zeigen, dass die CIA ähnliche Zweifel an ihrem eigenen Drohnenprogramm hegte. "Die potentielle negative Auswirkung von Operationen gegen hochrangige Ziele" heißt es im Bericht [7], "führt zu einer erhöhten Unterstützung für die Aufrührer, (...), der Verfestigung der Bande einer bewaffneten Gruppe mit der Bevölkerung, der Radikalisierung der verbliebenen Anführer der aufständischen Gruppen, der Schaffung eines Vakuums, das noch radikalere Gruppen füllen können sowie zur Eskalation oder Deeskalation eines Konfliktes im Sinne der Rebellen."

Um auf die Auswirkungen von Drohnenangriffen im Jemen zurückzukommen - der junge jemenitische Schriftsteller Ibrahim Mothana berichtete dem US-Kongress 2013 [8], dass "Drohnenangriffe dazu führen, dass immer mehr Jemeniter:innen Amerika hassen und sich radikalen und militanten Gruppen anschließen". Die Drohnenkriege, die die Biden-Administration offenbar wild entschlossen ist auszuweiten, richten eindeutig mehr Schaden an. Sie sind ein Rückschritt für die Sicherheit und Stabilität der angegriffenen Länder und erhöhen die Gefahr von Angriffen auf Amerikaner daheim und im Ausland.

Bereits vor langer Zeit sahen sowohl George Orwell als auch Präsident Eisenhower die heutigen "ewigen Kriege" voraus und warnten die Industrie, Wirtschaft und Politik der Länder davor, derartig von der Herstellung und dem Bedarf an Waffen abhängig zu werden, dass Kriege nicht länger mit der Absicht geführt würden, sie zu gewinnen, sondern sicherzustellen, dass sie niemals enden. Was auch immer die Absichten Joe Bidens mit seinem Ruf nach Frieden in Afghanistan und im Jemen sind, während er gleichzeitig den Krieg mit Drohnen weiterführt - sie klingen hohl.

Für einen Politiker hat der "Krieg aus der Luft" ganz offenkundige Vorteile gegenüber einem "Krieg am Boden". In seinem Essay "Day of the Drone" [9] (Tag der Drohne) schreibt Conn Hallian, dass damit "natürlich die Zahl der Leichensäcke reduziert wird". "Doch das bringt ein unangenehmes moralisches Dilemma mit sich: Wenn der Krieg keine Opfer generiert, außer bei den Zielen, kommt man dann nicht eher in Versuchung, ihn zu führen? Die Drohnenpiloten in ihren klimatisierten Trailern im südlichen Nevada werden nie den Boden am Ziel berühren, doch die Menschen dort werden eines Tages Wege finden, zurückzuschlagen. Wie die Angriffe auf die Türme des World Trade Centers und die jüngsten Terrorattacken in Frankreich gezeigt haben, ist das überhaupt kein Problem und es steht nahezu außer Frage, dass die Opfer Zivilisten sein werden. Ein Krieg ohne Blutvergießen ist eine gefährliche Illusion."

Krieg führt niemals zum Frieden, Krieg kehrt immer zum Ausgangspunkt zurück. Mit Ausnahme von vier belegten Todesopfern durch "friendly fire" (versehentlicher Beschuss aus den eigenen Reihen), war jeder einzelne der vielen tausend Opfer von Drohnenangriffen eine Person of Color, und Drohnen werden zu einer weiteren militärischen Waffe, die den Weg von Kriegsgebieten hin zu städtischen Polizeibehörden nehmen. Die technischen Fortschritte und der zunehmende Einsatz von Drohnen als eine preiswertere und politisch korrektere Art für viele Länder, mit ihren Nachbarn oder quer über den Globus Krieg zu führen, machen ewig andauernde Kriege immer festgefahrener.

Es passt nicht zusammen, über Frieden in Afghanistan, Jemen und in den Straßen der USA zu sprechen und gleichzeitig Drohnenkriege zu führen. Wir müssen dringend ein Verbot der Herstellung, des Verkaufs und der Verwendung bewaffneter Drohnen sowie ein Ende der militärischen und polizeilichen Drohnenüberwachung fordern.

*Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Silvia Sander vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.*

***Anmerkungen:***

[1] https://www.nytimes.-com/2021/04/15/us/politics/united-states-al-qaeda-afghanistan.html

[2] https://www.nytimes.-com/2021/04/14/us/politics/biden-afghanistan-troop-withdrawal.html

[3] https://www.whitehouse.gov/-briefing-room/speeches-remarks/2021/02/04/remarks-by-president-biden-on-americas-place-in-the-world/

[4] https://www.defensenews.-com/global/mideast-africa/2021/02/05/boeing-raytheon-missile-sales-to-saudi-arabia-canceled-by-biden-administration/

[5] https://bankillerdrones.org/

[6] https://www.aljazeera.com/-news/2015/7/16/retired-us-general-drones-cause-more-damage-than-good

[7] https://www.commondreams.org/news/2014/12/18/leaked-internal-cia-document-admits-us-drone-program-counterproductive

[8] https://www.theguardian.com/-commentisfree/2013/may/01/ibrahim-mothana-yemen-drones-obama

[9] https://www.counterpunch.org/2021/03/16/day-of-the-drone/

*Originalartikel:*
https://worldbeyondwar.org/bidens-drone-wars/

Der Text steht unter der Lizenz
Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

***Quelle:***
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

*http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0489.html*

**POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT**

## Bourgeoisie future ...

***Der Kapitalismus hat uns unfassbare Erfolge beschert. Auf der Welt lebt es sich insgesamt gesehen heute besser und sicherer, reicher und satter, gesünder und länger als es jemals für eine Menschheitsgeneration auf diesem Planeten galt.***
*Robert Habeck (gegenüber dem Institut der deutschen Wirtschaft) [1]*

*(SB) 17. Mai 2021* - Wie dieses Bekenntnis Robert Habecks unterstreicht, kann die Bewältigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise aus Perspektive seiner aufstrebenden Partei nur auf einen grünen Kapitalismus hinauslaufen. In seinem unstillbaren Drang, aus Geld mittels der Warenproduktion mehr Geld zu machen, ist das Kapital blind gegenüber jeglichen Zerstörungsfolgen seiner Verwertungsbewegung und erzwingt uferloses Wachstum, welches die Klimakatastrophe maßgeblich verursacht. Dessen ungeachtet schwören die Grünen auf eben dieses Gesellschaftssystem und dienen sich als dessen innovative Sachwalter und Retter an, indem sie unter ihrer Regie gleich dem Phönix aus der Asche eine neue Runde der Kapitalverwertung in Aussicht stellen. Ein grünes Akkumulationsregime, gestützt auf Ökobranche und eine massive staatliche Anschubfinanzierung, soll mit marktwirtschaftlichen Mitteln den ökonomischen Kollaps bannen und das Aufheizen des Klimas zügeln. Als staatskonforme Modernisierer stehen die Grünen in Konkurrenz zu den Konservativen für ein zukunftsfähiges Bürgertum und tragen damit die Positionierung zu Grabe, eine umfassende gesellschaftliche Umkehr und radikale Neuausrichtung in Angriff zu nehmen, wie sie angesichts der Wucht und anwachsenden Eskalation der Verwerfungen unverzichtbar anmutet.

Ob Green New Deal oder European Green Deal - gemeint ist ein grüner Kapitalismus, der unter Fortschreibung der Macht- und Eigentumsverhältnisse auf Grundlage einer wachstumsgestützten Wirtschaft die ökonomische Krise meistern, die Klimakatastrophe abwenden und Wohlstand für alle schaffen soll. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden ausgeblendet, um sie innovativ fortzuschreiben, wofür ein Luftschloss vorgehalten werden muss, das ein nachhaltiges Umsteuern postuliert und mit zahlreichen Konstruktionselementen und Zielsetzungen aus sozialen und ökologischen Bewegungen angereichert ist. Diese werden nicht etwa frontal blockiert und damit zu Widerspruch und Gegenwehr gereizt, sondern von oben her okkupiert, instrumentalisiert und beim Kreuzzug in die Katastrophe angeführt.

In diesem Sinne formiert sich ein breites Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen, das den strategischen

Entwurf unterstützt, die von der Coronapandemie zugespitzte Wirtschaftskrise biete Gelegenheit zu einer konstruktiven Zäsur, einem Neustart der Wirtschaft in Deutschland und den anderen EU-Staaten unter grünem Vorzeichen. "Die Europäische Union muss ein neues Wohlstandsmodell entwickeln", verlangt eine Koalition aus 180 europäischen Politikern, Unternehmensbossen und Verantwortlichen großer NGOs. Dazu zählen die Umweltminister aus zahlreichen Ländern und viele EU-Abgeordnete nicht nur aus der Fraktion der Grünen. Mit von der Partie sind Generaldirektoren von Großunternehmen wie Ikea, Renault, EON oder Suez, dem weltweit größten Wasserkonzern, sowie Vertreter von Umweltschutzeinrichtungen, darunter die Französin Laurence Tubiana, Leiterin der European Climate Foundation und Chefarchitektin des Pariser Klimaabkommens von 2015.

Dem Credo dieser versammelten Prominenz zufolge bedarf es massiver Investitionen in ein klimafreundlicheres und zukunftsträchtigeres Modell ganz im Geiste des Green Deal, den Ursula von der Leyen für die Europäische Union plant. Der Appell listet ambitionierte Maßnahmen auf: "Der Umbau hin zu einer Kohlenstoff-neutralen Wirtschaft, zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft und der Schutz der Artenvielfalt bergen das Potenzial, Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen sowie die Lebensqualität der Bürger zu verbessern. Damit können wir widerstandsfähigere Gesellschaften aufbauen."

Es spräche natürlich nichts gegen einen neuen, mutigen Ansatz, bräche er denn mit der profitgetriebenen Wachstumsstrategie. Das ist jedoch am allerwenigsten vorgesehen. Interessierten sich die Eliten Europas wirklich für die globale Erwärmung, sprächen sie nicht von Klimaneutralität, sondern von Klimagerechtigkeit. Nur wer von einer relationalen und kritischen Betrachtung der historischen Akkumulationsprozesse ausgeht, kann alternative Lebenssysteme hervorbringen.

*Annalena Baerbock*
*Foto: © 2021*
*by Bündnis90/Die Grünen,*
*gruene.de*

Andernfalls setzt sich die koloniale Ausplünderung fort, in deren Verlauf die industrialisierten Ökonomien jahrhundertelang ihren monströsen ökologischen Fußabdruck hinterlassen haben, beuten die Rohstoffe verwertenden Megakonzerne der Energiewirtschaft, des Bergbaus und der Agroindustrie nunmehr im Zeichen des grünen Kapitalismus den globalen Süden weiterhin exzessiv aus und verwüsten Erde wie Klima. Die Idee eines unendlichen ökonomischen Wachstums auf einem Planeten mit begrenzten Sourcen mag allenfalls dann überzeugend anmuten, wenn man den Eliten angehört, die Ewigkeit an der eigenen Lebensspanne bemisst und überdies der vagen Hoffnung frönt, die ökonomischen und ökologischen Katastrophenszenarien ließen sich lange genug auf die restliche Menschheit umlasten.

In Deutschland setzen die parteipolitischen Sachwalter des grünen Kapitalismus zum erneuten Sprung auf die Regierungsbank wenn nicht gar ins Kanzlerinnenamt an. Seit ihrer Gründung vor vierzig Jahren haben es die Grünen immer wieder verstanden, als Sammelbecken verschiedene Bewegungen zu integrieren und darüber linke Positionen zu eliminieren. Sämtliche Flügelkämpfe endeten mit dem Sieg der Realos, welche die Partei auf bürgerlich konsensfähige Positionen einschworen und um des Wahlerfolgs willen radikalere Ansätze entsorgten. Waren die Grünen ursprünglich in der Friedensbewegung verankert, so verwandelten sie sich in einen Wegbereiter deutscher Kriegsführung, zu der sie maßgebliche ideologische Begründungen beisteuerten. Während der "Verrat" an der Arbeiterbewegung lange schon zu einem geflügelten Wort bei der kritischen Einschätzung der Sozialdemokratie geworden war, erfüllten die Grünen eine durchaus vergleichbare eindämmende und kanalisierende Funktion in jenen Kreisen, die sich nach dem Niedergang des antikapitalistischen Kampfes verstärkt Umweltschutz, Pazifismus und soziale Emanzipation auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Das zeichnet sich nicht auf sämtlichen Feldern in aller Deutlichkeit ab, da dieser integrative und herrschaftskonforme Prozess noch längst nicht abgeschlossen ist. So gelten die Grünen noch immer als genuine Umweltpartei, obgleich sie einem Entwurf den Weg bereiten, der die ökologische Katastrophe nicht nur nicht abwenden kann, sondern im Gegenteil jene Maßnahmen ausblendet und verhindert, die unverzögert ergriffen werden müssten, wollte man die Klimakatastrophe zumindest noch bremsen. Eine ökosozialistische Stoßrichtung, die geeignet sein könnte, fundamentale gesellschaftliche Veränderungen mit wirksamen umweltpolitischen Steuerungsprozessen zu verbinden, rückt damit in um so weitere Ferne, als die Grünen mit wachsendem Erfolg für sich reklamieren, über ein Zukunftsmodell zu verfügen, das inmitten multipler Krisen ohne gravierende gesellschaftliche Umbrüche wachstumsfördernde Lösungswege in Aussicht stellt.

Als Partei des wohlhabenden, gebildeten, städtischen Kleinbürgertums repräsentieren die Grünen zwar eine Gesellschaftsschicht, die für die akut vom Abstieg bedrohten oder bereits abgehängten Bevölkerungskreise unerreichbar geworden ist. Da an der Wahlurne aber insbesondere mit Hoffnungen, Versprechen und anderen Luftschlössern gehandelt wird, stehen ihre Chancen nicht schlecht, auch einen Gutteil der Opfer ihrer langjährigen Politik als Stimmvolk auf ihre Seite zu ziehen.

**Sozialer Kahlschlag und Kriegführung unter Rot-Grün**

Ihre Regierungsfähigkeit auf Bundesebene haben die Grünen schon vor Jahren unter Beweis gestellt. In der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer schufen sie zusammen mit den Sozialdemokraten durch die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 den größten Niedriglohnsektor Europas und führten damit die weltweit gravierendste sozialpolitische Umverteilung in einem Industriestaat herbei. Aus heutiger Sicht ist die Lohnquote der abhängig Beschäftigten um mehr als 10 Prozent zurückgegangen, für die unteren 40 Prozent bedeutet das die Absenkung ihrer Reallöhne unter das Niveau von 1995. Vom wachsenden Wohlstand, der allenthalben ins Feld geführt wird, haben die unteren zwei Drittel der Bevölkerung nicht profitiert. Ihr Einkommen ist zurückgegangen oder stagniert im günstigsten Fall. Die zu ihren Lasten erwirtschaftete deutsche Führungsposition in Europa ging mit einer lähmenden Befriedung der Arbeits- und Sozialkämpfe einher, die unter Einbindung der Gewerkschaften jeglichen Widerstand gegen die sozialen Grausamkeiten verhinderte.

Während das Hartz-IV-Ghetto mit seinen Millionen von Insassen weithin bekannt ist, dürfte die ebenfalls von der rot-grünen Koalition forcierte Kommodifizierung der Gesundheit weniger geläufig sein. Mit dem Krankenhausfinanzierungssystem (DRG) wurde eine Umwälzung des Gesundheitswesens auf den Weg gebracht, in dessen Rahmen die Krankenhäuser in Deutschland derzeit 40 Millionen Fälle jährlich stationär oder ambulant "versorgen". Nachfolgende Große Koalitionen sattelten auf und trieben die Brutalisierung voran, die mit dem "Krankenhausstrukturgesetz" (KHSG) in die nächste Runde der Kapitalisierung der Krankenhausversorgung ging, die wiederum von der bereits in Angriff genommenen "Qualitätsoffensive" samt "Strukturfonds" aus Steuergeldern auf die nächsthöhere Stufe der Verwertung getrieben wird.

Die unter Fischer erstmals in die Bundesregierung eingetretenen Grünen erwiesen der herrschenden Klasse damals einen weiteren langersehnten Dienst. Sie durchbrachen den tiefverwurzelten Widerstand gegen militärische Interventionen und schickten die Bundeswehr in ihren ersten Kampfeinsatz gegen Jugoslawien, womit von deutschem Boden erstmals seit 1945 wieder ein Angriffskrieg ausging, noch dazu auf dem abermals von deutschen Truppen heimgesuchten Balkan. Der grüne Außenminister steuerte zur Aushebelung der verfassungsrechtlichen Beschränkung auf die Landesverteidigung das ideologische Konstrukt bei, die Losung "Nie wieder Krieg!" müsse um "Nie wieder Holocaust!" ergänzt werden. Den aus historischen Gründen kriegsmüden Landsleuten wurde der Aberwitz verdaulich gemacht, das Tätervolk des Holocaust stehe in der unabweislichen Pflicht, den nächsten Völkermord mittels eines Angriffskriegs zu verhindern.

Was der Brachialsozialdemokrat Schröder und der nicht minder rabiate grüne Aufsteiger Fischer zuwege brachten, war schon phänomenal. Ob sozialer Kahlschlag oder Militarisierung, das rot-grüne Gespann brachte den bedeutendsten Schub der Herrschaftssicherung und Kapitalverwertung seit Gründung der Bundesrepu-

blik auf den Weg. Daß dieses Kunststück nicht etwa einer konservativ geführten Administration, sondern einer linksbürgerlich-reformistischen Allianz gelang, kam nicht von ungefähr. Das sozialtechnokratische Akzeptanz- und Befriedungsmanagement war bei den Sozialdemokraten und Grünen in besseren Händen, die ihr Ohr in gewissem Ausmaß am Puls der zu unterwerfenden Bevölkerungsgruppen hatten. Als der Kriegsbann gebrochen war, hielt die Formel Einzug, dass die falschen Waffengänge abzulehnen, die richtigen aber unbedingt zu führen seien. Menschenrechte und Demokratie, humanitäre Hilfe oder Schutzverantwortung - irgendein Vorwand wird sich schon finden lassen, um deutschen Interessen in aller Welt zur waffengestützten Durchsetzung zu verhelfen und zu diesem Zweck am Regimewechsel mitzuzündeln oder sich dauerhaft einzunisten.

Während die SPD die Gewerkschaften mit ins Boot des Sozialabbaus holte, banden die Grünen weite Teile der ehemaligen Linken und des sich neu formierenden alternativen Bürgertums ein, so dass der Widerstand gegen die einschneidende und folgenschwere Reformpolitik auf der Strecke blieb. Die Sozialdemokraten haben sich angesichts ihrer Verantwortung für die Verelendung und Unterbindung des Widerstands nicht nur unglaubwürdig, sondern derart überflüssig gemacht, dass sie am Rande des Untergangs stehen. Anders die Grünen, denen es gelungen ist, sich als Steigbügelhalter eines neuen Aufschwungs in Szene zu setzen, der die Rettung auf allen Schauplätzen des Verhängnisses technokratisch in Aussicht stellt.

**Bloße Anpassungsbereitschaft reicht nicht aus**

Die nächste Regierungsbeteiligung fest im Blick, leistete die Basis unter der Ausflucht obligatorischer Bauchschmerzen noch jedem Manöver ihrer Parteiführung Gefolgschaft, deren Gesellschaftsentwurf ohne die bürgerliche Mitte nicht auskommt, in der man der Einfachheit halber selber angekommen ist. Dass dieser Langzeitplan mitunter gewöhnungsbedürftige Kurskorrekturen erforderte, liegt auf der Hand. So musste die grüne Perspektive ein ums andere Mal liebgewonnenen Ballast über Bord werfen, um das Vehikel flott zu halten.

Von Joseph Fischer angeführt, konnten die Grünen 1998 und 2002 in Gerhard Schröders rotgrüner Koalition mitregieren. Seit dem Gang in die Opposition im Jahr 2005 trauern sie dem Verlust ihres Einflusses nach, die deutsche Führerschaft in Europa von der Regierungsbank aus mitzugestalten. Nach der Atomkatastrophe von Fukushima lagen sie 2011 in Umfragen jenseits der 20-Prozent-Marke und sahen sich bereits als grüne Volkspartei. Doch bei der Bundestagswahl 2013 folgte ein böses Erwachen, als die Partei auf 8,4 Prozent abstürzte, worauf 2017 nicht minder magere 8,9 Prozewnt folgten. Die parteiinterne Fehleranalyse kam in beiden Fällen zu dem Schluss, vorzugsweise auf Nummer Sicher zu gehen: Möglichst viel offen lassen, keine Angriffsfläche bieten, Fehler vermeiden und insbesondere die gutbürgerliche Wählerschaft nicht verschrecken.

Verhuschte Anpassungsbereitschaft und flexible Verbiegsamkeit reichen indessen nicht hin, um das wankelmütige Wahlvolk gewogen zu stimmen, das in zahllosen Umfragen bis hin zum letztendlichen Urnengang Punkte an seine Heldenfiguren vergeben will, als winke der große Jackpot. Habeck attestierte denn auch der zwischenzeitlichen Führungsriege seiner Partei ein taktisches Korsett, das Risiken scheue und die Angst vor Niederlagen übergroß werden lasse. Jetzt seien "Mut und Leidenschaft" gefragt, nicht jenes "Eiferertum", das die Grünen so weit von den Mehrheiten der Gesellschaft entfernt gehalten habe. Die Grünen müssten es machen wie er und sich einer "neuen Haltung" befleißigen, nämlich vermittelnd, nicht belehrend und nahe bei den Leuten.

**Rechtsdrift entsorgt Flügelkämpfe**

Als parteipolitische Sammlungsbewegung verschiedener Strömungen wiesen die Grünen lange zwei Flügel auf, die zeit ihrer Geschichte den internen Machtkampf um den Kurs der Gesamtpartei besonders prägnant und von der Öffentlichkeit wahrgenommen ausgetragen haben. Um ihre Flügel- und Fraktionskämpfe soweit zu zügeln, dass die Partei nicht daran zerbrach, verordneten sich die Grünen einen Flügelproporz bei der Besetzung von Spitzenämtern, eine Doppelspitze aus Frau und Mann sowie die Trennung von Amt und Mandat. Zudem hat die Basis bei den Grünen mehr Mitspracherechte, als dies in den meisten anderen Parteien der Fall ist, weil sie über Parteitage hinaus bei wichtigen Fragen an der Entscheidung be-

teiligt wird. Dies wurde im Laufe der Jahre von innen und außen immer wieder als Kinderkrankheit belächelt, als Hindernis in Abrede gestellt und als einer reifen Partei unwürdig der baldigen Abschaffung anempfohlen. So wenig diese Strukturen die Partei zu einer genuin basisdemokratisch organisierten Form politischen Kampfes machen und so sehr sie eine konsequente Beschneidung von Hierarchie und Führungsmacht lediglich vortäuschen mögen, bleiben sie doch zumindest ein Seismograph der innerparteilichen Befindlichkeit.

Aufstrebende Bannerträger und selbst Idole des Parteivolks brauchen Fingerspitzengefühl, Timing und nicht zuletzt wortakrobatische Überzeugungskraft, um die Entsorgung verbliebener Prinzipien als pragmatische Erfolgsrezepte zugunsten aller zu verkaufen. Fliegende Farbbeutel aus dem gegnerischen Lager des Parteivolks wie damals der Kriegstreiber Joseph Fischer haben sie heute nicht mehr zu befürchten. Ganz im Gegenteil scheint es dem allseits akzeptierten Führungsduo Annalena Baerbock und Robert Habeck gelungen zu sein, die Ära der Flügel endgültig zu Grabe zu tragen. Die vormaligen Realos haben derart den Sieg davongetragen, dass sie unangefochten für die gesamte Partei sprechen können.

**Harte Bandagen auf dem Feld der inneren Sicherheit**

Da die SPD dramatisch an Bedeutung verliert, konzentrieren sich die Grünen zunehmend auf das ohnehin seit Jahren angestrebte Bündnis mit der Union, wie es Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg so erfolgreich vorgemacht hat. Wenn der Chef der grün-schwarzen Landesregierung im Schwäbischen so schwärzelt, dass vom Dunkelgrün kaum noch etwas zu sehen ist, scheint es für ihn das geringste Problem zu sein, ob die Grünen noch grün sind. In landesväterlicher Attitüde spitzt er die Warnung vor jeglicher Radikalität und entschiedenen Positionierung für ökologische oder soziale Anliegen aufs Nachhaltigste zu, was nur konsequent ist, wenn man denn Stimmen, Stimmen, Stimmen und dazu entsprechende Pfründe gewinnen will.

Um grüne Regierungsfähigkeit abermals auf Bundesebene zu demonstrieren, bedarf es jedoch weiterer zu bewältigender Prüfsteine. Von konservativen bis rechtsradikalen Kräften wird den Grünen insbesondere zur Last gelegt, sie seien in Fragen der inneren Sicherheit unzuverlässige Kantonisten, da ihnen beim Blick durch die Multi-Kulti-Brille die deutsche Freund-Feind-Kennung abhanden komme. Um im Aufwind zu segeln und als einzige Partei außer der AfD wählbar zu sein, die nicht abgestanden riecht, sondern eine Art Vision vorhalten kann, dass alles vielleicht doch wieder besser wird, muss die grüne Parteiführung harte Bandagen anlegen. Soll die Sicherheitspolitik nicht ihre ungeschützte Flanke bleiben, gilt es unbarmherzige Signale auszusenden, selbst wenn dies Teile der eigenen Partei und Basis zeitweise empören könnte.

Annalena Baerbock hat das vielfach getan und sich beispielweise in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung schon im letzten Herbst für eine raschere Abschiebung bestimmter Asylbewerber ausgesprochen. Sie fordert ein "konsequentes Durchgreifen" und erklärt: "Straffällige Asylbewerber, die unsere Rechtsordnung nicht akzeptieren und vollziehbar ausreisepflichtig sind, sollten bei der Abschiebung vorgezogen werden." Mit der Formulierung "straffällige Asylbewerber" verwendet sie ein Codewort der extremen Rechten, die angebliche oder tatsächliche Straftaten von Flüchtlingen zu einer Bedrohungslage aufbauschen. Sie wollen ein Klima der Verdächtigung und Angst erzeugen, Polizei und Justiz als ohnmächtig und überfordert darstellen und den Aufbau eines Polizeistaats - natürlich nach ihrem speziellen Gusto - einfordern. Wie die anderen bürgerlichen Parteien lassen sich auch die Grünen von den Rechten vor sich her treiben und machen sich deren Schlüsselparolen zu eigen. Daß man dabei die neofeudale Klassengesellschaft zementiert, ist inzwischen so selbstverständlich, als sei es nie anders gewesen.

Im Entwurf des grünen Grundsatzprogramms heißt es dazu, die Polizei sei als sichtbarer Arm des staatlichen Gewaltmonopols in besonderer Weise Hüterin und Verteidigerin von Rechtsstaat und wehrhafter Demokratie. Dafür brauche sie eine gute Ausstattung und ausreichend Personal, wie sie auch auf das Vertrauen aller Bürgerinnen angewiesen sei. Zudem müsse durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz die Sicherheitspolitik zunehmend europäisch koordiniert werden. [2]

Wer heute in Berlin mitregieren will, muss sich zum starken Staat

*Robert Habeck*
*Foto: © ,by Nadine Stegemann*

bekennen, der seinen repressiven Apparat aufrüstet, um angesichts der multiplen Krise die kommende Revolte im Keim zu ersticken. Die Bundesländer haben die schärfsten Polizeigesetze seit dem NS-Staat in Stellung gebracht, und diese weitreichende Ermächtigung polizeilicher Exekutivgewalt ist wiederum nur Glied einer Kette von Maßnahmen, die sich wie eine Würgeschlinge um den Hals des widerständigen Subjekts legen.

**Offenes Ohr in Wirtschaftskreisen**

Deutschland wäre nicht das, was es heute ist, ohne die Grünen: Der ökonomische Platzhirsch Europas, der politische Krisengewinner und nicht zuletzt der ambitionierteste Kriegstreiber weit über den Kontinent hinaus. Sie haben gemeinsam mit der SPD das bislang innovativste System der Ausbeutung von Arbeitskraft und Zwangsverfügung des Subproletariats entworfen und durchgesetzt, das angesichts deutscher Führerschaft längst allerorten als Evangelium wirtschaftlichen Überlebens gepredigt wird. Sie wollen aber noch mehr: Ihr Entwurf einer zukunftsweisenden grünen Technologie zur Rettung von Ökonomie und Umwelt im selben Streich hausiert mit dem Versprechen, inmitten eines Szenarios drohenden Untergangs einen neuen Zyklus der Kapitalverwertung loszutreten. Daß diese Option in Wirtschaftskreisen höchst interessiert geprüft und gewogen wird, liegt auf der Hand, ließe sich doch auf diese Weise womöglich ein technologischer Vorsprung erwirtschaften und mit einer tiefgreifenden Sozialkontrolle vorgeblich gesundheitsfördernder und ökologisch fairer Selbstdisziplin der Existenzweise und reduzierten Lebensansprüche verknüpfen.

Im Programmentwurf steht zur Wirtschaftspolitik zu lesen, dass jede Regulierung auf ihre Ziele auszurichten sei. Sie sollte Individuen und Unternehmen möglichst viel Freiheit in Bezug auf die gewählten Mittel überlassen, weshalb laufend zu überprüfen sei, ob es bestimmter Vorschriften noch bedarf. Auch ungeeignete politische Regeln schränkten Wettbewerb ein und hemmten wirtschaftliche Entwicklung. Wie dem hierzulande agierenden Kapital damit signalisiert wird, sollen seiner Profitmaximierung keine gravierenden regulatorischen Steine in den Weg gelegt werden.

Angesichts solcher Avancen zeigte denn auch jüngst eine Umfrage unter 1500 Führungskräften aus Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst, dass Baerbock klare Favoritin der deutschen Wirtschaftselite für die Nachfolge von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit weitem Vorsprung vor Christian Lindner, Armin Laschet und Olaf Scholz ist. [3] Wenngleich sich die Stimmungslage natürlich bis zum Wahltag noch beträchtlich ändern kann, unterstreicht dieses Ergebnis doch, in welchem Maße der grüne Deal inzwischen auch in den Unternehmensführungen als Rettungsstrategie aus der Krise angesehen wird.

**Militarisierung und Kriegsgefahr**

Überdies sind die Grünen zu einem eskalierenden Szenario außenpolitischer Drohungen und Sanktionen bereit, vor dem selbst Unionskreise eher zurückschrecken. Der aberwitzige Spagat, einerseits ideologisch auf Russland und China einzuprügeln, aber andererseits auf Geschäfte mit ihnen dringend angewiesen zu sein, was die Aggression im konservativen Milieu in gewissem Maße zügelt, scheint

nicht Sache der Grünen zu sein. Diese setzen forciert auf transantlantische Partnerschaft, Aufrüstung und den Knüppel gegen die beiden "autoritären Regime" in Moskau und Beijing. Daher steht im Falle einer erneuten grünen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene eine forcierte Militarisierung der Außenpolitik samt erhöhter Kriegsgefahr zu befürchten, zumal parteiinterne Zirkel und parteinahe Denkfabriken längst die Messer wetzen. Lange schon mehren sich Stimmen aus dem Lager der Grünen, die deutlich schärfer als der übrige politische Apparat gegen Ost und Fernost hetzen. Wenn Baerbock beispielsweise verkündet, der russischen Aggression müsse dringend Einhalt geboten werden, indem die Ukraine militärisch stärker unterstützt wie auch in die Nato und die EU aufgenommen wird, kommt dies einer Kriegserklärung gegen Russland gleich. [4]

Wie aus einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI hervorgeht, hat Deutschland im vergangenen Jahr seine Militärausgaben so sehr gesteigert wie kein anderer unter den zehn am stärksten aufgerüsteten Staaten weltweit. Demnach sind die tatsächlichen Aufwendungen für die Bundeswehr im Jahr 2020 um 5,2 Prozent auf 43,8 Milliarden Euro emporgeschnellt. Auch liegt die Bundesrepublik im Vergleich zu den anderen Ländern Westeuropas im Zehnjahresvergleich deutlich vorn, hat sie doch ihre Militärausgaben um 28 Prozent gesteigert - weit mehr als Frankreich (9,8 Prozent) und UK (4,2 Prozent). [5]

Diese beschleunigte Militarisierung würden auch die Grünen vorantreiben, ist Annalena Baerbock doch einer Meinung mit Annegret Kramp-Karrenbauer, dass angesichts der Corona-Krise kein starres Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel mehr gelte, wie es die Nato-Mitgliedsstaaten 2014 in Wales vereinbart hatten - denn das könnte ja nun bescheidener ausfallen, soweit das Bruttoinlandsprodukt als Berechnungsgrundlage schrumpft. "Wir müssen erst über eine strategische Neuaufstellung sprechen, dann über die Ausgaben. Es muss auch um die Fähigkeiten der Nato und die konkrete Lastenverteilung gehen. Ein theoretisches Zwei-Prozent-Ziel hilft da nicht wirklich weiter", sagte Baerbock bereits im November. [6]

Im Programmentwurf führen pazifistische und antimilitaristische Positionen ein Schattendasein, während einer forcierten Militarisierung Tür und Tor geöffnet wird. Im Vorfeld eingespeiste Diskussionspapiere der Heinrich-Böll-Stiftung und der Bundestagsabgeordneten Franziska Brandtner wurden zwar zugunsten weicherer Formulierungen vordergründig entschärft, doch laufen diese zumeist auf Forderungen vergleichbarer Stoßrichtung hinaus. Noch gilt es auch jene Teile der eigenen Basis und Wählerklientel nicht zu vergraulen, welche die Grünen allen Ernstes für eine Friedenspartei halten.

Im Programm für die Bundestagswahlen 2017 hieß es noch: "Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen." Diese Position stellt der aktuelle Entwurf in Frage: Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder wo staatliche Souveränität fehle, brauche es ein Mandat der Vereinten Nationen. Werde das Vetorecht im Sicherheitsrat jedoch missbraucht, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, stehe die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädige wie Handeln. Damit wird die Mandatierungspflicht als ein Grundpfeiler des Völkerrechts tendenziell ausgehebelt.

Wer politische Lösungen für die Krisen und Konflikte in der europäischen Nachbarschaft vorantreiben und Menschen schützen möchte, heißt es denn auch, müsse zumindest die Möglichkeit offenlassen, als Ultima ratio auch militärische Mittel zur Unterstützung solcher Lösungen einzusetzen: "Diese politische Notwendigkeit kann nicht automatisch dann enden, wenn der Sicherheitsrat blockiert ist." Handlungsleitend sei das erweiterte VN-Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, Rebuild), das die internationale Gemeinschaft verpflichte, Menschen vor Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Diese Schutzverantwortung als neue völkerrechtliche Interventionsnorm zu etablieren scheitere jedoch am starken Widerstand Russlands und Chinas, aber auch zahlreicher Länder des globalen Südens, so der Wink mit dem Zaunpfahl, welche Hemmnisse der Kriegsführung auszuhebeln seien.

Die westlichen Mächte bedienen sich dieses Konstrukts angeblicher Schutzverantwortung be-

kanntlich immer nur dort, wo es gilt, ihre ökonomischen und strategischen Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Das gestaffelte Arsenal von Sanktionen und Interventionen gründet auf überlegener Waffengewalt und richtet sich nicht gegen Verbündete, deren massive Menschenrechtsverletzungen allenfalls milde gerügt, aber niemals auf vergleichbare Weise abgestraft werden. [7]

**Bekenntnis zur Nato - Aufrüstung der EU**

Geradezu grotesk muten die Passagen zur EU an, von der irreführend behauptet wird: "Die Europäische Union ist eine Friedensmacht." Der kriegstreibenden Logik folgend, dass dem menschheitsbeglückenden Leuchtfeuer notfalls auch mit Waffengewalt Geltung in aller Welt verschafft werden müsse, geizt der Programmentwurf nicht mit Forderungen nach einem Ausbau der militärischen Komponenten. Um die EU als machtpolitischen Akteur vor allem gegenüber Russland und China, aber auch gegenüber den USA, aufzuwerten, wird die gesamte Palette der Aufrüstung zitiert, insbesondere aber eine Entscheidung per qualifizierter Mehrheit angemahnt. Wie schon beim leidigen UN-Mandat sollen auch in der EU die Kriegswilligen nicht länger durch ein Konsensprinzip ausgebremst werden. Vom Abbau nationaler militärischer Parallelstrukturen und einer verstärkten Zusammenarbeit der Streitkräfte über angemessene Ausstattung und Rüstungskooperation bis hin zum Ausbau von EU-Einheiten sowie einer Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers fehlt kein Versatzstück auf dem Wunschzettel, der das militaristische Herz machtbewußten Geltungsstrebens höher schlagen läßt.

Ein Austritt aus der Nato, für den sich die Grünen in früheren Zeiten aussprachen, ist natürlich kein Thema mehr. Ganz im Gegenteil wird die Allianz für "unverzichtbar" erklärt, wobei sie jedoch einer strategischen Neuausrichtung bedürfe. Mittels einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit Großbritannien könnten europäische strategische Interessen, gerade auch in der Nato, geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden. Das Bekenntnis zum stärksten Militärbündnis der Welt wird also um die Absicht ergänzt, den Einfluß innerhalb desselben zu eigenen Gunsten zu verschieben. An einem Strang mit den USA und zugleich eigenständig ermächtigt - so die grüne Faustformel unabweislicher Waffengewalt, der in Regierungsbeteiligung abermals auf die Sprünge geholfen werden soll.

**Deutschland. Alles ist drin**

"Deutschland. Alles ist drin" lautet der Titel des grünen Programms zur Bundestagswahl am 26. September. Diese nichtssagende und somit beliebig interpretierbare Parole hausiert mit einer verheißungsvollen Perspektive, die gleich einer Wundertüte grandiose Überraschungen für alle verspricht. Alles ist drin für die Grünen, die davon träumen, nach kargen Jahren endlich zum großen Wurf anzusetzen, womöglich sogar stärkste Fraktion zu werden und die nächste Bundeskanzlerin zu stellen. Alles ist drin für die Bürgerinnen und Bürger, da mit dieser Partei das gesamte Spektrum abgedeckt ist und keine Wünsche offen bleiben. Alles ist drin in diesem Land, so erläuterte Baerbock das Motto, was zur Bewältigung der Herausforderungen notwendig wäre. Als "Vitaminspritze für dieses Land" pries Habeck den Programmentwurf, den ein Bundesparteitag Mitte Juni beschließen soll. Die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD seien "erlahmt und müde", fügte er hinzu. Seine Partei wolle "einen Aufschwung schaffen, der über das rein Ökonomische hinausgeht".

"Deutschland" ist im Titel mit Vorbedacht vorangestellt, was jenen Teilen der grünen Basis durchaus mit Unbehagen schwant, die es per Änderungsantrag entfernt sehen wollen. Nicht von ungefähr erinnert diese Konnotation an nationale Kampagnen, borniert konservative Selbstvergewisserung oder die Werbung der Bundeswehr. Indem die Grünen ihren Programmentwurf mit "Deutschland" eröffnen und auf dieses Wort noch an 113 weiteren Stellen des Textes zurückgreifen, unterstreichen sie ihre Bereitschaft, als Modernisierer das reaktionäre Altbürgertum auszubooten und die staatstragende Zukunft zu repräsentieren. Der Konflikt zwischen altem und neuem Bürgertum erstreckt sich nicht länger vor allem auf innovative Ideale von Konsum, Statussymbolen und Lebensführung, sondern greift auf Wirtschaftsweise, Befriedung gesell-

schaftlicher Widersprüche und Durchsetzungsfähigkeit in der Staatenkonkurrenz über. [8]

Immer mehr Menschen wird klar, dass Jahrzehnte verfehlter Klimapolitik die Katastrophe heraufbeschworen haben und es so nicht weitergehen kann. Die Klimakrise ist real, eine weitreichende Transformation unabdingbar. Daraus speist sich der Aufschwung der Grünen, die als politische Kraft mit den höchsten Kompetenzen in der Klimapolitik gelten. Im bestürzenden Dilemma zwischen dem Beharren auf jeglichen Vorteilen der hiesigen Lebensverhältnisse und der dämmernden Erkenntnis, dass die große Umlastung von oben nach unten und von den Metropolengesellschaften in die sogenannte Peripherie die zentrale Achse des Verhängnisses ist, stellen die Grünen eine befreiend anmutende Flucht nach vorn in Aussicht: Im Grunde können wir alles beim Alten lassen, sofern die Zukunft nur grün ausgestaltet wird.

Eine neue Ökoindustrie, neue Märkte, neue Wachstumsschübe der Wirtschaft werden die Klimakrise überwinden und allen Vorteile bescheren, lautet das Credo. So heißt es im Programmentwurf: "Wir wissen, wie man eine sozialökologische Marktwirtschaft entwickelt, die zukunftsfähige Jobs, sozialen Schutz und fairen Wettbewerb in Deutschland und Europa zusammenbringt, wie man der Globalisierung klare Regeln setzt und Tech-Konzerne angemessen besteuert." Der Staat müsse durch eine aktive Industriepolitik dafür sorgen, dass Deutschland seine internationale Position als globaler Industriestandort wahren kann. Mobilität, Konsum und Produktion müssen auf Klimaneutralität ausgerichtet werden, fordert die grüne Kanzlerinnenkandidatin. Ein Umbau der Industrie sei essenziell, um bei klimaneutralen Produkten wettbewerbsfähig zu bleiben und Arbeitsplätze zu schützen. Das sieht das Manager-Magazin genauso: "Die wirtschaftspolitische Garde der Ökopartei ist längst aufgestellt und hervorragend vernetzt. Bereit für einen radikalen Umbau der Industrie." Unternehmer und Manager können den Klimawandel nicht mehr ignorieren, dessen Auswirkungen bedrohen bisherige Geschäftsmodelle, Handelswege und Absatzmärkte, oder schlicht den Profit.

Und dass die Profite des hiesigen Kapitals im globalen Konkurrenzkampf erwirtschaftet werden, betont auch die Führung der Grünen: Es gebe einen Wettlauf um die Wettbewerbsfähigkeit bei klimaneutralen Produkten. Es gehe darum, den Industriestandort Europa in die Zukunft zu führen, und was die neue US-Regierung Joe Bidens vorschlage, sei wirklich ein ambitionierter Klimaschutzplan, befindet Baerbock. Deshalb plädiere sie für eine transatlantische Klimapartnerschaft. Dies sei die Chance, Pflöcke für die Zukunft einzuschlagen, gehe es doch nicht nur um Klimaschutz und Industrie-Innovationen, sondern auch um den "Wettbewerb der Systeme" zwischen dem Westen und China. [9] "In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen und einem autoritär gelenkten Fortschritt streben wir eine größere technologische Souveränität Europas an", heißt es dazu im Programmentwurf.

Wir lieben den Kapitalismus mehr als ihr alle, lautet die Botschaft der Grünen. Woran Unionsparteien und SPD scheitern, werden wir schaffen: Die Modernisierung der Marktwirtschaft im grünen Gewand. Und da wir Deutschland nicht minder lieben, scheuen wir buchstäblich kein Mittel, ihm in der internationalen Konkurrenz Geltung und Schlagkraft zu verleihen.

***Anmerkungen:***

[1] www.heise.de/tp/features/Es-gibt-kein-gruenes-Leben-im-Falschen-5989737.html

[2] www.wsws.org/de/articles/2020/07/09/grun-j09.html

[3] www.tagesspiegel.de/politik/umfrage-zur-nachfolge-von-angela-merkel-annalena-baerbock-unter-fuehrungskraeften-als-kanzlerin-favorisiert/27120512.html

[4] www.wsws.org/de/articles/2021/04/28/baer-a28.html

[5] www.jungewelt.de/artikel/401311.friedensforschungsinstitut-klotzen-für-den-krieg.html

[6] www.heise.de/tp/features/Aufruesten-trotz-Pandemie-6028751.html

[7] www.heise.de/tp/features/Gruener-Programmentwurf-mit-Bekenntnis-zu-militaerischen-Interventionen-4799662.html

[8] www.jungle.world/artikel/2021/17/extrem-staatstragend

[9] www.deutschlandfunk.de/baerbock-gruene-ueber-klimaneutralitaet-eine-umstellung-des.694.-de.html

*http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1911.html*

# Ideologische Widerhaken ...

*(SB) 17. Mai 2021* - In den zahlreichen Interviews, die Sahra Wagenknecht anlässlich der Veröffentlichung ihres Buches "Die Selbstgerechten - Mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt" Mitte April gegeben hat, beklagt sie sich häufig, die an ihr geübte Kritik bediene sich aus dem Zusammenhang gerissener Zitate. Das Problem könnte aber auch bei der Autorin selbst liegen, scheint doch das mit der Streitschrift zu Wasser gelassene Schiff nicht so perfekt austariert zu sein, dass es auf seinem Weg zu neuen Ufern nicht durch diese oder jene heftige Windbö in gefährliche Schräglage geriete. Wagenknecht bedient sich mit der Erzählung, die extreme Rechte profitiere davon, dass die Linke sich nur noch mit Befindlichkeitsproblemen herumschlage, eines mit dem unerwarteten Wahlerfolg von US-Präsident Donald Trump 2016 aufgekommenen Deutungsmusters. Diese Antwort auf die Frage, warum die Partei Die Linke nicht von den anwachsenden sozialen Härten profitiere, sondern das Wahlvolk zur AfD und anderen rechts aufgestellten Parteien wechselte, scheint wie der Deckel auf den Topf eines Problems zu passen, das Soziologie und Politikwissenschaften schon des längeren in Atem hält.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass das Einleuchtende an dieser Erzählung der altbekannten Schaukel geschuldet ist, rechts und links als zwei einander gegenseitig bedingende Variablen einer Gleichungsfunktion zu betrachten, die als am meisten voneinander entfernte Antipoden schließlich gegeneinander austauschbar werden. Das Fatale an der Einebnung substantieller Unterschiede auf beiden Seiten dieses auch als Hufeisenmodell bekannten Legitimationskonzeptes besteht darin, dass die gesellschaftliche Mitte, wie auch immer sie inhaltlich aufgestellt sein mag, allein deshalb richtig liegt, weil sie sich als Ausgleich zwischen beiden Polen präsentieren kann. Weitgehend gegenstandslos gemacht durch dieses politische Hütchenspiel wird die Problematisierung des hegemonialen Neoliberalismus und seiner Drift in staatsautoritäre Richtung.

Wer von links nicht nur in die Mitte, sondern nach Höherem strebt tut mithin gut daran, alle Ideale und Prinzipien fallenzulassen, die das im Kern revolutionäre, weil antikapitalistische Projekt der Linken für die Klasse der KapitaleignerInnen und Herrschenden gefährlich gemacht hat. Zwar ist von der ehemaligen Kommunistin Sahra Wagenknecht seit über 10 Jahren bekannt, dass sie den Weg des Friedens mit Staat und Kapital eingeschlagen hat. Die nun mit dem Erscheinen ihres Buches aufgemachte Front schneidet tief ins Fleisch der Linken selbst, verstanden als Partei dieses Namens wie als außerparlamentarische Bewegung. Dass dieses von ideologischen Untiefen und Gräben durchzogene Terrain umsichtiges Navigieren zum Erhalt der eigenen Glaubwürdigkeit in den Augen verschiedener Klientel verlangt, könnte erklären, warum die Autorin Rechtfertigungsmanöver wie eine angeblich zum richtigen Verständnis zwingende Kontextualität ihrer Aussagen nötig hat.

Wenn eine in den Talkshows der Republik dauerpräsente Politikerin mit einem absehbaren Bestseller auf den Markt geht, der schon im Titel eine offensive Stoßrichtung erkennen lässt, ist davon auszugehen, dass sie bei der Wahl mitten ins Kontor erregter Kontroversen schlagender Begriffe weiß, was sie tut. Werden Reizworte wie "Lifestyle-Linke", "Cancel-Culture" oder "Identitätspolitik" zudem auf Personen und Gruppen im eigenen Lager gemünzt, weil diese angeblich dem Erfolg linker Politik im Wege stehen, dann ist für Aufmerksamkeit auf breiter Ebene allemal gesorgt.

Wer hier das Vorliegen einer polarisierenden Kommunikationsstrategie vermutet, anstatt der Klage Wagenknechts Glauben zu schenken, rationales Diskutieren mit dem Ziel des Lösens von Problemen sei in der Linken kaum noch möglich, liegt vermutlich nicht ganz daneben. Am 10. April von der Landesdelegiertenver-

sammlung Die Linke NRW auf Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl gesetzt, obwohl viele der Kernsätze ihres Buches damals schon bekannt waren, stellte sich die Autorin nach dessen offiziellem Erscheinungsdatum am 14. April den Fragen zahlreicher JournalistInnen. Bei soviel wohlplatzierter Werbung für ein politisches Bekenntnis auf der Höhe der Zeit ist es legitim, die Linkenpolitikerin beim Wort zu nehmen und defensive Manöver als situative Feinjustierung des eigenen Standortes im ideologischen Spektrum zu verstehen.

*Sahra Wagenknecht auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2016*
*Foto: © 2016 by Schattenblick*

**Grenzen des Staates ...**
**Grenzen der Kritik**

*Offene Grenzen für alle ist weltfremd. Und wenn das Kernanliegen linker Politik ist, die Benachteiligten zu vertreten, dann ist die no-border-Position auch das Gegenteil von links. Alle Erfolge bei der Bändigung und Regulierung des Kapitalismus wurden innerhalb einzelner Staaten erkämpft, und Staaten haben Grenzen. Der BDI trommelt nicht ohne Grund seit Jahren für ein Einwanderungsgesetz. Arbeitsmigration bedeutet zunehmende Konkurrenz um Jobs, gerade im Niedriglohnsektor. [1]*

Dies gegenüber einem Journalisten des Focus zu sagen, der es wissen muss, wenn er auf Antirassismus und Antisexismus orientierte Menschen pauschal als "regressive Linke" abqualifiziert, lässt darauf schließen, dass die Deutungshoheit über das, was heute als links gilt, jedenfalls nicht bei AktivistInnen liegt, die für ihre Überzeugungen auch mal ein paar Tage im Knast verbringen. Niemand hat sich die nationale Herkunft und das Verhängnis respektive die Privilegien des In-die-Welt-Tretens eigens verdient, und dennoch kann die Frage, ob jemand in einer europäischen Metropolengesellschaft oder einem weltwirtschaftlich abgehängten Land des Südens geboren wurde, über Leben und Tod entscheiden.

Dementsprechend ist es ein Unterschied ums Ganze, eine aus Territorium, Bevölkerung, Gewaltmonopol, Verfassungsgerichtsbarkeit und Normenkontrolle - so die gängigen staatsrechtlichen Kriterien - konstituierte Staatlichkeit zum primären Handlungsfeld zu erklären oder die Überwindung dieser stets gegen nicht Dazugehörige gerichteten Form sozialer Organisation zum politischen Programm zu erheben. Letzteres war zumindest für Teile der revolutionären Linken Voraussetzung zur Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung und Beherrschbarkeit. Dafür gibt es, wie angesichts mehrerer den ganzen Planeten betreffender Krisen deutlich wird, nach wie vor gute Gründe.

Aus Herkunft und Nationalität resultierende Probleme werden in einer gesellschaftlichen Linken, die ihre Entstehungsgeschichte aus den Kämpfen gegen Klassenherrschaft und imperialistische Kriege noch nicht ganz vergessen hat, zu einem Gegenprogramm anderer Art erklärt. Auch wenn dessen unmittelbare Verwirklichung nicht gegeben sein mag, erfüllt es als Ideal unabgegoltener Menschwerdung die wichtige Aufgabe, Orientierung und Richtung zu weisen. Dem gesellschaftlichen Ist-Zustand sozialreformerische Verbesserungen abzuringen verlangt hingegen ein hohes Ausmaß an Akzeptanz privatwirtschaftlicher Eigentumsformen und bürokratischer Ordnungshierarchien. Ein Vorschein sozialistischer, kommunistischer oder anderer Befreiungsentwürfe kann da nur stören.

Da der ideologische Abwehrkampf gegen "Linksabweichler-

tum" oder einen "utopischen Sozialismus" nicht zum Ziel einer kommunistischen Weltgesellschaft geführt hat, sondern das untote Gespenst patriarchaler, klerikaler und nationalistischer Selbstbehauptung auf den noch rauchenden Trümmern der realsozialistischen Staatenwelt Triumphe feiert, bleibt der darauf bezogenen Linken nicht viel mehr übrig, als ihre Ziele im Rahmen des übrig gebliebenen neoliberalen Kapitalismus zu verwirklichen. Wird der Kampf um internationale und universale Solidarität zugunsten einer in den deutschen Grenzen verbleibenden sozialdemokratischen Umverteilungspolitik aufgegeben, liegt die Fluchtlinie dieser Perspektive im nationalen Sozialismus, wenn letzterer überhaupt beansprucht wird. Da die Bundesrepublik sich gegen die Armut der Welt abschottet, indem die äusseren Grenzen der von ihr hegemonial verfügten EU immer blutiger werden, und der Binnenraum mit Kapital- und Warenexport so effizient bewirtschaftet wird, dass das Gefälle zu den EU-Mitgliedstaaten immer steiler, sprich die in die BRD ziehende Arbeitsmigration immer kostengünstiger wird, ist die Eintrittskarte in die oberen Etagen der Regierungsmacht zwingend an die Unhinterfragbarkeit dieses angeblichen Erfolgsmodells geknüpft.

So erweist sich die Polemik der ehemaligen Kommunistin, offene Grenzen für alle seien "weltfremd", im Schmerz der im Mittelmeer Ertrinkenden als Fremde einer Welt, deren Feindseligkeit menschengemacht und daher von Menschen auch aufzuheben ist. Dieser Grundsatz linker Positionsbestimmung findet seine Grenzen eben dort, wo sie von Wagenknecht immer wieder neu gezogen werden, wenn sie deren Unentbehrlichkeit beschwört.

*Simulation einer Basisbewegung*
*Foto: © 2019 by Schattenblick*

**Rechter Gesinnungsverdacht ... Return to Sender**

*"Ob in den USA oder Europa: Wer sich auf Gendersternchen konzentriert statt auf Chancengerechtigkeit und dabei Kultur und Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerungsmehrheit vernachlässigt, arbeitet der politischen Rechten in die Hände. Sahra Wagenknecht zeichnet in ihrem Buch eine Alternative zu einem Linksliberalismus, der sich progressiv wähnt, aber die Gesellschaft weiter spaltet, weil er sich nur für das eigene Milieu interessiert und Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft ignoriert. Sie entwickelt ein Programm, mit dem linke Politik wieder mehrheitsfähig werden kann. Gemeinsam statt egoistisch." (Aus der Verlagsankündigung für "Die Selbstgerechten") [2]*

Die von Wagenknecht beklagte - und mit der Orientierung auf vermeintliche Luxusprobleme einer materiell angeblich sorglos lebenden urbanen Linken erklärte - Erfolglosigkeit der parlamentarischen Linken lässt sich allerdings auch ganz anders lesen. SPD, Grüne und Die Linke arbeiten der nach außen aggressiven und nach innen repressiven Funktionsweise des Modells Deutschland spätestens dann zu, wenn sie in Regierungsverantwortung stehen. Das könnte die Wählerschaft dazu verleiten, ihre Stimme doch gleich dem Original anstatt der Kopie zu geben. So unterscheidet sich die schlichte Deutung, die Exklusivität identitätspolitischer Extravaganzen treibe die WählerInnen der Rechten zu, nicht maßgeblich vom Vorwandscharakter der Argumentation bürgerlicher Parteien, mit der Übernahme rechter Positionen könne man der extremen Rechten das Wasser abgraben.

Ganz im Gegenteil, die Strategie, der aus dem rechten Flügel der Unionsparteien gemendelten AfD hinterherzuhecheln, hat Gauland, Meuthen und Weidel eher darin bestätigt, mit Nationalchauvinismus und Antifeminismus richtig zu liegen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Ziele geht. In der sich zuspitzenden innerimperialistischen Staatenkonkurrenz sind als links markierte Parteien, wie die rotgrüne Bundesregierung mit deutscher Kriegsbeteiligung und ihrem austeritätspolitischen Workfare-Regime bewiesen hat, für die Normalisierung von Sozialdarwinismus, Klassenantagonismus und

Kriegsbereitschaft unentbehrlich. Traditionell progressiv aufgestellte Teile der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Zukunft bei Strafe des nationalen Untergangs allen mehr Blut, Schweiß und Tränen abverlangt, war stets die angestammte Aufgabe der Traditionslinken, wie die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie belegt.

Das Prinzip des Teilens und Herrschens ist bei einer Frontfrau wie Sahra Wagenknecht in guten Händen, gerade weil es, um Dampf im Kessel der Sozialkonkurrenz zu machen, nicht der Solidarität mit Flüchtenden, sondern ihrer Stigmatisierung bedarf. Das an die Wand gemalte Schreckgespenst vom sozialen Abstieg der Bevölkerung durch massenhafte Armutseinwanderung eignet sich hervorragend dazu, für die Sozialisierung der Kosten und Privatisierung der Gewinne des gesellschaftlichen Gesamtprodukts diejenigen verantwortlich zu machen, deren Misere deutlich schlimmer ist als die der hiesigen LohnarbeiterInnenklasse. "Egoistisch" sind laut dieser Lesart die UnterstützerInnen derjenigen, die von außen in die deutschen Sozialsysteme drängen, anstatt stumm dort zu vergehen, wo das Anwachsen der Überlebensnot kein Halten mehr kennt.

Flüchtlingsabwehr, Exportoffensive, Ressourcensicherung und Kriegsbereitschaft sollen mehrheitliche Zustimmung auch bei denjenigen erfahren, die fast nichts haben, denn selbst das könnte ihnen noch verloren gehen. Nationale Umverteilung im hohen Ton moralischer Empörung zu fordern, ohne die Bringschuld, die die Erben des europäischen Kolonialismus gegenüber dem Rest der Welt durch die Versklavung afrikanischer und indigener Menschen, durch die Unterstützung blutiger Diktaturen von Chile, Brasilien und Argentinien bis Südafrika, Ägypten und Türkei, durch die extraktivistische Inwertsetzung natürlicher und menschlicher Ressourcen im globalen Süden, durch die Klima und Natur zerstörende fossile Energieerzeugung und den daraus resultierenden technologischen und produktiven Vorsprung haben, kann nur auf die Austauschbarkeit von Gemeinsinn und Egoismus hinauslaufen.

*Fabrik der Menschen ... im Laufrad der Leistungsoptimierung*
*Foto: © 2015 by Schattenblick*

Je nachdem, von welcher Warte aus die moralische Bilanz gezogen wird, lässt sich Gutes oder Schlechtes aufzählen. Unvollständig bleibt die Aufstellung, wenn die eigenen Motive zur Bildung symbolischen Kapitals ausgeklammert werden. Diese in der bürgerlichen Eigentumsordnung so mitzudenken, dass soziale Gleichheit alle anderen Ziele auf die Plätze verweist, führte vom Doppelcharakter der Moral zur Eindeutigkeit der Machtfrage. War die Überwindung der privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung einst auch die Position Sahra Wagenknechts, predigt sie nun die Regeln zivilgesellschaftlicher Kohäsion, also des Betriebsfriedens zwischen Belegschaft und EigentümerInnen.

**Leistung soll sich wieder lohnen**

Aufschluss über das, was unter der Allerweltsforderung eines "modernen Sozialstaates" zu verstehen ist, gibt der von Sahra Wagenknecht verlangte Primat eines "neuen Leistungseigentums". Es soll die Dynamik einer "echten Leistungsgesellschaft" befeuern, die "jedem ein gutes Leben und Aufstieg ermöglicht". Ein auf einem Blog des Wirtschaftsforum der SPD e.V. einsehbarer Auszug aus ihrem Buch [3] stellt hinlänglich klar, dass seine Verfasserin eine in ihren Augen zum Wohle aller Beteiligten funktionsfähige, weil an der Innovationsfähigkeit und Produktivität von Unternehmen und nicht einer selbstzweck-

haften Kapitalisierung der InvestorInnen orientierte Marktwirtschaft für die ideale Lösung der sozialen Unwuchten des Kapitalismus hält.

"Die Motivation echter Unternehmer ist, wie schon Schumpeter wusste, eine andere als die von Kapitalisten." Als Stichwortgeber der "schöpferischen Zerstörung" [4] steht der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter für eine radikale und permanente Revolutionierung der Produktivkräfte, deren Fortschrittlichkeit nicht zuletzt in der Entsicherung aller Lebens- und Arbeitsverhältnisse besteht. Ohne den scharfen Wind der Aufstiegskonkurrenz und den Imperativ fortwährender Optimierung des individuellen Leistungsprofils ist der Zugriff der Unternehmen auf die noch nicht angezapften Verwertungspotentiale der Arbeitssubjekte nur eingeschränkt möglich. Resistenzen der Lohnabhängigen sind ein permanentes Problem der KäuferInnen ihrer Arbeitszeit, um so willkommener ist jede von vermeintlich linker Seite initiierte Sozialstrategie, die Motivation und Zustimmung unter den ArbeiterInnen schafft.

Wagenknecht macht sich zwar für eine intensive staatliche Regulation der Unternehmen stark, propagiert dabei jedoch ein Leistungsdenken, das die soziale Härte des Wettbewerbs auch bei relativer Absicherung gegen Notfälle zum zentralen Funktionsprinzip der Arbeitsgesellschaft erhebt. Mit dem Begriff des "Leistungseigentums" wirbt sie für eine Form des Kapitalismus, in dem das Verhältnis von Kapitalinvestition und Unternehmensführung über den Rang eines Legitimation produzierenden Scheinwiderspruchs Gültigkeit erhält. Die daraus resultierende "echte Leistungsgesellschaft" produziert mithin nicht nur ökonomischen Mehrwert im klassisch marxistischen Sinne, sie schafft auch den moralischen Mehrwert der "Leistungsgerechtigkeit".

*Nach dieser konservativen und dennoch keineswegs überholten Gerechtigkeitsvorstellung steht dem Fleißigen mehr zu als dem Faulen und dem Hochproduktiven mehr als dem, der nur Dienst nach Vorschrift macht (...) Der Leistungsgedanke war auch in der Arbeiterbewegung tief verankert, die damit nicht nur ihre Lohnforderungen begründete, sondern auch ihre Kritik am kapitalistischen Eigentum. Immerhin besteht dessen Spezifik bis heute darin, dass es nicht-arbeitenden Erben großer Finanz- und Betriebsvermögen erlaubt, sich die Arbeitsergebnisse anderer anzueignen und ganz ohne eigene Leistung ein luxuriöses Leben zu führen. [5]*

Die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung hat sich keineswegs nur gegen arbeitsfrei erwirtschaftetes Vermögen gerichtet. Sie kämpfte gegen die gesundheitsschädliche und lebensverkürzende Destruktivität der Arbeitsbedingungen selbst in Manufaktur, Fabrik und Bergbau, die psychophysische Ausbeutung durch das Scientific Management des Taylorismus, die Entfremdungswirkung Geist und Körper zerstörender Fließbandarbeit und anderer zur Effizienzsteigerung sich monoton wiederholender Bewegungsabläufe, gegen die Doppelbelastung und besondere Unterdrückung der Frauen und nicht zuletzt gegen den imperialistischen Krieg, in dem sie gegen ihresgleichen zu Felde ziehen sollte. Zumindest sozialrevolutionäre ArbeiterInnen waren kaum für das Leistungsprinzip zu begeistern, sie kämpften für selbstverwaltete Betriebe, gegen das unternehmerische Zeitregime und eine die Ausbeutungsintensität erhöhende Innovationsdynamik. Arbeitseffizienz im demokratischen Beschluss zu verbessern ist etwas anderes, als vom Verwertungszwang bestimmte Rationalisierungsmaßnahmen zu erleiden, die zudem meist in Entlassungen mündeten.

Die durch die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkte Isolation der ArbeiterInnen, ihre Verfügbarkeit zu fast jeder Uhrzeit, das Kontrollregime permanenter Überwachung und Evaluation der Arbeitsleistung, die damit einhergehende Verschärfung der sozialen Konkurrenz und der dadurch bewirkte geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad sind Folgen einer Innovationsoffensive, die der wissenschaftlich-technischen Durchdringung des Produktionsprozesses immanent ist. Eine an die Unternehmen gerichtete Forderung nach Innovationsfähigkeit ist von der Verschärfung des Ausbeutungsgrades kaum zu trennen, das gilt zumindest für die privatwirtschaftlich geführte Wirtschaft. Innovation als selbstevidentes Buzzword, wie im Neusprech des neoliberalen Entrepreneurships allgegenwärtig, lässt absichtsvoll alle dagegen gerichtete Kritik links liegen, wo sie gerade heute stark gemacht werden müsste, wie etwa in "Krisen - Kämpfe - Kriege 2: Innovative Barbarei gegen soziale Revolution - Kapitalismus und Mas-

sengewalt im 20. Jahrhundert" von Detlef Hartmann [6] geschehen.

Indem Wagenknecht die Eigentumsfrage nicht mehr auf die Produktionsmittel und damit den zentralen Klassengegensatz bezieht, sondern auf das Verhältnis von Investition und Produktion anwendet, während Lohnabhängige der Bewährungsprobe individueller Leistungsbereitschaft unterworfen werden, kann ihr der Vorwurf, an die aus dem NS bekannte Trennung von im Volk verankerten "schaffenden" und dem Judentum zugeschriebenen "raffenden" Kapital anzuknüpfen, kaum erspart bleiben.

*Mit Kapitalismus identifizierte die NS-Ideologie nicht eine spezifisch historische Gesellschaftsformation, die durch (beherrschende) Warenproduktion und das soziale Verhältnis Lohnarbeit und Kapital gekennzeichnet ist, sondern den schrankenlosen, durch keine sittlichen Verpflichtungen gegenüber Volk und Staat beschwerten Mißbrauch des Kapitals bzw. die unsittliche Verteilung von Kapital. (...) Privateigentum und freies Unternehmertum werden dementsprechend grundsätzlich als vermeintlich naturgegeben anerkannt. Dem durch redliche Arbeit erzeugten und in der Hand genial tätiger Unternehmer wertschaffenden nationalen Kapital wird ausdrücklich die Unentbehrlichkeit für Volk und Wirtschaft bescheinigt. (...) Mit dem die kapitalistische Gesellschaft beherrschenden Klassengegensatz ist keine Volksgemeinschaft zu machen, und so verkehrt sich zwangsläufig die innergesellschaftliche in eine äussere, im Kern völkische Konfliktlinie: Ausbeutung vollzieht sich im völkischen Denken nicht anhand der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit der Lohnabhängigen durch das fungierende Kapital, sondern als Raubzug des als volksfremd benannten, nicht-schaffenden (raffenden) internationalen Finanzkapitals gegen die gemeinsam wertschaffenden deutschen Arbeiter und produktiven deutschen Unternehmer, die mittels Börsenspekulation und Zins sowie mit Hilfe des rücksichtslosen Einsatzes wirtschaftlicher Macht um die Früchte ihrer Arbeit gebracht würden. [7]*

Dafür verantwortlich gemacht wurde vor allem die als jüdisch identifizierte Internationalisierung des Kapitals, die ehrliche arbeitende BürgerInnen um den Lohn ihrer Mühen brachte. In Abwehr des ebenfalls als jüdisch markierten Bolschewismus galt es, die Enteignungsforderungen des Proletariats auf ein möglichst abstraktes und zugleich ethnisch-religiös identifizierbares Feindbild umzulenken - das angeblich in jüdischen Händen konzentrierte Finanzkapital. Das biologistische Konzept des organisch gewachsenen und "rassisch" reinen Volkskörpers erhielt durch das jüdisch konnotierte, nicht von Arbeit lebende, sondern an Zins und Spekulation prosperierende internationale Finanzkapital den äußeren Feind, dessen es zu nationaler Einheit und Kriegsbereitschaft bedurfte. Dieses antisemitische Feindbild ermöglichte zudem, das als deutsch angesehene Großkapital von Thyssen bis Krupp, von Siemens bis IG Farben als der Volksgemeinschaft zugehörig darzustellen, also den Frieden zwischen Arbeit und Kapital im ethnisch homogenen Nationalstaat sicherzustellen, was als von den dadurch begünstigten Kapitaleliten überall in der Welt als zentrale Errungenschaft des Faschismus nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Dies zu wissen ist auch deshalb erforderlich, weil die von der Parteigenossin Ulla Jelpke an Sahra Wagenknecht geübte Kritik, sie bediene sich der "alten Mär vom schaffenden und raffenden Kapital" [8], von deren AnhängerInnen empört zurückgewiesen wird. Um die Quadratur des Kreises zu vollziehen, einen sozial gerechten wie ökologisch gezügelten Kapitalismus zu schaffen, muss ideologisch blankgezogen werden, daher trifft auch der von einigen KritikerInnen Wagenknechts gewählte Begriff der "Abrechnung" mit Teilen der eigenen Partei durchaus ins Schwarze.

Die von der Politikerin angesprochenen ArbeiterInnen sollen Konkurrenzsubjekte einer Leistungsgesellschaft bleiben, in der sich, wie in FDP-Kreisen gerne verlangt, Leistung wieder lohnen soll. Dass der Lohn des Verkaufes der eigenen Arbeitskraft und Lebenszeit in dem von ihr propagierten Modell eines Reformkapitalismus immer noch weniger wäre als das, was den marktkonform zugerichteten Menschen durch ihre systemische Entfremdung bereits genommen wurde, reduziert das Publikum Wagenknechts auf LohnempfängerInnen auch im ideellen Sinne. Der Mensch wird nicht geboren, um für Unterwerfung belohnt zu werden, sondern dazu erzogen, sich gehorsam und bescheiden in die Ordnung einzufügen, von deren Reproduktion sein Leben abhängt.

Das sollte nicht zu dem Trugschluss führen, der Zweck des Staates bestehe darin, das Leben des einzelnen zu sichern. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, sein Bestand wird gesichert durch die Reproduktion des Kapitals, von dem er abhängt und das seine Bevölkerung erwirtschaftet. Die persönliche Freiheit, von der in Corona-Zeiten so viel die Rede ist, besteht im Kern in der freiwilligen Verwertbarkeit durch die kapitalistische Arbeitsgesellschaft, was die soziale Reproduktion der Lohnabhängigen zwingend erforderlich macht. Staat ist ohne eine dafür verfügbare Bevölkerung nicht zu machen und seine angebliche Sorge um das Wohl der Arbeitssubjekte biopolitischer Ausdruck bloßer Notwendigkeit. Den Verlust der Freiheit, sich als Marktsubjekt verwerten zu dürfen, zum Verlust der Freiheit überhaupt zu erklären, wie auf den Demos der Querdenkerbewegung geschehen, dokumentiert die erfolgreiche Eindampfung emanzipatorischer Anliegen auf die Verfügbarkeit des eigenen Lebens durch den ideellen Gesamtkapitalisten, den Staat.

Sahra Wagenknecht hat nicht viel mehr anzubieten als die Masse der Menschen auf den Status verfügbarer Arbeitssubjekte festzulegen, wenn sich ihr Plädoyer für arm und prekär lebende BürgerInnen auf leistungsgerechte Integration in eine reformkapitalistische Eigentumsordnung beschränkt. Was linkes Aufbegehren seit jeher gekennzeichnet hat, Gleichheit nicht nur formalrechtlich herzustellen, sondern materiell im Sinne der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Selber Organisierens produktiver Tätigkeiten zu verwirklichen, bedarf eines unbscheideneren und streitbareren Auftretens, als ein Bündnis zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen erlauben kann.

Gleiches gilt für eine sozialökologische Wachstumskritik, die nicht nur aus Gründen der Krisen des Klimas, des Trinkwassers, der Ernährung und der Biodiversität, sondern auch zur Minderung der aus marktförmigem Wettbewerb entstehenden sozialen Verluste geboten ist. Zwar kommt Wagenknecht nicht umhin, die Zügelung ökonomischen Wachstums anzuerkennen. Das ist in einem Reformkapitalismus, der nicht minder auf Mehrwertproduktion durch Lohnarbeit angewiesen ist wie der neoliberale Kapitalismus, kaum anders zu verwirklichen als mit einem grünen Kapitalismus, der neokolonialistischer Kompensationsmechanismen und technologischer Risiken neuer Art bedarf, um der eigenen Bevölkerung Wohlstand versprechen zu können.

Wenn die Linken-Politikerin den AktivistInnen von Fridays for Future vorwirft, das Leben der Lohnabhängigen mit ökologisch begründeten Verteuerungsforderungen noch unmöglicher zu machen, dann mündet das nicht in eine Kritik des derzeit auf breiter Ebene propagierten Versuches, die Klimakrise marktförmig zu zügeln. Den Ausverkauf der Interessen indigener Menschen und SubsistenzbäuerInnen im Globalen Süden durch klimapolitisch begründete Landnahme oder fossilistische Kompensationsprojekte wie die Kommodifizierung ihrer Lebensgrundlagen für die Ausgabe von Verschmutzungsrechten oder Biodiversitätszertifikaten zu kritisieren [9] liegt Wagenknecht ebenso fern wie die sozialökologische Destruktivität der kapitalistischen Eigentumsordnung zum Kern des Problems zu erheben. Anstatt Fridays For Future von links zu kritisieren und diese in Zeiten der politischen Agonie erfreuliche Initiative mit der notwendigen argumentativen Munition zur Formierung einer antikapitalistischen und ökosozialistischen Basisbewegung zu versehen, verschafft sie der paternalistischen Arroganz der Lindner und Gauland Rückenwind.

Wo die Krise des Kapitalismus durch Überproduktion in der Industrie, durch zunehmende Verschuldung in allen Bereichen der Gesellschaft, durch die Akkumulation fiktiven Kapitals, durch die anwachsende Verwertung immateriellen Eigentums von Urheberrechten, Patenten und Lizenzen sowie durch Blasenbildung auf dem Immobilienmarkt nicht mehr kompensiert werden kann, muss jedes nationalkapitalistische Reformprogramm auf so große Schwierigkeiten stoßen, dass der Übergang in eine ökosozialistische Gesellschaft auch keine größere Hürde darstellte, dafür aber weit lebensfreundlichere und liebenswerte Perspektiven eröffnete. Die soziale Reformierbarkeit des Kapitalismus ist eine alte Mär, die nur allmählich der Erkenntnis weicht, dass gesellschaftliche Erschütterungen, krisenhafte Schocks und programmatische Disruptionen der permanente Betriebsmodus eines Gesellschaftssystems sind, das durch die Verwertung des Kapitals um seiner selbst willen vorangetrieben wird.

Selbst wenn der Nationalstaat sich als das von Wagenknecht

propagierte Feld erreichbarer gesellschaftlicher Veränderungen zum Besseren hin bewährte, so doch unter Ausblendung größerer Probleme. Eine im Sinne linker Gerechtigkeitsforderung erfolgreiche Bilanz sozialdemokratischer Umverteilungspolitik änderte aufgrund der für die hochproduktive BRD unverzichtbaren Stoff- und Finanzströme am imperialistischen Charakter deutscher Weltpolitik nichts. Ebenso wenig würde der Klassencharakter der privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung auf eine Weise in Frage gestellt, die den Blick auf die inneren Gewaltverhältnisse und die eigene Verantwortung für den Erhalt der Lebensgrundlagen in aller Welt schärfte. Das Versprechen auf Teilhabe an den Privilegien ganz oben in der Fresskette erwiese sich als das, was Teilen, Zählen und Vergleichen zuvörderst zugrunde liegt - unabdingliche Voraussetzung welcher Herrschaft auch immer.

## Rolle rückwärts vor 1968

*Es ist sicher kein Zufall, dass diese Kritik am Leistungsgedanken auf die 68er-Bewegung zurückgeht, deren Wortführer in erster Linie wohlhabende Bürger- und Großbürgerkinder waren. Heute ist die Kritik an messbaren Leistungskriterien sowie einer leistungsgerechten Verteilung sicher auch deshalb so meinungsstark, weil sie dem Bemühen der akademischen Mittelschicht entspricht, das eigene soziale Milieu nach unten abzuscho tten und den Zugang zu lukrativen Berufen auf die eigenen Nachkommen zu beschränken. Genauso verständlich ist es daher, dass der Leistungsgedanke in der klassischen Mittelschicht und der Arbeiterschaft unvermindert lebendig ist und die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in diesen Kreisen nahezu keine Unterstützung genießt. [11]*

*Wer denkt an uns? Kranzniederlegung auf dem Sozialistenfriedhof Berlin-Friedrichsfelde 2016*
*Foto: © 2016 by Schattenblick*

Marxistisch inspirierten 68ern vorzuhalten, mit der Kritik an der Leistungsgesellschaft, die vor allem das Problem der Entfremdung durch Lohnarbeit, durch die technologisch-wissenschaftliche Zurichtung des Menschen auf Verfügbarkeit für Fabrik und Militär und die Warenförmigkeit aller Tauschprozesse bis hinein ins Private zum Gegenstand hatte, die Grundlage für eine biologistische Strategie dynastischer Erbfolge gelegt zu haben, entspräche etwa dem Vorwurf, rechts gewendete Linke von Mahler bis Elsässer seien Opfer genuiner emanzipatorischer und revolutionärer Positionen und könnten selbst nichts dafür, dass sie erst in der radikalen Rechten ihr Heil gefunden haben.

Analog zu dem mit "1968" markierten Gesinnungsverdacht arbeitet sich Wagenknecht an einer von ihr als Ziel eines ganzen Schwalls an Verächtlichkeiten auserkorenen, in innerstädtischen Szenevierteln wohnenden, angesagtem Luxuskonsum frönenden und sich an ideologischen Geschmacksproblemen abarbeitenden "Lifestyle-Linken" ab. Zweifellos gibt es in Berlin-Mitte Menschen, auf die der Vorwurf zutrifft, ihren neofeudalen, von demonstrativer sozialer Distinktion nur so strotzenden Lebensstil auch noch als fortschrittlich auszuweisen und anderen schon durch dieses Gehabe vorzuschreiben, sich davon eine Scheibe Biofleisch abzuschneiden. Dieser soziale Antagonismus ist aber eher im Biedermeier grünen Wohlstandsbürgertums und sich progressiv gerierender Unterhaltungsstars anzutreffen als im Milieu linker Politik. Zwar werden auch dort sozialökologische und geschlechterpolitische Probleme verhandelt, aber der Vorwurf, dies sei ein Privileg sozial bessergestellter Menschen, trifft gerade im Fall linksradikaler AktivistInnen eher selten zu. Auch Akade-

*Grenzenlos streitbar -*
*8. März 2019 in Hamburg*
*Foto: © 2019 by Schattenblick*

mikerInnen, denen Wagenknechts besonderer Abscheu zu gelten scheint, leben häufig prekär und müssen jeden Euro umdrehen, um ihr Studium absolvieren zu können. Von der sogenannten Kreativwirtschaft abhängige Künstlerinnen, auf die die Thematisierung queerer und migrantischer Widerspruchslagen in besonderer Weise zutrifft, gehören nicht erst seit der Corona-Pandemie zu den mit am schlechtesten verdienenden Berufsständen.

Mit dem grobschlächtigen Feindbild der "Lifestyle-Linken" reduziert Wagenknecht seit Jahrzehnten geführte Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus, Patriarchat, Kolonialismus und Kapitalismus auf ein Luxusproblem gesellschaftlich privilegierter Gruppen. Linke Strömungen von postautonomer, trotzkistischer, anarchistischer und marxistischer Denkungsart waren und sind seit jeher mit diesen Problemkomplexen befasst. Selbst dort, wo die Frage der Geschlechtergerechtigkeit, des Umgangs mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen und anderen Gewaltverhältnissen für ein nachrangiges Problem gehalten wurde, hat die Auseinandersetzung mit repressiver Vergesellschaftung und patriarchaler Herrschaft eine Dynamik eigener Art entfaltet. Ob sie radikale Abspaltungen, neue Parteien, utopische Zukunftsentwürfe hervorbrachte oder nach dem Marsch durch die Institutionen mitten im Staatsapparat endete, wofür viele parteigrüne Biografien ein Paradebeispiel sind, bezeugt in jedem Fall die Erfordernis, die Frage der Macht und Machbarkeit zu stellen.

Der Angriff auf Minderheiten, die die zerstörerischen Auswirkungen kapitalistischer Vergesellschaftung erleiden und daher versuchen, eine emanzipatorische Gegenposition zu entwickeln, folgt der Logik einer Mehrheit, die sich den ungestörten Genuss der Früchte dieser Verwertungsordnung nicht nehmen lassen will. Darüber hinwegsehen zu können, dass der Reichtum in den führenden Staaten imperialer Bestandssicherung auf dem Rücken zahlloser nicht einmal die eigene Reproduktion sichernder LohnsklavInnen wie der unumkehrbaren Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen erwirtschaftet wird, bleibt das Privileg einer kleinen Minderheit aller Menschen. Sich dennoch zur Deutungsmacht der über die Welt verfügenden Mehrheit aufzuschwingen kann nur im Rahmen einer Selbstbehauptung gelingen, in der die keineswegs bloß symbolische, sondern ganz materielle Gewalt weißer Suprematie und eurozentrischer Mittelpunktslogik reproduziert wird, bis der lange Atem und entschlossene Mut des dagegen gerichteten Widerstandes der dafür aufgefahrenen Kapitalmacht und Feuerkraft Einhalt gebietet.

Eben das wäre die Aufgabe einer Linken, der soziale Gerechtigkeit nicht nur als Antwort auf eine "soziale Frage" gilt, mit der der herrschende Klassenantagonismus als Objekt sozialwissenschaftlicher Empirie und Problemfall gesellschaftlicher Widerspruchsregulation vom ansteckenden Keim kämpferischer Subjektivität befreit wird, sondern die nicht vergessen hat, dass gesellschaftlicher Wandel immer erstritten werden musste und muss. Die Spitzenkandidatin der Linkspartei in NRW hat keinen geringen Anteil daran, dass genau das nicht geschieht. Als Tribunin eines Volkes, das als solidarisch handelndes Kollektivsubjekt ebenso wenig existiert wie die von ihr imaginierte Lifestyle-Linke, besitzt Sahra Wagenknecht als ihrerseits im arrivierten Bürgertum angekommene Ex-Kommunistin nur bedingt Überzeugungskraft. Wenn schon die Elle eines Distinktionsstrebens, das von

Klasse und Kapitalismus nichts mehr wissen will, an Teile der eigenen Partei angelegt wird, dann sollte sich selber prüfen, wer dies an anderen vollzieht.

## Generalvorwurf "Identitätspolitik"

*[Identitätspolitik] steht im Zentrum des Linksliberalismus und liefert praktisch das Grundgerüst, auf dem das linksliberale Weltbild beruht. Die Identitätspolitik läuft darauf hinaus, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein. Wichtig, um zur anerkannten Opfergruppe zu werden, ist eigentlich nur, dass es sich um individuelle Merkmale handelt, nicht um solche, die mit sozioökonomischen Strukturen zusammenhängen. Also die Herkunft aus sozial schwierigen Verhältnissen, Armut oder ein Job, bei dem man seine Gesundheit ruiniert, sind eher ungeeignet, um im Rahmen der Identitätspolitik als Opfer zu gelten. Da sich an identitätspolitischen Diskursen allerdings kaum Arme oder Geringverdiener beteiligen, hat das noch niemanden gestört. Sexuelle Orientierung, Hautfarbe oder Ethnie dagegen funktionieren immer. Wer nun mal weiß und hetero ist, kann es behelfsweise über den Lebensstil versuchen, also etwa als Veganer gegen die Mehrheit der Fleischesser. Auch religiöse Überzeugungen, soweit sie im betreffenden Land nur von einer Minderheit geteilt werden, können einen zum Opfer und damit unangreifbar machen. [10]*

Ursprünglich 1977 von den afroamerikanischen Feministinnen des Combahee River Collectives, die zugleich von weißen Mitstreiterinnen rassistisch wie den Männern der Black Community sexistisch diskriminiert wurden, als Begriff geprägt, sollte mit dem Konzept der identity politics die Bedeutung persönlich aufgrund von Hautfarbe und Geschlecht erlebter Unterdrückung im gemeinsamen revolutionären Kampf hervorgehoben werden. Die daraus resultierenden Hindernisse bei der Bildung eines handlungsfähigen Kollektivsubjekts erledigten sich auf der Seite der Identitätspolitik mit der Aufgabe revolutionärer Zielsetzungen. Das bedeutete nicht, dass sich das Verhältnis von individueller Diskriminierungserfahrung und allgemeiner Befreiung nicht für neue Formen des Aktivismus, in denen beide Anliegen zusammenfinden, hätte fruchtbar machen lassen können.

Als heute oft von rechts gegen jegliche emanzipatorische Entwicklung genutzter Kampfbegriff hat die Kategorie "Identitätspolitik" für von Diskriminierung betroffene Menschen weitgehend an Bedeutung verloren. Im gesellschaftlichen Diskurs wird er meist von JournalistInnen und WissenschaftlerInnen verwendet, die über andere und nicht über sich sprechen. Wer davon betroffen ist, mit diesem Begriff als SachwalterIn irrelevanter Politikformen stigmatisiert zu werden, tut gut daran, mit der queerfeministischen AutorIn Bini Adamczak [11] an die Fallstricke und Untiefen dieses Vorwurfes zu erinnern.

Sie hält diesen Gegensatz für falsch, weil sich Klassenfragen auch identitätspolitisch formulieren lassen, wie die Konstruktion eines Arbeiter- und Bauernstaates namens DDR oder die identitätspolitische Anrufung der Arbeiterklasse zeige. Fragen des Antirassismus, Queerfeminismus oder Antikolonialismus seien nicht notwendigerweise Fragen der Kultur oder Repräsentation. Die machtpolitische Frage, wer auf welche Art und Weise Einfluss auf das - kollektiv verstanden - eigene Leben nehme, kodiere sich in Form des Rassismus und Sexismus. Für die mit der Erforschung historischer Revolutionen und ihrer Bedeutung für die heutige Linke befasste AutorIn ist der Versuch, die eigene Position als Universalismus darzustellen und zu behaupten, keine Identität zu repräsentieren, nicht anderes als eine verdeckte Form der Identitätspolitik. Das gelte auch für weiße Suprematie und patriarchale wie anthropozentrische Politik, wo es weniger darum gehe, eine andere Identitätspolitik auszuschließen, als darum, gegen das Gebot des Universalismus, der Gleichheit und der Demokratie zu verstoßen.

Für Bini Adamczak ist Identitätspolitik nicht als Politik der Anerkennung und Repräsentation einer vorgefundenen Identität zu verstehen, sondern gerade als Kritik einer hegemonialen Identität, die sich nur als universelle verschleiere, aber tatsächlich ein identitäres Politikmodell vorantreibe. Wichtig sei ihr eine Kritik der Identifizierung als solche, also der Herstellung von Gruppen, die hauptsächlich zum Zwecke ihrer Hierarchisierung geschaffen werden. Unter Verweis auf den 2013 verstorbenen Queertheoretiker José Esteban Muñoz hebt sie die Bedeutung einer materialistischen

und universellen Politik der Desidentifikation hervor, was jedem Menschen einleuchtet, der fremdbestimmte Formen der Zuordnung und Festlegung schon als Angriff auf die persönliche Autonomie und Versuch, Verfügungsgewalt über sie zu erlangen, erlebt hat.

Wenn der Begriff der Identitätspolitik als kaum verhohlener Anwurf darin mündet, die Selbstbeschreibung potentiell diskriminierter Minderheiten als "Marotte" zu einer bloßen Laune und Mode herabzuwürdigen, dann werden neben den nicht selten tödlichen Folgen der Homo- und Transphobie weltweit auch die unter diesem Label subsumierten feministischen Kämpfe in Misskredit gezogen. Unangreifbar sind die meisten Minoritäten eben nicht, das gilt auch für religiöse Minderheiten. Rohingya in Myanmar, Muslime in Indien, Schiiten in Pakistan, Bahai im Iran - die Liste mörderischer Verfolgung religiöser Minderheiten ist so lang wie die Behauptung, ihr Opferstatus schütze sie, weltfremd.

Die in der radikalen Linken seit Jahren bisweilen heftig geführten Diskussionen um das Verhältnis von Klassen- und Identitätspolitik, von partikularen und universellen Kämpfen haben viele zu der Einsicht gebracht, den Ausschließlichkeitsanspruch der einen oder anderen Position zugunsten der erklärten Gegnerschaft gegen alle Formen patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Herrschaft hinter sich zu lassen. Wie relevant diese Entwicklung inklusive des Fernzieles der Aufhebung jeglicher mit Herkunft und Hautfarbe begründeter Feindseligkeit, jeglicher binären oder sonst wie markierten Geschlechtlichkeit ist, hat mit der angeblichen Überhöhung von Opfern oder sogenanntem "Genderwahn" nichts zu tun, ganz im Gegenteil.

Das in allen drei monotheistischen Weltreligionen verankerte Patriarchat ist weit älter als die kapitalistische Organisation der Gesellschaft. Die Frau zu bezichtigen, die Sünde in die Welt gebracht zu haben, und den Mann aufzufordern, sich die Erde untertan zu machen, zeitigt bis heute Folgen herrschaftlicher und zerstörerischer Art. Die biologische Reproduktion der Gesellschaft wird auf staatlicher Ebene als Bevölkerungspolitik bewirtschaftet, was sich unter anderem in einer bei aller Liberalisierung immer noch repressiven Abtreibungspolitik und der sozialen Ächtung gezielter Verweigerung des Kinderkriegens auswirkt. Das klassische Modell der heterosexuellen Kleinfamilie soll Kern gesellschaftlicher Reproduktion bleiben, wie sich an den weltweit aufrechterhaltenen Schwierigkeiten schwuler und lesbischer Ehepaare zeigt, Kinder zu adoptieren. Die Biologie der geschlechtlichen Reproduktion soll bis heute begründen, warum Frauen das Gros der Haus- und Sorgearbeit verrichten müssen, selbst wenn sie in gleichem Ausmaß wie der männliche Partner Lohnarbeit verrichten. Die Zahl der Femizide nimmt weiter zu, denn autokratische Rechtsregierungen in aller Welt haben bei der Frauenemanzipation den Rückwärtsgang eingelegt.

Zahlreiche Beispiele für die hierarchisierende Wirkung maskuliner Identität verweisen auf ein Herrschaftsverhältnis, das Frauen bis heute in Form von Misogynie, Vergewaltigung und Ermordung aufgrund des ihnen zugewiesenen Geschlechtes erleiden. Gleiches gilt für Männer, die sich mit dieser Zuschreibung nicht identifizieren können - bei sexuellem Desinteresse werden sie homophob angegangen, was unter anderem dazu geführt hat, Asexualität in den Katalog nicht heteronormativer Geschlechtlichkeit mit aufzunehmen. Deutschnationale Herrenmenschen wie der Schriftsteller und Historiker Felix Dahn wussten schon Ende des 19. Jahrhunderts, dass die pazifistische Weigerung, Krieg für Kaiser, Volk und Vaterland zu führen, nur eine Antwort verdient, wie er in einer Schmähung des jüdischen Pazifisten Alfred Hermann Fried erkennen ließ:

*"Die Waffen hoch! Das Schwert ist Mannes eigen*
*Wo Männer fechten, hat das Weib zu schweigen*
*Doch freilich, Männer gibts in diesen Tagen*
*Die sollten lieber Unterröcke tragen." [12]*

Wo sich Fried in eine gesellschaftliche Außenseiterposition begeben hatte, die ihm viel Feindseligkeit auch antisemitischer Art einbrachte, und dennoch an seinen gegen Krieg und Gewalt gerichteten Forderungen festhielt, da bedarf die Frage, wer von beiden, Felix Dahn als "echter" Mann oder Alfred Hermann Fried als Verweigerer militärischer Waffengewalt, mehr Mut bewiesen habe, keiner weiteren Erörterung.

Wo Frauen, LGBTIA-Personen, Schwarze und MigrantInnen von Gewalt, Ausgrenzung und Ver-

folgung betroffen sind, stellt Wagenknecht mit der These, die Identifizierbarkeit der Opfer sexistischer und rassistischer Gewalt erzeuge Unangreifbarkeit, die Lebensrealität der Betroffenen auf den Kopf. Es ist keinesfalls so, dass sich unter ihnen keine sozial benachteiligten Menschen befänden, ganz im Gegenteil. Die Verletzlichkeit von Frauen oder aus der heterosexuellen Norm herausfallender Menschen ist gerade dadurch, dass sie sich kaum aussuchen können, womit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten, höher als bei niemals für Hautfarbe oder Geschlecht rechtfertigungspflichtigen weißen Männern. Wer nicht mehr klaglos Haus- und Sorgearbeit als kostenlose Reserve kapitalistischer Wertproduktion verrichten will, wer nicht mehr einsieht, bei der Lohnarbeit mehr zu leisten und weniger zu erhalten als die männlichen Kollegen, wer zu Hause nicht einem aggressiven Ehemann oder als SexarbeiterIn ungeschützt den Freiern ausgesetzt sein will, wer den Kampf gegen das Patriarchat zum unverzichtbaren Schritt antikapitalistischer Bewegung erklärt, hat gute Aussichten darauf, im reibungslosen Betrieb der sozialen Marktwirtschaft Wagenknechtscher Provenienz als Störfaktor identifiziert zu werden.

In ihrem Rundumschlag gegen die von ihr gemeinte Identitätspolitik bedient sich Wagenknecht weitverbreiteter Vorbehalte, was eine Erwiderung in gleicher Kürze fast unmöglich macht. Polemisiert sie etwa gegen die angebliche Leugnung des biologischen Geschlechts durch die Gender Studies, so macht sie es sich einfach und lässt sich auf die Komplexität der Materie gar nicht erst ein.

*"Leistungseigentum"*
*handverlesen*
*Foto: © 2016 by Schattenblick*

*Trotz der Erkenntnis, dass Geschlecht nichts Unverrückbar-Natürliches ist, handelt es sich dabei aber keineswegs um etwas Freiwilliges, das jederzeit einfach so veränderbar ist. Bei vielen Menschen gibt es hier ein typisches Konstruktionsmissverständnis, bei dem davon ausgegangen wird, Konstruktion bedeute, alles sei jederzeit einfach so nach Belieben veränderbar. Dem ist nicht so. Die Feststellung, dass etwas konstruiert wurde, und die Analyse, wie dies geschah, sagen einerseits etwas über die Entstehungsbedingungen und andererseits etwas über den gegenwärtigen Zustand aus: Gerade weil etwas konstruiert wurde, ist es da, und zwar als Konstrukt! Konstruktionen sind demzufolge Prozess und Resultat in einem. So sehr also der Aspekt des Konstruierens notwendig hervorzuheben ist, so sehr ist auch darauf zu bestehen, dass Geschlechter real sind. Als solche existieren sie, wenn auch nicht von Natur aus gegeben, sondern als natürlich konstruiert. Dadurch erlangen sie Realität und eine enorme Wirkmächtigkeit. [13]*

Die Expertise, die Wagenknecht vorzugeben scheint, beschränkt sich auf jene kulturindustriell produzierten Paradigmen, anhand derer Fragen von Sex und Gender, von Rassismus und Diskriminierung auf ihre Eignung hin überprüft werden, für den kapitalistischen Alltag homogenisiert und normalisiert zu werden. Was in den Medien, aus denen sie ihre Informationen zu beziehen scheint, beim Thema Geschlechterverhältnisse und Antirassismus verhandelt wird, zeichnet sich fast immer durch die von ihr beklagte Abkopplung emanzipatorischer Ansprüche von materiellen Gewaltverhältnissen aus. Systematisch werden kulturindustriell produzierte Skandalisierung und historisch gewachsene Opposition miteinander verrührt, um deren TrägerInnen bourgeoises Distinktionsstreben anlasten zu können.

Wenn etwa VeganerInnen darauf verfallen, ihren ethisch motivier-

ten Konsum quasireligiös zu überhöhen und aus einer Abwertung von MischköstlerInnen Selbstbestätigung zu erwirtschaften, kann das weder der im Ursprung pazifistisch orientierten Bewegung des Veganismus angelastet noch für alle Tierbefreiungsbewegten verallgemeinert werden. Der Primat sozialdarwinistischer Überlebenskonkurrenz, die aufzuheben das erklärte Anliegen antispeziesistischer AktivistInnen ist, lässt sich nicht über eine Konsumpraxis überwinden, doch die eigene Verstrickung in das Blutvergießen zu entdecken liegt nicht nur Lifestyle-VeganerInnen, sondern auch der Linkenpolitikerin fern.

**Das Wundpflaster der Anerkennung**

Sofern die gesellschaftliche Aufwertung von Opfern tatsächlich vorkommt, dann am ehesten auf der Bühne einer zivilgesellschaftlichen Anerkennungspolitik, deren Ziel, Integration in den kapitalistischen Normalbetrieb zu fördern, der kritischen Überprüfung bedarf. Affektive Zuwendung stellt für sich genommen keine soziale Gleichheit her, sondern kittet gesellschaftliche Widerspruchslagen mit den Mitteln sozialpsychologischer Beschwichtigung. Die polemische Überzeichnung nicht weißer, nicht maskuliner und nicht heterosexueller Minderheiten als der Instrumentalisierung ihres Opferstatus verfallene Wichtigtuer würde ohne den gesellschaftlichen Hintergrund der von Wagenknecht propagierten Leistungsgesellschaft nicht funktionieren, stellt die Anerkennung besonderer Leistungsfähigkeit doch ein wesentliches Funktionselement ihres sozialhierarchischen Gesellschaftsentwurfes dar.

Wenn Wagenknecht die Frage der gesellschaftlichen Stellung von Diskriminierung und Gewalt Betroffener aufgreift, dann zum Zwecke der populistischen Verallgemeinerung und nicht der zugewandten Kritik. Werden Menschen nicht um ihrer selbst respektiert, gewürdigt und geliebt, dann kann Anerkennung den Platz eines sozialen Tauschwertes einnehmen, der je nach Erfolg oder Scheitern gewährt oder entzogen wird. Wird konformes Verhalten durch Zuwendung belohnt, erweisen sich Diskriminierung und Feindseligkeit nicht minder als Strategien der Sozialkontrolle. Formalrechtliche Formen der Gleichstellungspolitik können Egalität zwar symbolisch herstellen, doch der relative Nutzen für die jeweils Betroffenen kann auch damit einhergehen, dass konkrete Gewaltverhältnisse noch unsichtbarer gemacht werden, als sie ohnehin schon sind.

Die bloße Verkehrung der Vorzeichen bei Opfern rassistischer, sexistischer und klassistischer Diskriminierung ändert nichts am konstitutiven Problem kapitalistischer Vergesellschaftung. So kann der Anspruch, Identifikationsmerkmale des Geschlechts oder der Hautfarbe nicht zu essentialisieren, also als quasi naturgegeben unhinterfragbar zu machen, wiederum in hierarchische Strukturen führen und den Gültigkeitsanspruch biologischer und anthropologischer Kategorien verstärken. Es gibt einige Beispiele dafür, dass bei der Anwendung emanzipatorischer Konzepte wie Definitionsmacht, Awareness oder Critical Whiteness neue Formen autoritärer Maßregelung entstehen können, während die dabei beabsichtigte Aufhebung aller Unterdrückungsformen auf der Strecke bleibt.

Die demonstrative Aversion, mit der Wagenknecht Versuche niedermacht, das stählerne Gehäuse normativer, identitärer und sozialökonomischer Verfügbarkeit aufzubrechen, lässt kein Interesse an Problemen dieser Art erkennen. Ginge es ihr um eine solidarische Kritik, dann könnten ihr etwa die von anarchafeministischen und queeren AktivistInnen verfassten Stellungnahmen zu "Patriarchat und Geschlechteridentitäten" [14] weiterhelfen. Auch ihre Einwände gegen antirassistische Politik ließen sich anhand einer in der Leipziger Zeitschrift Phase 2 2015 kontrovers geführten Debatte [15] um Critical Whitness auf solidarische Weise diskutieren. Fragen, die weiterführten, wiesen allerdings über den Rand einer lediglich ökonomistisch konzipierten Besserstellung der Lohnabhängigen hinaus und könnten diese auf eine Weise radikalisieren, die der propagierten Funktionsfähigkeit einer kapitalistischen Leistungsgesellschaft abträglich wäre.

Sahra Wagenknecht geht es nicht darum, die Widersprüche der Identitätspolitik aufzuheben, zumal sie selbst mit einer solchen operiert, wenn sie dem nationalkonservative Konzept einer auf Nation und Heimat orientierten "Leitkultur" in ihrem Plädoyer für mehr Zusammenhalt Akzeptanz verschafft [16]. Wer soziale Widersprüche mit Hilfe eines nationalkulturellen Integrationskonzeptes befrieden will, anstatt die

auseinanderstrebenden Tendenzen sozialer wie kultureller Unterschiede basisdemokratisch für neue Formen des Selber Organisierens und Gemeinsam Kämpfens zu gewinnen, kommt an autoritären Formen der Sanktionierung und Ausgrenzung schlussendlich nicht vorbei. Eben das droht zu geschehen, wenn vom herrschenden Konsensmanagement aufgesogene und in ihr marktförmiges Gegenteil verkehrte Restprodukte emanzipatorischer Aufbrüche für die Sache selbst genommen werden, um daraus einen Scheinwiderspruch zwischen Klasse und Identität zu zimmern.

*Die Eigentumsfrage bleibt offen ...*
*Foto: © 2017 by Schattenblick*

**Wechselbalg "linkskonservativ"**

Zu vermuten, die Tragfähigkeit der politischen Standortbestimmung "links" sei aufgrund immer weiter auseinanderdriftender Positionen zum Zerreißen gespannt, weist dieser in der Französischen Revolution entstandenen, der Sitzordnung in der Nationalversammlung entlehnten Terminologie entschieden zu viel Vitalität zu. Obwohl progressive Politik und revolutionärer Basisaktivismus angesichts der globalen Krisenentwicklung unentbehrlicher denn je sind, meint Links heute nicht viel mehr als eine mit dem Wunsch nach sozialen Verbesserungen lose verbundene parlamentarische Farbe. Auch die von einer marxistisch-leninistischen Parteifunktionärin zur Wertkonservativen angeblich linker Couleur mutierte Sahra Wagenknecht kann da nicht mehr viel Schaden anrichten. Während die totalitarismustheoretische Gleichsetzung von links und rechts ihren Ursprung immer schon im nationalkonservativen Antikommunismus hatte, legen sich die parlamentarischen Zerfallsprodukte der historischen Linken in vielen Teilen der Welt wie Mehltau auf das Aufbegehren jener Menschen, die nicht aufgehört haben zu träumen und zu kämpfen.

Ohne die von der außerparlamentarischen Bewegung seit vielen Jahren streitbar erhobene Forderung nach einem Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, von Kapital und Patriarchat, von Rassismus, Sexismus und allen anderen Formen der Diskriminierung wären keine der lückenhaften, für die Betroffenen aber doch bedeutsamen gesellschaftlichen Veränderungen zustande gekommen. Der kleinste gemeinsame Nenner sozialen Widerstandes und individueller Befreiung bedurfte entbehrungsreicher Kämpfe von unten, bevor diese Impulse parlamentarisch aufgegriffen und in Gesetzesform gegossen wurden. Die reformistische Linke war bestenfalls der verlängerte Arm dieser Basisbewegungen und hatte schlimmstenfalls an der Instrumentalisierung ihrer Kämpfe für die Legitimationsproduktion herrschender Interessen teil.

Wagenknecht geht hier einen Schritt weiter, indem sie die Emanzipation in den Geschlechterverhältnissen, die Kritik von Rassismus und Kolonialismus wie anderer gesellschaftliche Naturverhältnisse und Körperpolitiken betreffender Unterdrückungsformen individualisiert und vom breiten Strom historischer Befreiungsbewegungen abtrennt. Als persönliche Profilneurose - "Marotte" - auszuweisen, was linksradikalen AktivistInnen und Basisbewegungen in aller Welt elementarer Bestandteil antikapitalistischen und antipatriarchalen Widerstandes ist, muss wohl dem ängstlichen Blick durch die Schießscharten bourgeoiser Festungsmentalität geschuldet sein.

Einmal angenommen, Wagenknechts Eintreten für die prekär lebenden, abgehängten Teile der Bevölkerung wäre erfolgreich - warum sollten die mit einem Dasein im Wohnsilo, wo Netflix und

*Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun ... was bleiben wird*
*Foto: © 2016 by Schattenblick*

das Betäubungsmittel der Wahl den Abend versüßen, mit der Karriere in einer Firma, mit der sie sich identifizieren, als sei es die eigene, mit der öffentlichen Belobigung ihrer Bereitschaft, für Deutschland zu sterben, mit dem Aufziehen von Kindern und dem Verzehr ihrer Rente belohnten Menschen kein Interesse daran haben, über den Horizont dieser ihnen mit allen Mitteln schmackhaft gemachten Bescheidenheit hinauszustreben? Ein auf bloßen Aufstieg im Sozialstatus und auf Anerkennung durch die herrschende Ordnung abonniertes Dasein war einmal der Grund für den Ausbruch der Jugend aus diesen als Fesseln empfundenen Vergesellschaftungspraktiken. Sich nicht damit zu begnügen, dass andere das Nachdenken über die eigene Zukunft übernehmen, dass andere immer besser wissen, was gut und richtig, was erlaubt und verboten sei, dass andere die Verwendung der Sprache und das Interesse an Kultur zum exklusiven Habitus ihrer Klasse erheben, bleibt Ausdruck einer Streitbarkeit, für die der propagierte Reformkapitalismus nichts als ein Knast für Geist, Seele und Körper ist.

Wer sich ohne Not auch den letzten Zahn verbliebener Radikalität ziehen lässt, weil die Erwirtschaftung von Mehrheiten für wichtiger gehalten wird als die Befreiung von elementaren Unterdrückungsformen, macht sich für dieses Anliegen überflüssig. Anstatt die hochentwickelte Adaptionsfähigkeit des warenproduzierenden Kapitalismus und seine auf Konsensproduktion abgerichteten Kommunikationsstrategien zum Gegenstand einer materialistischen Klassenanalyse und Staatskritik zu machen, dient sich Wagenknecht als Abbruchunternehmen am Projekt Die Linke an. Was sie mit der in sich widersprüchlichen Vokabel "linksliberal" den politischen GegnerInnen in der eigenen Partei anlastet, entspricht der Indifferenz eines als "linkskonservativ" ausgewiesenen Oszillierens zwischen gefühlslinker Identität und der Apologie konservativer Werte vollständig.

Sahra Wagenknecht ist nicht die Partei Die Linke, aber diese hat ein immenses Glaubwürdigkeitsproblem, wenn eine ihrer PolitikerInnen, die die Axt an die Wurzeln linker Prinzipien legt, zur Spitzenkandidatin eines großen Landesverbandes gewählt wird. Wird der im Kern neurechte, dort unter der Feindbestimmung "Kulturmarxismus" vorangetriebene Angriff auf soziale Bewegungen des breiten Spektrums vom Klimaaktivismus über queerfeministische, migrantische und antirassistische Initiativen bis zu sozialrevolutionären AktivistInnen aus den Reihen dieser Partei geführt, dann ist an der Weigerung, nicht als deren parlamentarischer Arm und organisatorische Ressource fungieren zu wollen, nichts mehr misszuverstehen. Als Verbündete sozialer Bewegungen und parlamentarische Fundamentalopposition verfügte Die Linke heute über eine Authentizität und Handlungsfähigkeit, die für die Überwindung epochaler Krisen weit wertvoller wäre als die Existenz einer von koalitionsbedingten Sachzwängen entkernten und zerrissenen Hülle, deren Name vor allem die relative Beliebigkeit dieser Standortbestimmung zu repräsentieren scheint. Setzt sich das, was Sahra Wagenknecht propagiert, auf breiter Front innerhalb der Partei Die Linke durch, dann blieben nichts als frei im Wind wohlfeiler Beliebigkeit hängende Wurzeln dessen, was einst bei der Gründung dieser Partei erhofft wurde.

***Anmerkungen:***

[1] https://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2713.offene-grenzen -für-alle-das-ist-weltfremd.html

[2] https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wirtschaft-gesell-

schaft/politik/die_selbstgerechten-16576.html

[3] https://www.blog-bpoe.com/2021/04/16/wagenknecht/

[4] http://schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar654.html

[5] https://www.blog-bpoe.com/2021/04/16/wagenknecht/

[6] http://schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar725.html

[7] https://top-berlin.net/en/node/517

[8] https://www.jungewelt.de/artikel/400253.die-selbstgerechte.html

[9] https://brandfilme.org/wp-content/uploads/2021/05/NETTO-NULL-Dies-Haus-wird-Brennen.pdf

[10] https://books.google.de/books?id=NHEZEAAAQBAJ&pg=PT102&lpg=PT102&dq=#v=onepage&q&f=false

[11] https://andemos.eu/solidarische-beziehungsweisen

[12] https://www.deutschlandfunk.de/100-todestag-von-alfred-hermann -fried-unermuedlicher.871.de.html?dram:article_id=496585

[13] Andreas Hechler, Olav Stuve [Hrsg.] : Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts, Opladen Berlin Toronto 2015, S. 63 f.

[14] https://schwarzer-pfeil.de/?s=Patriarchat

[15] https://phase-zwei.org/hefte/?heft=51

[16] https://taz.de/Wirbel-um-Wagenknechts-neues-Buch/!5759235/

*http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1910.html*

**POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT**

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## Der fortgesetzte Kampf um die Zustimmung für einen Krieg gegen Russland über den Syrienkonflikt

*von Tony Robinson, London, 18. April 2021*

*(Pressenza)* - Mitte April richtete sich die Aufmerksamkeit bezüglich des Nahen Ostens auf die Gespräche zwischen dem Iran und anderen Weltmächten zur möglichen Wiederaufnahme des Nuklearabkommens und es stellte sich die Frage, ob die USA es wieder aufnähmen.

Gleichzeitig wurde ein Bericht der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) [1] in Den Haag in den Niederlanden vorgelegt. Aus diesem geht hervor, es gebe "hinreichend Grund zur Annahme, dass am 4. Februar 2018 gegen 21.22 Uhr ein Militärhubschrauber der Syrisch-Arabischen Airforce unter der Kontrolle der Tiger-Kräfte über Ost Saraqib mindestens einen Gasangriff gestartet habe. Der abgeworfene Behälter habe Chlorgas über einem größeren Gebiet versprüht. Zwölf namentlich bekannte Menschen seien dabei zu Tode gekommen."

Dieser Vorwurf eines Chemiewaffeneinsatzes wäre eine klare Verletzung der Konvention zu chemischen Waffen, die die syrische Regierung 2013 unterzeichnet hat. Damaskus kritisierte den OPCW-Bericht [2] vehement: "Die syrisch-arabische Republik verurteilt aufs Schärfste alle Aussagen im Bericht des nicht legitimierten, sogenannten Untersuchungs- und Identifikationsteams und weist dessen Inhalt zurück", sagte der Außenminister in seiner Stellungnahme.

Dies ist nicht das erste Mal, dass ein OPCW-Bericht durch die syrische Regierung zurückgewiesen wird, auch frühere Berichte zu Angriffen in Douma und Ghouta wurden verurteilt. Entsprechende Dokumente, die den Angriff auf Douma belegen sollten, wurden durch Wikileaks veröffentlicht [3]. Sie zeigen, dass selbst innerhalb des OPCW-Untersuchungsteams die Meinungen auseinanderklafften, weil der offizielle Bericht damit endete, dass die Schuld einzig bei der syrischen Regierung läge. Das wirft ein Licht auf alle Arten dunkler Machenschaften innerhalb der OPCW, die eigentlich ohne jede Art institutioneller oder politischer Voreingenommenheit agieren sollte.

Aufgrund des Bürgerkriegs innerhalb Syriens ist es zum einen schwierig, forensische Ermittler an den Ort eines vermuteten Angriffs zu entsenden und zum anderen, die Echtheit der Augenzeugenberichte, der Videos und der Fotos zu belegen, die im Anschluss im Internet zirkulieren - ganz abgesehen von dem Risiko,

dass Materialproben, die den OPCW-Testlaboren gesendet wurden, möglicherweise gerade von jenen stammen, die ein persönliches Interesse daran haben könnten, die Regierung von Bashar Al-Assad zu stürzen.

Das Problem unzuverlässiger Beweise spitzte sich bei dem Unfall in Douma zu, weil sie in einem Gebiet aufgenommen wurden, wo die Regierung schnell wieder die Kontrolle übernommen hatte und so ein Untersuchungsteam zugelassen wurde. Den Whistleblowern dieses Vorfalls wurde schnell klar, dass keine eindeutigen Beweise dafür vorlägen, um zweifelsfrei belegen zu können, dass die syrische Regierung ihre Gegner mit Chemiewaffen angegriffen habe.

Das heißt nicht, dass Assads Regierung keine Chemiewaffen gegen das eigene Volk eingesetzt hat, aber es widerspricht jeder Logik zu denken, dass jemand in Damaskus den Befehl geben würde, sie einzusetzen, wohl wissend, welchen Aufschrei jeder Einsatz chemischer Waffen international nach sich ziehen würde. Haben wir aus dem Irakkrieg und den falschen Behauptungen über den Einsatz von Massenvernichtungswaffen wirklich nichts gelernt? Sollten wir wirklich nur auf der Grundlage einer "begründeten Annahme" einen neuen Krieg in Syrien mitverantworten? Hunderttausende Menschen in Syrien würden in einem solchen Krieg sterben.

Und das müssen wir umso ernster nehmen, als der Konflikt in Syrien ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und den USA ist und diese Schlacht an unterschiedlichen Fronten geschlagen wird.

Im Jahr 2018 führte der Verdacht russischer Beteiligung an der Vergiftung eines früheren russischen Spions und dessen Tochter in Salisbury in England zu einem diplomatischen Konflikt. Dutzende russische Diplomaten aus mehreren westlichen Ländern wurden ausgewiesen. Allerdings konnten nie auch nur die geringsten Beweismittel vorgelegt werden, die die Verantwortung der beiden russischen Verdächtigen belegten. Sie wurden nur aufgrund von Fotos identifiziert, die britischen Polizei konnte keinen nachvollziehbaren Zeitrahmen vorlegen und die beiden russischen Opfer verschwanden, ohne dass man weiter nachforschte. All das ließ die anti-russische Hysterie in den Mainstreammedien fieberhaft in die Höhe schnellen.

Kürzlich erreichte uns eine Nachrichten aus Tschechien, dass Russland für eine Explosion im Jahr 2014 verantwortlich sei.

Gleichzeitig spitzt sich der Konflikt in der Ukraine zu, die Spannungen wachsen und am Horizont zeichnet sich die Gefahr eines totalen Krieges ab.

Sicherlich gibt es Profiteure vom Krieg, die gibt es in jedem Krieg. Es liegt an uns als Individuen, sicherzustellen, dass Entscheidungen für einen Krieg wohlbegründet sein müssen.

In einem Interview letzte Woche sagte Dr. Piers Robinson [4] von der Organisation für Propagandastudien im Vereinigten Königreich über den letzten OPCW-Bericht:

"Ich denke, dass Demokratie den Menschen viel Arbeit abverlangt, nicht wahr? Menschen sind denkende Wesen und müssen sich ihre eigene Meinung bilden. Aber die Menschen können das. Und ich bin überzeugt, wenn sich die Menschen von ihrer Abhängigkeit zu Mainstreammedien lösen, sich auf die Breite unabhängiger Medienberichterstattung einlassen, dann sind sie in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden. Schauen Sie sich die Originalunterlagen über die OPCW an. Hören sie nicht auf Journalisten oder mich. Schauen Sie sich einfach die verfügbaren Dokumente an und denken Sie nach. Es ist harte Arbeit, aber so ist das mit der Demokratie. Ich denke, Demokratie verlangt harte Arbeit von den Bürgern. Wenn wir apathisch sind, verlieren wir Demokratie, nicht wahr?"

*Übersetzung aus dem Englischen von Heidi Meinzolt und Lektorierung von Jeannette Carolin Corell, beide vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam.*

**Über den Autor**

Tony Robinson
Aktivist der Humanistischen Bewegung, Direktor der Organisation des Mittleren Ostens-Vertrags (METO), Mitglied des Koordinationskomitees von "Abolition 2000 - Global Network to Eliminate Nuclear Weapons", Autor des Buches "Kaffee mit Silo und die Suche nach dem Sinn des Lebens" und Produzent des Films "Der Anfang vom Ende der Atomwaffen".

***Anmerkungen:***

[1] https://www.opcw.org/media-centre/news/2021/04/opcw-releases-

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

# Kuba
# Raúl Castro legt Amt nieder

*von Pedro Schwarze, La Tercera*

***Auf einem Parteitag bestätigte der 89-jährige Ex-Präsident, dass nun der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel den Posten des Generalsekretärs antreten werde.***

*(Havanna, 16. April 2021, la diaria)* - Mehr als 300 Delegierte stimmten am 11. April einstimmig für den Hauptbericht des achten Kongresses der Kommunistischen Partei Kubas (PCC). Der Parteitag hatte vier Tage lang im Palacio de Convenciones in der kubanischen Hauptstadt Havanna unter strikten Hygieneregelungen stattgefunden. Das Abschlussdokument beschreibt den Transformationsprozess in der politischen Führung: von der sogenannten historischen Generation, die direkt an der Revolution im Januar 1959 teilnahm, zu den jüngeren Generationen. Außerdem wurden die Mitglieder des Zentralkomitees der PCC gewählt und am 12. April bekannt gegeben.

"Solange ich lebe, werde ich bereit sein, meine Heimat, die Revolution und den Sozialismus zu verteidigen", sagte der Parteivorsitzende Raúl Castro in der Eröffnungsrede des Kongresses. Der 89-jährige Ex-Präsident und Bruder von Fidel Castro bestätigte, dass er am Ende des Parteitages den Posten des Generalsekretärs der PPC verlassen werde. An seine Stelle werde der aktuelle kubanische Präsident, Miguel Díaz-Canel treten.

## Generationenwechsel in der Parteiführung

Die Generation um den 60-jährigen Díaz-Canel, der zur Zeit von Fidel Castros Eintritt in die Regierung geboren wurde, werde zudem andere Aufgaben in der Partei annehmen, um die bisherigen Führungskräfte zu entlasten. Außerdem werden der zweite Sekretär der PPC, der 90-jährige José Ramón Machado Ventura und der 88-jährige Kommandant Ramiro Valdés, mit dem Ende des Kongresses ebenfalls in den Ruhestand gehen.

Wie EFE berichtet, wurde im Jahr 2016 eine Altersgrenze von 60 Jahren für das Zentralkomitee (CC) und von 70 Jahren für das Politbüro beschlossen, über die in diesem Kongress abgestimmt werde. Das CC besteht zurzeit aus 142 Mitgliedern, das Politbüro aus 17 Führungspersonen, darunter vier Personen über 80 sowie drei Frauen.

Am Freitag wurde ein Video zur Erinnerung an Fidel Castro abgespielt. Raúl Castro eröffnete eine Diskussion über die Situation im Land und über die Rolle, die die kubanische Opposition und die Vereinigten Staaten einnehmen. "Der internen Konterrevolution fehlt Führerschaft und eine organisierte Struktur. Sie konzentriert sich auf den Aktivismus in den sozialen Medien. Die Straßen, die Parks und die Plätze werden die der Revolutionäre sein. Niemals werden wir den Revolutionären das Recht absprechen, ihre Revolution zu verteidigen!", versicherte er.

---

***Fortsetzung von Seite 34:***

second-report-investigation-and-identification-team

[2] https://sana.sy/en/?p=229860

[3] https://wikileaks.org/opcw-douma/

[4] https://www.pressenza.com/-de/2021/04/anschuldigungen-zum-chemiewaffeneinsatz-in-syrien-geraten-ins-wanken/

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

***Quelle:***
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

*http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0978.html*

**Castro sieht Gefahr in Lügen und Falschmeldungen**

"Es darf zu diesem Zeitpunkt keinen Platz für Naivität noch für übermäßige Begeisterung für neue Technologien geben, ohne die informatische Sicherheit zu gewährlisten", warnte Castro. "Die Lügen und Falschmeldungen kennen keine Grenzen, sie stellen Kuba als eine sterbende Gesellschaft dar, die keinen Ausweg kennt, um den gesellschaftlichen Aufruhr zu fördern".

In Bezug auf die USA bestätigte Raúl Castro, dass sein Land in respektvollen Dialog treten wolle "ohne Zugeständnisse an seine Souveränität und Unabhängigkeit" zu machen. Zudem seien unter der Trump-Regierung Maßnahmen gegen Kuba beschlossen worden, die die "Rücksichtslosigkeit des Imperialismus" widerspiegelten. Die Regierung habe sich mit der Annäherung zurückgezogen, die während der Obama-Regierung befürwortet wurde. In den letzten vier Jahren habe Washington Reisen nach Kuba und auch Überweisungen in das Land erschwert. Zudem wurde Kuba in die Liste der Staaten aufgenommen, die den Terrorismus fördern. Damit, so Castro, hätten die USA versucht, "das Geschäftssystem zu sabotieren, das Staatshandeln zu brechen, das Chaos zu fördern und einen Ausbruch des Zorns in der Gesellschaft zu verursachen".

**Wirtschaftspolitische Maßnahmen**

Am 11. April genehmigte der Kongress verschiedene politische Dokumente, darunter die sogenannte "Aktualisierung der Konzeptualisierung des Wirtschaftsmodells". Dabei erfolge unter den "Haupttransformationen" die Festigung der Rolle des "sozialistischen Eigentums aller Menschen über grundlegende Produktionsmittel" sowie die Anerkennung und Diversifizierung der verschiedenen Formen von Eigentum und Führung. Weiter solle eine "umfassende Verbesserung des geplanten Leitsystems für wirtschaftliche und soziale Entwicklung und des Staates als leitende, koordinierende und regulierende Instanz aller Akteure" erfolgen.

Außerdem wurde die Maßnahme vorgeschlagen, ein "Erkennen, Regulieren und Erreichen eines angemessenen Funktionierens des Marktes" anzustreben, "sodass zentralisierte Verwaltungsmaßnahmen in Wechselwirkung mit makroökonomischen und anderen politischen Maßnahmen die Wirtschaftsakteure dazu veranlassen, Entscheidungen im Einklang mit den Interessen der gesamten Gesellschaft zu treffen". Das solle dazu führen, dass "schlechte Praktiken" wie Spekulationen verhindert und "Wissenschaft und die Entwicklung von Technologie und Innovation" gefördert werden. Es solle sichergestellt werden, dass "Arbeit und Fleiß moralische Grundwerte darstellen" und, dass die Anwendung des Verteilungsprinzips sozialistisch sei. Schließlich solle "die Übereinstimmung mit der Qualität und Quantität der Arbeit der grundlegende Weg sein, um die Bedürfnisse zu befriedigen und die Lebensqualität zu erhöhen". Dies solle das "dauerhafte, vorrangige Ziel sein, wobei der Schwerpunkt auf der Ernährungs- und Energiesicherheit und der Bildung und Gesundheit liegen soll".

Verschiedene politische Organisationen in der Welt, wie beispielsweise das linke Parteienbündnis Frente Amplio (FA) aus Uruguay, sprachen dem Kongress ihre Grußworte aus. In einem Brief des FA-Präsidenten, Javier Miranda, wurde "die Solidarität mit dem Brudervolk Kubas" ausgesprochen. Zudem wiederholte er, dass die "Ablehnung und die kriminelle Blockade, die die Regierung der Vereinigten Staaten der Insel seit mehr als sechs Jahrzehnten auferlegt", strikt abgelehnt werde.

*URL des Artikels:*
https://www.npla.de/thema/tagespolitik/erneuerung-der-kommunistischen-partei-raul-castro-legt-amt-nieder/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

***Quelle:***
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

*http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1995.html*

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

# Lateinamerika
# Männlichkeiten: Was steht hinter dem Begriff aus der Gendertheorie?

*von Gabriela Sadon*

***"Als Männer sollten wir uns darauf konzentrieren, unser Engagement für Feminismen in die Räume zu tragen, zu denen Frauen keinen Zutritt haben."***

*(Buenos Aires, 4. April 2021, AN-Red)* - Nicht "Männer", nicht "Personen männlichen Geschlechts", sondern Männlichkeiten: Der Begriff ist nicht neu, hat aber eine neue Bedeutung bekommen; man liest und hört ihn immer öfter in den Diskursen im Themenfeld von Feminismen, deren aufklärerisch-kritischer Ansatz mittlerweile ebenfalls im Plural ausgedrückt wird.

## Geschlechterverwirrung

In seinem Buch "Des Hommes justes. Du patriarcat aux nouvelles masculinités" ("Gerechte Männer. Vom Ende des Patriarchats und den neuen Männlichkeiten") beschreibt der französische Historiker, Lehrer und Schriftsteller Ivan Jablonka den Weg des Patriarchats vom Beginn der Menschheit, als Männer auf die Jagd gingen und Frauen sich den Aufgaben im Zusammenhang mit der Fortpflanzung ihrer eigenen neuen Arten widmeten, bis in die heutige Zeit, wo die Aufteilung von Macht und gesellschaftlichen Aufgaben immer noch konstanter Gegenstand von Auseinandersetzungen ist, sich jedoch auch im Umbruch befindet. Der französische Historiker und Autor von "Laëtitia oder das Ende der Mannheit" entwirft das Modell einer gerechteren Welt, in der Männer nicht zuletzt zu ihrem eigenen Besten ihre Privilegien aufgeben, und gibt seinen Leser*innen eine Reihe von Aufgaben für die gerechten Männer von morgen an die Hand. "Das patriarchale System verlangt die Übereinstimmung von Geschlecht, Gender und Begehren. Die Frau ist unterwürfig und weiblich, der Mann maskulin und dominant; und beide ergänzen einander, in der Liebe und in der Familie. Tatsächlich jedoch ist Weiblichkeit ebenso wenig den Frauen vorbehalten, wie Männer an Maskulinität und Heterosexualität gebunden sind. Indem wir 'Geschlechterverwirrung' säen, erweitern wir das Feld unserer eigenen Möglichkeiten. Das ist die große Lektion, die Judith Butler uns gelehrt hat."

## Im Gespräch mit Lucho Fabbri

Lucho Fabbri, Politikwissenschaftler und Doktor der Sozialwissenschaften aus Argentinien, ist Mitbegründer der Antipatriarchalen Männergruppen La Plata (2009) und Rosario (2013) und Mitinitiator des Landesweiten Verbands der Männergruppen (2012), der sich seit 2016 international organisiert (Encuentros Latinoamericanos de Varones Antipatriarcales, kurz: ELVAs). Seit 2018 ist Fabbri Mitglied im "Institut Maskulinitäten und gesellschaftlicher Wandel" und im Netzwerk MenEngage Lateinamerika. Derzeit ist er Ansprechpartner für Gender und Sexualitäten im Rektorat der Nationalen Universität von Rosario. Ferner hat er an einer Empfehlung des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) für die Arbeit in Bildungsumfeld mitgearbeitet.

*Seit wann spricht man von Männlichkeiten?*

Die Studien über Männer und Männlichkeiten entstanden in den 80er und 90er Jahren im englischsprachigen Hochschulkontext als Ableger der Frauenforschung. Der Begriff Masculinities wurde später von den Gender-Studies als Forschungsfeld aufgegriffen und fand im Laufe der Zeit als "masculinidades" auch in einigen spanischsprachigen Ländern wie Spanien und Mexiko Verbreitung.

*Warum der Plural?*

Man kann von Männlichkeit sowohl im Singular als auch im Plural sprechen. Ich persönlich verwende beide Bezeichnungen in einer jeweils anderen Bedeutung:

Mit dem Begriff im Singular beziehe ich mich nicht auf die Männlichkeit einer bestimmten Person oder auf eine Identität oder ein Subjekt, sondern auf ein Machtmittel, bestehend aus einer Sammlung von Praktiken und Diskursen, die uns als Männern bei der Geburt zugewiesen wird und mit denen wir sozialisiert werden; es geht um die Idee der Männlichkeit als Mandat, das bestimmte Formen von Ungleichheit und Gewalt produziert und reproduziert. Die männliche Sozialisierung soll uns Männer veranlassen zu glauben, dass Frauen, dass Weiblichkeiten, ihr Dasein, ihre Energie, ihre Sexualität, ihre Körper uns zur Verfügung stehen. Wenn ich von Männlichkeiten im Plural spreche, beziehe ich mich auf die Vielzahl von Identitäten, Körpern, von Subjektivitäten, die sich mit einer individuellen, singulären Aneignung dieser Idee von Männlichkeit identifizieren und sie der Welt präsentieren. "Männlichkeiten" impliziert eine Vielfalt von Körpern, die nicht nur Cis-Männer und heterosexuelle Männer, sondern auch andere männliche Identitäten und sexuelle Orientierungen sowie trans-, lesbische und nicht-binäre Männlichkeiten einbezieht. Von Männlichkeiten im Plural zu sprechen ist somit ein Zugeständnis an die Heterogenität von Körpern, die sich mit diesem Begriff identifizieren.

*Warum ist es wichtig, schon in der Schule mit dem Thema anzufangen?*

Will man der Legitimität dieses kulturellen Männlichkeitsmandats der patriarchalen Ideologie wirksam entgegenarbeiten, kann man gar nicht früh genug mit Bewusstseinsbildung, Reflexion und Sensibilisierung für das Problemfeld anfangen, das gilt für das formale Bildungssystem ebenso wie andere Sozialisationsräume, mit denen wir Männer in Berührung kommen. Je früher wir mit der kritischen Reflexion beginnen, die es uns erlaubt, dieses Mandat zu erkennen, desto besser wird es uns gelingen, eine autonomere, freiere, vielfältigere Form von Männlichkeit zu entwerfen und die Gleichberechtigung aller Gender-Identitäten in die Praxis umzusetzen.

*Was denkst du über das Micaela-Gesetz? Und wie kann man Männern klar machen, dass es an der Zeit ist, bestimmte Privilegien aufzugeben?*

Wie die Sexualerziehung in Schulen (Educación Sexual Integral, ESI) ist das Micaela-Gesetz [1] ein vorbeugendes Instrument zur Verhinderung von Gewalt, das auf pädagogische Förderung setzt, um den Aufbau anderer Verbindungen zu ermöglichen. Ich denke, grundlegend für beide ist, dass die Bildungsarbeit nicht im bloßen theoretischen und normativen Rahmen verhaftet bleibt, sondern den Raum lässt, um kollektiv neues Wissen zu konstruieren und unsere Überzeugungen und unsere Praxis zu hinterfragen, so dass wir wirklich in der Lage sind, unser Verhalten zu ändern. Wenn wir uns nur mit Theorien und Gesetzen befassen, wird es uns nicht gelingen, etwas an der Art, wie wir Verbindungen aufnehmen und uns aufeinander beziehen, zu verändern.

*Nehmen wir das klassische Rugbyspieler-Image und die rassistischen und klassistischen Tweets, nachdem Spieler eines Rugby-Teams in Villa Gesell einen jungen Mann ermordet hatten. Wie ist dein Konzept von Männlichkeiten auf diesem Hintergrund zu verstehen?*

Gewalt gegen das eigene Geschlecht wie der Mord an Fernando Báez [2] in der argentinischen Stadt Villa Gesell sind Ausdruck der Idee der Besetzung hierarchischer Positionen innerhalb der Bandbreite der Männlichkeiten, für die das Männlichkeitsmandat plädiert, und fast immer ist die Besetzung dieser Positionen von Gewalt begleitet. Die Stellung innerhalb der Peer-Group, innerhalb der "Bruderschaft" der Männlichkeit will erobert werden, und oft läuft dies über Gewalt innerhalb der Gruppe, über kollektive Gewalt also, bei der Männer einander zeigen, dass sie des Etiketts "männlich" würdig sind und einen bestimmten Status innerhalb der Männerwelt verdienen.

*Wie verhält sich das Konzept von Männlichkeiten zur Weigerung von Feministinnen, Männer in bestimmten Räumen zuzulassen, wie z.B. bei 8. März-Demos oder bei den Landesweiten Frauentreffen?*

Man muss in der Lage sein, auf das Nein von Feministinnen, von Frauen überhaupt zu hören, und zwar immer dann, wenn Frauen der Meinung sind, dass die Anwesenheit von Männern in bestimmten Räumen nicht angesagt ist. Als Männer sollten wir uns nicht darauf konzentrieren, wie wir argumentieren müssen, um uns den Eintritt in die Räume zu erstreiten, sondern wie wir unser Engagement für Feminismen in die Räume tragen können, zu de-

nen wir als Männer ganz selbstverständlich Zutritt haben, Räume, die mit der männlichen Sozialisation verbunden sind und nicht für Feministinnen offenstehen. Hier müssen wir unser ernstgemeintes Engagement für die Abschaffung von Gewalt und Ungleichheiten einbringen, indem wir die patriarchale Komplizenschaft in unseren Beziehungen zu anderen Männern grundlegend durchbrechen.

**Im Gespräch mit Carmen Chuchuy**

Carmen Chuchuy ist Präsidentin der seit 2019 in Salta gegründeten Stiftung Gender und Männlichkeiten, die die Dekonstruktion von Männlichkeiten zum Ziel hat. Die Provinz Salta ist bekannt für ihre traditionelle Lebensauffassung und für ihren Widerstand gegen jegliche Arten von Veränderungen.

*Was die Umsetzung feministischer Forderungen angeht, ist Salta ein kompliziertes Pflaster. Das zeigt sich derzeit am Thema Abtreibung und den Schwierigkeiten, die Gesetzesänderung in die Praxis umzusetzen. Wie wird die Arbeit der Stiftung in der Provinz aufgenommen?*

Die starke patriarchale Prägung in der Provinz Salta ist unübersehbar. Als Beispiel sei nur mal der geringe Frauenanteil in den Entscheidungsgremien der aktuellen Regierung genannt. Die Akzeptanz gegenüber der Stiftung war aber gar nicht so schlecht. Die Pandemie war gerade ausgebrochen, und wir hatten für unsere erste Veranstaltung den Gender-Forscher Hugo Huberman eingeladen. Huberman ist Sozialpsychologe und Pädagoge und berät verschiedene Organisationen zu Gender und Männlichkeit, außerdem ist er Koordinator der Campaña del Lazo Blanco zur Prävention von Gender-Gewalt und Berater der Arbeitsgruppe UN Frauen und des UN-Entwicklungsprogramms in Argentinien. Wie die Resonanz auf Hubermans Vortrag zeigt, ist das Bedürfnis, über Männlichkeiten, über nicht-hegemoniale Männlichkeiten zu sprechen, offensichtlich groß. Die Veranstaltung war der Auftakt zu einer Vortragsreihe zu diesem Thema, die wir in Abstimmung mit dem PRHIO-Programm (Programa de Intervención a Hombres) der Provinz Salta über das ganze Jahr hinweg vorbereitet hatten. Die nächste Reihe beginnt am 14. April. Diesmal ist die Teilnahme von Fachleuten aus anderen lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko, Brasilien und Nicaragua geplant. Die Koordination übernimmt Hugo Huberman.

*Kommen wir zum intersektionalen Ansatz. Warum ist es wichtig, die Genderthematik mit anderen Machtstrukturen wie Rassismus und Klassismus zusammenzudenken, um patriarchale Stereotypen zu entwaffnen, und wie können Männer in den Kampf einbezogen werden, obwohl es um den Verlust ihrer Privilegien geht?*

Um Ungleichheiten und Machtverhältnisse besser zu verstehen, dürfen ethnische und soziale Herkunft und Alter bei der Betrachtung von Gender nicht ausgeklammert werden; das ist in jeder Kultur so. Warum Männer einbeziehen? Männer müssen an diesem Prozess teilnehmen, um sich aus ihrem Zustand der kulturellen Entfremdung zu befreien. Dadurch erweitert sich ihre Vorstellung von Beziehungen, von Bindungen, und es hilft ihnen, Gewaltlosigkeit neu zu erlernen. Gewalt ist etwas Erlerntes, das man auch wieder verlernen kann. Sie ist als kulturelle Struktur im Männlichen verankert, im Inneren eingegraben. Mit Männern zu arbeiten ist im übrigen sehr schwierig, denn: Die Privilegien, die sie sich selbst gewähren, sind Hauptursachen für Frustration und Schmerz in ihrem Leben. Das macht es kompliziert. Wenn du Männer nach ihren Privilegien fragst, wird dir niemand irgendwas Brauchbares antworten. Sie nehmen sie nicht einmal wahr. Sie registrieren nicht, dass sie diese Privilegien haben, und durch diese Unwissenheit, dieses nicht vorhandene Bewusstsein über die eigenen Privilegien sichern sie den Fortbestand der Ungleichheit, deshalb halten Männer in unserer Kultur so sehr daran fest, nicht Bescheid zu wissen.

*Und was passiert, wenn Jungs ihre neuen Erkenntnisse über Männlichkeiten in ihre traditionellen oder konservativen Familien zurücktragen?*

Es ist wichtig, in der Kindheit zu beginnen, Szenarien zu schaffen, wo Kinder gleichrangige Beziehungen üben können, wo es nicht um eine einseitige Machtverteilung geht, wo es keine Herrscher und Beherrschte gibt, sondern gleichberechtigte Beziehungen zwischen Jungen und Mädchen oder zwischen Kindern, Müttern und Vätern. In allen Kulturen gibt es soziale Gruppen, die Traditionen pflegen, und es ist wichtig zu wissen, wie man mit ihnen arbeitet. Wenn wir mit Kindern zum

Thema Gender arbeiten, kommen sie sicher mit neuen Dingen nach Hause, das ist die Idee, und natürlich basiert unsere Arbeit auf der Hoffnung, dass diese neuen Ideen nicht stören. In den traditionelleren Familien werden sie wahrscheinlich ein gewisses Unbehagen hervorrufen, aber ich weiß nicht, wie die Reaktionen im Einzelnen ausfallen. Wir arbeiten so, dass wir Konfrontationen vermeiden und nicht mit den traditionellen Sektoren in Konfliktsituationen gehen.

In der Schule entstehen die ersten sozialen Bindungen. Wir sind eine Gesellschaft, ein soziales Geflecht. Das Konzept von Gender entsteht innerhalb dieses Geflechts, also liegt der Schlüssel zu einem Leben ohne Gewalt darin, an diesem Konzept zu arbeiten und zu lernen, als Gleichberechtigte miteinander in Beziehung zu treten. Gewalt als soziale Praxis wird von klein auf vermittelt. Ich glaube, zuerst wird Gewalt an Männern erlebt, dann folgt die Erfahrung von Gewalt als Interaktion zwischen Männern, und dann treten Frauen als Objekt von Gewalt in Erscheinung, wobei Selbstgeißelung und Selbstverletzung nicht außer Acht gelassen werden dürfen, wenn wir damit beginnen wollen, etwas zu verändern.

*Wie hat sich das Konzept von Männlichkeiten in den letzten Jahren verändert, und welchen Beitrag leisten die jüngeren Generationen?*

In den 1990er Jahren entstanden in mehreren Ländern der Region Männergruppen. Männer aus LGBT-Zusammenhängen hatten mit ihrer kritischen Reflexion zur hegemonialen Männlichkeit bereits erste Vorarbeit geleistet. Dazu entstanden Programme zur Arbeit mit Männern, die selbst Opfer von Gewalt wurden. Ich denke, dass auch die feministischen Bewegungen in den letzten Jahren viele Männer ermutigt haben, über sich selbst nachzudenken und die Hegemonie "eines" Männlichkeitsmodells kritisch zu hinterfragen. Die jeweiligen individuellen Erlebnisse regen das weitere Nachdenken an, und dann ist es vielfach eine Frage der eigenen Bereitschaft zu Selbstkritik, zu Reflexion und Dekonstruktion, die Männer dazu bringt, in dieser Richtung weiterzugehen oder eben nicht. Junge Männer haben einen besonderen Beitrag zur Vertiefung der Diskussion geleistet, denke ich.

*Wie wirken sich patriarchale Modelle auf Jugendliche und Heranwachsende aus?*

Es gibt keinen Lebensbereich, der sich dem Einfluss von Gender-Mandaten entziehen kann, selbst wenn uns das nicht immer bewusst ist. Im Bereich der Sexualität ist dieser Einfluss besonders augenfällig: Mann bedeutet quasi Hetero-Cis-Mann und steht für ein sexuell aktives, dominantes und triebhaftes Wesen, das ständig das Bedürfnis hat, sein Wissen über sexuelle Beziehungen zur Schau zu stellen. Die Auswirkungen auf die sexuelle, reproduktive und psychische Gesundheit und die sexuell-affektiven Beziehungen zu anderen Menschen sind vielfältig, zu nennen wären hier ungewollte Schwangerschaften, sexuell übertragbare Infektionen (STIs), Männer, die als Kinder missbraucht wurden und aufgrund des gesellschaftlichen Drucks nicht in der Lage sind, über die Unterwerfung durch einen Mann zu reden - das steht im kompletten Widerspruch zur hegemonialen Bestimmung. Väter können nicht einfach Betreuungsaufgaben übernehmen, weil es keine aktualisierte Regelung für den Vaterschaftsurlaub gibt. Hier zeigt sich beispielsweise, dass die aktuell gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen den soziokulturellen Fortschritt behindern, der bei einigen jungen Männern bereits stattgefunden hat. Auf keinen Fall sollen die vielfältigen Auswirkungen der Gender-Mandate auf das Leben von Frauen und anderer Geschlechtsidentitäten unerwähnt bleiben, für die die Erfahrung sexistischer Gewalt zum Alltag gehört.

*Und welchen Einfluss hat COVID-19 auf das Einsetzen von Dekonstruktionsprozessen bei Heranwachsenden?*

Ich glaube nicht, dass COVID hier eine zusätzliche Bremsfunktion hatte, was Erkenntnisgewinn angeht; im Gegenteil: Ich denke, die derzeitige Situation legt viele Aspekte offen, die schon vorher vorhanden waren, aber jetzt vertieft wurden und deutlicher zutage treten: Stichwort Gesundheitsversorgung, Pflege, psychische Gesundheit, unter anderem. Die unmittelbare Erfahrung aus erster Hand, der wir durch die Pandemie ausgesetzt waren, bietet Gelegenheit, einige dieser Themen neu zu überdenken: Wie gehen wir mit unserem Körper um, was bedeutet für uns Gesundheit, wann und unter welchen Umständen bitten

wir um Unterstützung, wie bewältigen wir pflegerische oder häusliche Aufgaben, wie drücken wir unsere Gefühle aus und in welchen Kontexten? Was den Zusammenhang zwischen Männlichkeitsmandaten und der aktuellen Situation der Pandemie angeht, gibt es nun einiges zu erforschen.

*Übersetzung: Lui Lüdicke*

***Anmerkungen:***

[1] https://www.argentina.gob.ar/-generos/ley-micaela

[2] https://wochenblatt.cc/rassismus-fuehrt-zum-tod-eines-jungen-mannes/

*URL des Artikels:*
https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/maennlichkeiten-was-steht-hinter-dem-begriff-aus-der-gendertheorie/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

***Quelle:***
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

*http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psf00062.html*

## POLITIK / WIRTSCHAFT / MEINUNGEN

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### Skizzen zur staatlichen Planung in China und anderen Ländern

*Die drei Säulen für eine nachhaltige Wirtschaft*

*von Günter Buhlke, 27. April 2021*

*(Pressenza)* - In Russland haben Partei und Regierung mit der zentralen Planung das Land nicht umfassend auf Fortschrittskurs bringen können. Bedeutende Entwicklungsimpulse erhielten jedoch die Bildung, die Wissenschaft, das Gesundheitswesen, die Kultur und das System der Landesverteidigung.

Die historischen Rückstände in der Volkswirtschaft waren durch den 2. Weltkrieg und den anschließenden Kalten Krieg kaum aufzuholen. Die Erwartungen, die an die zentrale Planung geknüpft waren, konnten nicht erfüllt werden. Die Bevölkerung musste sich mit einer Grundversorgung zufrieden geben. Der Investitionsbedarf der Wirtschaft, der Infrastruktur musste hinter der Sicherheit zurückstehen.

Traditionelle Marxisten gehen davon aus, dass alle Bereiche, die zum Überleben der menschlichen Gesellschaft grundsätzlich notwendig sind, im Besitz der Gemeinschaft sein sollten und zentral geplant werden. Das sind Land/Bodenschätze, Energiequellen, Wasser, Steuerhoheit/Zentralbank. Doch nicht alles zur täglichen Gestaltung ist von einer Planungsbehörde zu überblicken. Die Zentrale Planung braucht Rahmenbedingungen, die die demokratische Mitbestimmung der Betroffenen sichert und das Prozedere der Planaufstellung festlegt. Die Zentrale Planung ist kein neuer Prozess, der mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung eingeführt wurde. Monarchien und kapitalistische Republiken benutzten zentrale Planungen für verschiedene Bereiche des Staates und der Volkswirtschaft. Die Bundesrepublik verwendet sie mit ihren zweijährigen Staatshaushaltsplänen, sowie für längerfristige Bebauungs- und Straßenverkehrspläne usw. Alle für die Gesellschaft wichtigen Bereiche haben lineare Entwicklungsprogramme, die aber selten bilanziert und verbindlich ausgestaltet sind.

Planung bedeutet zunächst die Abwägung künftiger Möglichkeiten.

Die Bestimmung des zukünftigen Bedarfs im subjektiven und wachsenden Umfeld sowie Investitionsgrößen unterliegen einem komplexen Verfahren. Tief verzweigte Planungsgrößen müssen beachtet werden, beispielsweise für die Bestimmung der Größen des Bedarfes, nach in- oder ausländischen Quellen. Mit Bleistift und Radiergummi ist Volkswirt-

schaftsplanung nicht machbar. Gebraucht werden mathematische Verfahren, Computertechniken, große Datenspeicher, Prognoseverfahren, die über Finanzierbarkeit und Folgeeinschätzungen Auskunft geben u.v.m.

Die DDR richtete zunächst eine Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der Volkswirtschaft ein, die mit der Brüsseler Weltzollnomenklatur korrespondierte. Die Industrie- und Verbraucherpreise wurden kalkulatorisch ausgearbeitet. Auf der Rechtsgrundlage des Potsdamer Abkommens wurden die Eigentumsverhältnise neu geordnet. Gesetze zur Planungs- und Bilanzierung wurden geschaffen, die alle zwei Jahre in Überprüfungskonferenzen die Kombinate und die Staatliche Plankommission (SPK) auf Problemstellen bewerteten.

In der letzten Phase der DDR entschied die SPK 449 Erzeugnispositionen, die Minister 698. Betriebsdirektoren der Volkseigenen Unternehmen hatten ein eingeschränktes Entscheidungsfeld. In der Marktwirtschaft entscheidet der Mehrheitseigentümer aus seiner Sicht. Reformversuche wurden mit dem Neuen Ökonomischen System unternommen.

Die Unternehmen der Bundesrepublik unterliegen gleichfalls staatlichen Vorschriften. Sie melden an das Statistische Bundesamt monatlich etwa zehntausend Betriebsdaten. Das Finanzamt fordert weitere Daten von privaten, kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen, die der Kontrolle der Steuerzahlung dienen. Unterschiede im Aufwand der Bürokratie zwischen beiden Systemen sind kaum vorhanden.

Bei der Bewertung der Zentralen Planung ist zu beachten, dass Planung zunächst ein technologischer Prozess ist. Entscheidend sind die Interessen, die mit den Zielstellungen verbunden werden und die Machtverhältnisse, um die geplanten Ziele zu erreichen. Die Sozialistische Gesellschaftsordnung beabsichtigt mittels zentraler Planungen soziale Zielstellungen, wie die gleichberechtigte Teilhabe am Wertzuwachs der Wirtschaft erreichen und der Bevölkerung ein würdiges Leben bei der Deckung des materiellen Grundbedarfes an Nahrung, Wohnen etc. bieten. Die Hauptziele der kapitalistischen Marktordnung richten sich im Schwerpunkt auf den Zuwachs der Geldmenge für die Mehrheitseigner. Der Versorgungsauftrag der Wirtschaft, die Gemeinschaft mit Bedarfsgütern zu versorgen ist zweitrangig.

Anders als in Russland haben in China acht Parteien der Nationalen Front und die Regierung das 1,4 Milliarden-Volk aus einer tiefen Misere mit Millionen Hungertoten noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch eine Zentrale Planung das Land in wichtigen Bereichen zur Weltspitze geführt. Die Leistungen wurden in der historisch kurzen Zeit von nur 72 Jahren geschafft. China hat die zu schwache wirtschaftliche Akkumulationsfähigkeit, wie sie in Russland und anderen sozialistischen Ländern vorhanden war, überwunden, indem in der Wirtschaft Instrumentarien genutzt werden, die die kapitalistische Ordnung mit Erfolg anwendet. Dazu gehören Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen, die Möglichkeiten zur Befristung enthalten und der staatlichen Kontrolle unterliegen, Kapitalbeteiligungen an staatseigenen Betrieben unterhalb von Entscheidungsmehrheiten, Zulassung reglementierter Börsengeschäfte und Zulassung von Produktionsstätten für ausländische Unternehmen. Entscheidend sind die politischen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die die praktischen Abläufe regeln.

Es ist keine Neuheit, dass die Gesellschaftsordnungen von ihren vorangegangenen, bewährte betriebs- und volkswirtschaftliche Instrumentarien übernehmen. Die Sowjetunion sowie die DDR u.a., nutzten die Systeme der Betriebsordnung, der Kreditgewährung, das Rechnungs- und Bilanzwesen, der Banken und Versicherungen, der Besteuerung, des Vertragsrechts, der Preiskalkulation u.v.m. der kapitalistischen Ordnung von Beginn an. Positive Verfahren werden von allen nachfolgenden Ordnungen evolutionär genutzt. Konten, Bilanzen, Banken existierten in Italien seit dem 14./15. Jahrhundert. Das Kredit- und Darlehenswesen haben die deutschen Großhandelskaufleute der Fugger und Welser im 15./16. Jahrhundert verbreitert. Die katholische Kirche hat mit dem Ablasshandel die ersten Wertpapiere im Umlauf gebracht. Prinzipien des Staatshaushaltes entstammen der Kameralistik des Feudalismus.

Die chinesische Regierung geht einen sozialistischen Weg eigener Prägung, wie es in der Begründung des laufenden 14. Fünfjahrplanes heißt. Sie nutzt auch Elemente der kapitalistischen Ordnung gemäß den sozialistischen Zielstellungen modifiziert.

Im Bereich des wirtschaftlichen Eigentums Chinas gibt es keine

Eigentumsform, die eine beherrschende Macht im Staat ausübt. Das Machtmonopol liegt bei der Politik. Die wirtschaftliche Eigentumsstruktur Chinas besteht in zwei großen staatlichen Strukturen: Die staatliche SOE/State Owned Enterprise sowie die SASAC/Staatsunternehmen unter besonderer Kontrolle.

Beide Formen mit der Aufgabe der Grundversorgung. Ebenfalls staatlich, die meist unter kommunaler Kontrolle arbeitenden TVE (Township and Village Enterprises). Die drei Formen wurden reformiert und können mit privatem Minderheitskapital arbeiten. Weiter das genossenschaftliche Eigentum als vierte Form, dass vorwiegend in der Landwirtschaft und in den Kommunen anzutreffen ist (auch Huawei ist z.B. genossenschaftlich organisiert). Als fünfte Form existiert das private Eigentum. Es ist im Dienstleistungsbereich und in der Form Joint Venture tätig.

Land und Boden gehören zum Eigentum der Volksrepublik. Es wird den Bauern vertraglich zur eigenen Nutzung übergeben. Die Verfügungsgewalt besitzt der Staat. Ihre Verwendung wird über den zentralen Plan geregelt.

Die Nationale Front und die Regierung sichern die sozialen Zielstellungen und üben über Gesetze die Macht aus. Fragezeichen setzt die Existenz von Milliardären in der Volksrepublik China auf.

Bemerkenswert sind die geplanten guten Rahmenbedingungen für die Generation der Jugend und zur Entwicklung der Wissenschaft. Die Öffnung der Volkswirtschaft Chinas zur internationalen Arbeitsteilung kann zu den Erfolgskriterien gerechnet werden. China treibt die Öffnung und Globalisierung mit dem Projekt der Neuen Seidenstraße selbst aktiv voran.

Langfristige Planung ist zwingend mit Folgeeinschätzungen verbunden. Sie öffnet so ein Zeitfenster zum Erkennen von Problemen aus einem extensiven Wachstum auf die Natur. Der laufende Fünfjahrplan steckt den Weg für eine deutliche Senkung des CO2-Ausstoßes ab. Erforderliche Investitionsobjekte zur Umstellung der Energieerzeugung sind festgelegt. Der Anteil von Kohle, Öl, Gas soll von gegenwärtig 70 auf 24 Prozent sinken.

2020 führte die Regierung Chinas ein Sozialpunktesystem mit 300 Zählern als eine weitere Neuheit im komplexen Umfeld der Planwirtschaft ein. Es zielt auf die Einhaltung von Pflichten. Unternehmen mit hohen Punktzahlen können belohnt werden, beispielsweise mit Fördermitteln, bei staatlichen Ausschreibungen u.ä. kommentiert die Handelskammer der EU.

Die zentrale staatliche Planung hat sich für China als ein verlässliches Element für die gesellschaftliche Entwicklung erwiesen. Sie ist technologisch modern ausgestattet und mit einer human gesinnten sozialistischen Führungsstruktur verbunden.

Eine Einschätzung, ob sich China noch auf dem Weg zum Sozialismus befindet, kann nicht an betriebswirtschaftlichen Elementen festgemacht werden. Der Entwicklungsweg Chinas führt über demokratische und partizipative Rahmenbedingungen.

Das gegenwärtige Hauptproblem für die Weiterentwicklung Chinas ergibt sich aus der Frontstellung der USA. Präsident Biden hat China und Russland zu Hauptfeinden erklärt. Die NATO liegt vollständig auf der Linie der USA. Ihre Tagung vom Dezember 2020 hat keine friedliche Prognose entwickelt. Das deckt sich mit den steigenden Militärausgaben der NATO-Länder, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI am 25.4.2021 meldete. Im Hintergrund der konträren Haltung zu China ist wohl die Angst, dass das kapitalistische System am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt ist und sich andere Entwicklungsländer dem neuen sozial betonten System zuwenden.

*Der Autor, Ex-Direktor der Staatlichen Plankommission der DDR, beschreibt in seinem neuen Buch "Hat die Welt eine Zukunft?" Verlag am Park, ISBN 978-3-947094-79-0 [1], Alternativen der Planung in einer humanen Welt.*

***Anmerkung:***

[1] https://www.eulenspiegel.com/-verlage/verlag-am-park/titel/hat-die-welt-eine-zukunft.html

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

***Quelle:***

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

*http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtsch/pwmg0111.html*

**RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL**

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

# Brasilien
# Drei Jahre nach dem Mord an Marielle Franco

*von Igor Carvalho*

***Das Institut Marielle Franco und Amnesty International veröffentlichen Dossier mit einer Million Unterschriften und fordern Antworten auf das Verbrechen.***

*Marielle Franco*
*Bild: Mídia Ninja, CC BY-SA 2.0, unverändert [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0], via Wikimedia Commons*

*(São Paulo, 14. März 2021, brasil de fato)* - Vor drei Jahren wurden die linke Stadträtin von Rio de Janeiro, Marielle Franco [1], und ihr Fahrer Anderson Gomes ermordet. Die Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens und Wilson Witzel zum Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro habe dazu geführt, dass die Aufklärung der Morde beeinträchtigt worden sei, betonte Anielle Franco, die Schwester der ermordeten Marielle Franco. Das Verbrechen jährte sich am 14. März zum dritten Mal.

Es sei nicht abzustreiten, dass die Wahl von Bolsonaro und Witzel die Ermittlungen zu dem Verbrechen ausgebremst habe. "Der gegen uns gerichtete Hass-Diskurs und die Fake News machen uns das Leben schwer", so Anielle Franco. Drei Jahre seien eine beschämend lange Zeit für die mit der Verbrechensaufklärung betrauten Behörden.

## Eine Million Unterschriften für Aufklärung des Falls

Anielle Franco sprach am 12. März auf einer Pressekonferenz von Amnesty International [2] und dem Institut Marielle Franco [3], dessen Geschäftsführerin sie ist. Beiden Organisationen gelang es in einer Petition, über eine Million Unterschriften zu sammeln, die eine Beschleunigung der Ermittlungen einfordern. Das Dossier enthält außerdem 14 bislang unbeantwortete Fragen hinsichtlich der Morde an Marielle Franco und Anderson Gomes.

"Wir können es nicht hinnehmen, dass die brasilianischen Behörden keine klare Antwort auf die Ermordung der Stadträtin haben, die die fünftmeisten Stimmen der Bevölkerung von Rio de Janeiro bei den Wahlen gewann. Es ist absolut inakzeptabel, dass es dazu keine angemessenen Stellungnahmen gibt", kritisierte Jurema Wernek, Leiterin von Amnesty International in Brasilien. "Die Behörden müssen endlich Farbe bekennen und eingestehen, was für Schwierigkeiten sie damit haben."

Das Dossier sollte an den Interimsgouverneur von Rio de Janeiro, Cláudio Castro, sowie an den Staatsanwalt des Bundesstaates, Luciano Mattos, übergeben werden. Die Familie von Marielle und Amnesty International gehen davon aus, dass sich Castro und

Mattos der Debatte nicht stellen und den Fragen zur Langsamkeit der Ermittlungen ausweichen werden.

"Eine Million Menschen aus Brasilien und der Welt haben mit ihrer Unterzeichnung zum Ausdruck gebracht, dass sie der Familie von Anderson und Marielle beistehen; die Welt fordert Gerechtigkeit. Warum möchten also Cláudio Castro und Staatsanwalt Mattos nicht öffentlich über das Verfahren sprechen? Marielle Franco ist nicht mehr hier, aber wir verurteilen dieses Schweigen. Wir werden nicht aufgeben.", so Werneck.

**"Der Schmerz ist unermesslich"**

Die Mutter von Marielle Franco, Marinete Silva, erzählte von dem andauernden Schmerz über den Verlust ihrer Tochter. "Unsere Trauer ist weiterhin enorm. Der Schmerz einer Mutter, die ihre Tochter verlieren muss, ist unermesslich. Marielle wurde auf brutale Art umgebracht, ohne dass wir irgendetwas tun konnten. Meine Tochter hatte keinerlei Möglichkeiten, sich zu verteidigen."

Sie klagte die Behörden von Rio de Janeiro an: "Wir fordern erneut ein stärkeres Engagement von Seiten der Behörden. Drei Jahre sind zu viel Zeit, um nicht zu wissen, wer diese Barbarei angeordnet hat."

**Wer sind die Drahtzieher?**

Die Partnerin von Anderson Gomes, Agatha Arnaus, wartet auch weiterhin auf Neuigkeiten über den Fortschritt der Ermittlungen: "Es sind drei Jahre voller Schmerz und Kampf, ein Kampf für Gerechtigkeit. Seine ganzen Pläne wurden zerstört, er hatte so viel vor. Für mich war dieser Monat einer der Schlimmsten. Neben der Suche nach Antworten und Gerechtigkeit müssen wir uns immer noch mit rechtlichen und religiösen Verfahren beschäftigen. Mit jedem Monat der vergeht, haben wir weniger Kraft, um uns um diese Sachen zu kümmern."

Während die Ermittlungen noch immer keine neuen Erkenntnisse über die Verantwortlichen gebracht haben, die hinter dem Mord an Marielle Franco stehen, hat das Gericht von Rio de Janeiro am 9. Februar 2021 entschieden, dass Ronnie Lessa und Élcio Queiroz [4], die des Mordes an der Stadträtin beschuldigt werden, vor ein Geschworenengericht kommen. Die beiden Expolizisten sind seit März 2019 inhaftiert. Es gibt jedoch noch keinen Termin für den Gerichtsprozess.

**Offene Fragen**

Das Dossier über den Fall beinhaltet einen zeitlichen Überblick über das Verbrechen und die Aufklärung des Falls und zeigt die 14 Fragen [5], die das Institut Marielle Franco und Amnesty International formuliert haben, die jedoch weiterhin unbeantwortet bleiben.

Zunächst ist da die Frage, die das ganze Land seit dem 14. März 2018 beschäftigt: "Wer hat den Mord an Marielle Franco in Auftrag gegeben?" Außerdem möchten die Autor*innen der Kampagne mehr über die Verbindung von Lucas do Prado Nascimento da Silva zu dem Milizenführer Adriano da Nóbrega [6] und dessen Miliz "Büro des Verbrechens" (Escritório do Crime) herausfinden. Nascimento da Silva war für die Fälschung der Fahrzeugpapiere des Wagens verantwortlich, mit dem Ronnie Lessa und Élcio Queiroz in der Nacht des Mordes unterwegs waren.

Die Familie will außerdem vom Konzern Google wissen, warum die Daten der Verdächtigen immer noch nicht an das Innenministerium von Rio de Janeiro übermittelt worden sind. Das US-amerikanische Unternehmen weigert sich, den Ermittler*innen Zugang zu Informationen über die IP-Adresse und Device-ID zu gewähren. Mit diesen Daten könnten laut der Behörde die Laptops und Smartphones und damit die Auftraggeber identifiziert werden.

Google verweigert sich dieser Anordnung und wandte sich an den Obersten Gerichtshof, um diese Maßnahme zu verhindern. Dem Antrag wurde allerdings nicht stattgegeben. Das Unternehmen begründet sein Vorgehen damit, dass diese Daten persönlich seien und eine Herausgabe die Persönlichkeitsrechte der Nutzer*innen beeinträchtige.

Unterdessen haben am 14. März, dem dritten Jahrestag der Ermordung von Marielle Franco und Anderson Gomes, mehrere Demonstrationen [7] in Brasilien und im Ausland stattgefunden, um dem Verbrechen zu gedenken und um Gerechtigkeit einzufordern.

***Anmerkungen:***

[1] https://www.npla.de/lexikon/-marielle-franco/

[2] https://www.amnesty.de/brasilien-gerechtigkeit-fuer-marielle-franco-2018-11-21

[3] https://www.institutomarielle-franco.org/

[4] https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/verbindung-zwischen-sohn-des-praesidenten-und-moerdern-von-marielle-franco/

[5] https://caso-marielle-anderson.-vercel.app/perguntas

[6] https://www.npla.de/thema/tagespolitik/mordfall-marielle-franco-verdaechtiger-von-polizei-erschossen/

[7] https://www.institutomarielle-franco.org/3-anos

*URL des Artikels:*
https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/drei-jahre-nach-dem-mord-an-marielle-franco/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

***Quelle:***
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

*http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00321.html*

**EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN**

# Am 9. Mai 1978 wurde der Christdemokrat Aldo Moro Opfer eines Mordkomplotts der CIA

## *Bestrafen wollen Macron und Draghi dafür noch immer Ex-radikale Linke*

*von Gerhard Feldbauer, 10. Mai 2021*

*(Gerhard Feldbauer)* - Das antifaschistische Italien gedachte am Sonntag der Ermordung des Vorsitzenden der Democrazia Cristiana (DC), Aldo Moro, am 9. Mai 1978, der 55 Tage vorher entführt worden war. Er wurde Opfer eines von der CIA mit italienischen Komplizen inszenierten Komplotts, in dem die linksextremen "Brigate Rosse", die Gegner des von Moro mit IKP-Generalsekretär Berlinguer geschlossenen Historischen Kompromisses der Regierungszusammenarbeit waren, durch eingeschleuste Agenten manipuliert wurden. Der Anschlag war Höhepunkt der von der CIA inszenierten "Spannungsstrategie", der Anni di piombo (bleiernen Jahre), die mit allen Mitteln eine Regierung mit den Kommunisten verhindern wollte. Staatspräsident Sergio Mattarella gedachte der über 400 Toten dieses Terrors und erinnerte in der römischen *La Repubblica* daran, dass diese Anni di piombo die "institutionelle und soziale Stabilität unseres Landes" bedrohten, und forderte, die "vollständige Wahrheit" darüber ans Licht zu bringen.

Eine andere Sicht hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der auf Ersuchen des italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi entschieden hat, dass die Justizbehörden den Anträgen Italiens nach Auslieferung von früheren Mitgliedern der BR wie auch anderer radikaler Linker, die in den 60/70er Jahren teilweise den bewaffneten Kampf gegen die faschistische Gefahr führten, nachkommen. Die ersten neun wurden bereits verhaftet. Nach dem Mord an Moro wurden mit der Beschuldigung, ihn verübt zu haben, in Italien unzählige Linksradikale oder als solche auch nur Apostrophierte - viele ohne sich eines Vergehens strafbar gemacht zu haben - verfolgt und in Gefängnisse geworfen. Mindestens 100.000 wurden polizeilich verfolgt, rund 40.000 angeklagt und etwa 15.000 verurteilt. Der linke Professor Antonio Negri wurde angeklagt, Chef der BR zu sein und die Entführung Moros organisiert zu haben.

Zahlreichen Verfolgten gewährte der sozialistischen Präsident Frankreichs François Mitterand Asyl. Auch unter seinen Nachfolgern wurden Auslieferungen abgelehnt. Insgesamt sollen es noch etwa 200 ehemalige jugendliche Revolutionäre sein, die heute über 65 Jahre alt sind. Viele von ihnen verbüßten bereits lange Haftstrafen in Italien und sollen jetzt erneut vor Gericht gezerrt werden. Unterstützt von Macron, der mit seinem neuen Sicherheitsgesetz

"Sécurité globale" die "Kriminalisierung und Unterdrückung jeglicher Form sozialer Opposition" verfolgt, male Draghi das Gespenst der Rückkehr des "roten Terrorismus" an die Wand als "Mittel der Kontrolle und Unterdrückung jeder Bewegung des sozialen Protests, jeder Form des kollektiven Anti-System-Kampfes", schrieb das kommunistische Onlineportal *Contropiano.*

Während Mainstream-Medien von linken Terroristen schreiben, verschweigen sie, dass es die CIA war, die die Spannungsstrategie der bleiernen Jahre organisierte und dazu radikale Linke zu Terroranschlägen anstiftete oder auch selbst als "links" getarnte durchführte. Das Repräsentantenhaus der USA orientierte bereits 1968 alle Geheimdienste darauf, stärker linksextremistische Kräfte zu nutzen. 1970 wies der militärische Geheimdienst DIA in einem Field Manual (Feldhandbuch) an, Agenten in linksradikale Organisationen einzuschleusen, die Unruhen provozieren und politische Morde auslösen sollten. Am 14. Juni 1975 enthüllte der Chefredakteur der römischen Wochenschrift *Tempo*, Livio Januzzi, in Rom, dass die CIA auf einem geheimen NATO-Stützpunkt auf Sardinien Agenten ausbildete, BR-Mitglieder anzuleiten, wie Kommandounternehmen zur Entführung und Ermordung von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur durchzuführen sind.

Nach der Entführung Moros berichtete die römische *Repubblica* am 20. März 1978, dass die fünf Männer seiner Eskorte von einem CIA-Spezialisten erschossen wurden. Der Kommandeur der geheimen NATO-Truppe "Gladio", Gerardo Serravalle, bestätigte 1990 nicht nur das, sondern enthüllte, dass Moro zeitweise auf einem Stützpunkt von Gladio bei Rom versteckt worden war. Am 23. Oktober 2007 erklärte der damalige Stellvertreter Moros, Giovanni Galloni, wie Medien berichteten, "die USA wußten, wo Aldo Moro gefangen gehalten wurde", und fünf Mitglieder der BR bei seiner Entführung "nur die Kulisse bildeten".

*

***Quelle:***
© 2021 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

*http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0353.html*

**GEISTESWISSENSCHAFTEN / GESCHICHTE / STANDPUNKT**

*Aldo Moro*
*Foto: dati.camera.it, CC BY 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by/4.0], via Wikimedia Commons*

## Aldo Moro, der Allende Italiens

***Wie der christdemokratische Parteiführer Italiens, Aldo Moro, am 9. Mai 1978 Opfer eines von der CIA mit italienischen Komplizen inszenierten Mordkomplotts wurde***

*von Gerhard Feldbauer, 5. Mai 2021*

An Aldo Moros Todestag am 5. Mai erinnerte das antifaschistische Italien auch dieses Jahr wieder. Der 55 Tage zuvor Entführte wurde Opfer eines von der CIA und italienischen Komplizen inszenierten Mordkomplotts, in dem die linksextremen Brigate Rosse durch eingeschleuste Agenten zum Werkzeug manipuliert wurden. [1] Der Anschlag war Höhepunkt der von der CIA inszenierten "Spannungsstrategie", der Anni di piombe (bleiernen Jahre), die mit allen Mitteln eine Regierung mit den Kommunisten verhindern wollte. Staatspräsident Sergio Mattarella gedachte der über 400 Toten die-

*Piersanti Mattarella, Präsident von Sizilien (1978 bis 1980)*
*Foto: Comune di Catenanuova, Public domain,*
*via Wikimedia Commons*

ses Terrors und erinnerte in der römischen *La Repubblica* daran, dass diese Anni di piombo die "institutionelle und soziale Stabilität unseres Landes" bedrohten, und forderte, die "vollständige Wahrheit" darüber ans Licht zu bringen. Unter den Opfern befand sich auch sein Bruder Piersanti Mattarella, ein Anhänger Moros, der wie dieser als Vorsitzender der DC auf Sizilien mit den Kommunisten eine Regionalregierung bilden wollte und deshalb am 8. Januar 1980 von Mafiosi und Faschisten umgebracht wurde.

Während ich mit meiner Frau Irene, die als Foto-Reporterin arbeitete, für die Nachrichtenagentur "ADN" der DDR von 1973 bis 1979 in Rom tätig war, lernte ich Aldo Moro bei zahlreichen offiziellen Anlässen wie Staatsempfängen oder als Redner in Parlamentsdebatten persönlich kennen. Ich verhehle nicht, dass es für mich menschlich sehr ergreifend war, miterleben zu müssen, wie er seine Treue zu demokratischen Traditionen und sein Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten mit dem Leben bezahlte. Ihm habe ich u. a. die 2003 geschriebene Schrift "Aldo Moro und das Bündnis von Christdemokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre" [2] gewidmet. 2008, in einer Neuauflage 2011, ist Aldo Moro die Hauptfigur meiner Kriminalerzählung nach Tatsachen "Warum Aldo Moro sterben musste. Die Recherchen des Commissario Pallotta", deren fiktive handelnde Personen ebenfalls meinem Freundes- und Bekanntenkreis in Rom entnommen sind. [3]

Moro wurde 1916 in der Kleinstadt Maglie im südlichen Apulien geboren und kam aus den einfachen Verhältnissen einer ländlichen Pädagogenfamilie. Der Vater war Schulinspektor, die Mutter Elementarschullehrerin. Der sehr begabte Schüler studierte Jura an der Universität von Bari, an der er anschließend promovierte, sich habilitierte und später eine Professur für Strafrecht innehatte. Seit 1943 gehörte er der DC an. In Moros Bewusstsein war das einheitliche nationale Handeln der Resistenza gegen das Besatzungsregime Hitlerdeutschlands tief verwurzelt. Im April 1944 gipfelte das in der Bildung einer antifaschistischen Einheitsregierung, die von den Kommunisten und Sozialisten bis zu großbürgerlichen Kreisen und Monarchisten reichte. Davon ausgehend ging es Moro während seiner Regierungszeit und als DC-Vorsitzender darum, seiner Partei und damit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem, das sie verkörperte, eine stabile Regierungsmehrheit zu verschaffen. Das hielt er nur durch die Einbeziehung zunächst der Sozialisten und später der Kommunisten für möglich.

*Das Geburtshaus Moros in Maglie*
*Foto: Federicopiccioni88 at Italian Wikipedia, Public domain, via Wikimedia Commons*

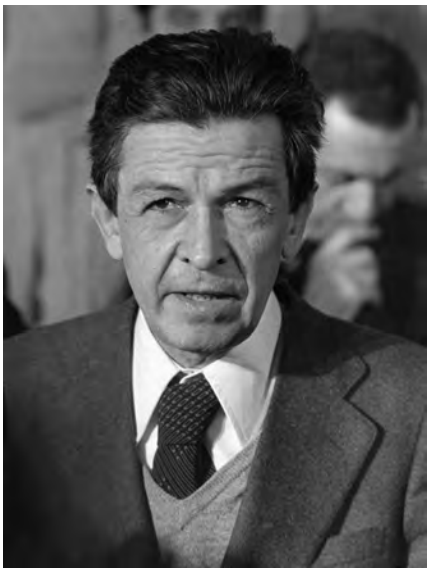
*Alcide de Gaspari, erster DC-Vorsitzender und Ministerpräsident Italiens von 1945 bis 1953*
*Foto: Unknown author, Public domain, via Wikimedia Commons*

Moro reifte früh zu einem außerordentlich fähigen Politiker mit Realitätssinn für die Probleme des eigenen Landes wie auch internationaler Fragen heran. Er galt als volksverbunden und war, geradezu ein Novum in der italienischen Politik, niemals in einen Bestechungsskandal verwickelt. 1946 in die Verfassungsgebende Versammlung gewählt, gehörte er danach bis zu seinem Tod ununterbrochen der Abgeordnetenkammer an. Er stand fünfmal der Regierung vor, wurde 1948 das erste Mal zum Staatssekretär ernannt, danach mehrmals zum Außenminister und Chef anderer Kabinettsressorts. Für die 1979 anstehenden Präsidentenwahlen galt er als aussichtsreichster Kandidat seiner Partei.

Als Gegner der NATO blieb er am 27. März 1949 demonstrativ der Parlamentssitzung fern, die den Beitritt zu dem Pakt beschloss. Alcide de Gasperi schloss ihn deswegen aus dem Kabinett aus. Viele Politiker hielten seine Karriere für beendet. Die DC bezahlte jedoch bei den Parlamentswahlen 1953 den pro-atlantischen Kurs de Gasperis mit einer schweren Niederlage. Von 48,5 Prozent (1948) sackte sie auf 40,1 ab. Während de Gasperi abdankte, kehrte Moro in die Politik zurück und 1955 in die Regierung.

Als Moro 1963 den Auftrag zur Regierungsbildung erhielt, setzte er seine erste Apertura à Sinistra (Öffnung nach links) durch und nahm die zusammen mit den Kommunisten 1947 aus der Regierung vertriebenen Sozialisten wieder in das Kabinett auf. Damit sicherte er seiner Regierung die Parlamentsmehrheit. Die Parlamentswahlen 1976 stürzten die DC jedoch erneut in die Krise. Sie selbst konnte zwar ihre Stimmen halten, aber die Sozialisten, die grundlegende sozialistische Positionen aufgaben, was die Wähler mit Stimmenentzug bestraften, erreichten nur noch 10,2 Prozent (bei Regierungseintritt 1963 waren es 13,8 gewesen). Die Stimmen der IKP stiegen dagegen sprunghaft um 7,3 auf 34,4 Prozent an. Als DC-Vorsitzender griff Moro den Vorschlag von deren Generalsekretär Enrico Berlinguer auf, nun die Kommunisten in die Regierungszusammenarbeit einzubeziehen. Gegen die von 12,6 Millionen Italienern gewählte IKP konnte das Land, so Moros Meinung, nicht mehr regiert werden. Das von ihm mit Berlinguer über die Regierungszusammenarbeit geschlossene Abkommen ging als Compromesso storico in die Geschichte ein. [4]

Moro ging von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Basis der Regierungszusammenarbeit aus, trat jedoch für soziale und ökonomische Reformen ein. In seinen



*Enrico Berlinguer, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens von 1972 bis 1984 - Aufnahme vom 1. Januar 1970*
*Foto: Unknown author, Public domain, via Wikimedia Commons*

Aufzeichnungen im sogenannten Gefängnis der Roten Brigaden, die der westdeutsche Publizist Gino Doni in seinem Buch "Mein Blut komme über Euch. Moro oder die Staatsräson" (München 1978) wiedergab, ließ er ernste Zweifel an der Lebensfähigkeit des von der DC verwalteten kapitalistischen Systems erkennen, wenn er festhielt, "das Regime korrumpiert sich mehr und mehr und frisst sich selbst auf", während er gleichzeitig den Kommunisten den Willen nach "Klarheit und Sauberkeit" bestätigte, der "nicht mehr durch die Democrazia Cristiana blockiert werden" könne.

In der Außenpolitik trat Moro dafür ein, Blockkonfrontation und internationale Spannungen abzubauen, plädierte für Rüstungsbegrenzung und friedliche Koexistenz. Deshalb favorisierte er die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR, wie sie Giovanni Agnelli [5] mit seinem FIAT-Konzern betrieb, und trat für eine

*US-Präsident Gerald Ford am 8. September 1974 im Oval Office Foto: University of Michigan, Public domain, via Wikimedia Commons*

politische Annäherung an Moskau ein. In der Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten sah er einen traditionellen Schwerpunkt der italienischen Außenpolitik, was für ihn vernünftige Beziehungen zu den Palästinensern einschloss, nicht zuletzt, um auf dieser Basis zur Lösung des Nahostproblems beizutragen. Das waren aber meistens Politikfelder, auf denen die Konfrontation mit den USA unausweichlich blieb. Wie in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik war Moro auch in der Innenpolitik ein entschiedener Gegner der massiven Einmischung Washingtons in die italienischen Angelegenheiten und trat für die Wiederherstellung der nach 1945 verlorengegangenen nationalen Souveränität ein. Eine der gemeinsamen Interessenlinien mit Berlinguer war, die italienischen Entscheidungen in der IKP unabhängig von Moskau zu treffen und die in der DC und damit in der italienischen Politik unabhängig von Washington.

In Journalistenkreisen gab es Diskussionen, ob Moro eine Finnlandisierung Italiens vorgeschwebt, er Moskau den Austritt Polens aus dem Warschauer Pakt vorgeschlagen habe und als Gegenleistung Italiens Austritt aus der NATO bewerkstelligen wollte. Diese Fragen wurden über zwei Jahrzehnte später auf einer Konferenz der Associazione Ricreativa Culturale Italiana (ARCI) zu "Politik und Terrorismus in Italien" im September 2002 erörtert, an welcher ich zusammen mit Professor Siegfried Prokop teilnahm. Während Prokop zur RAF in der BRD referierte, hielt ich das Hauptreferat zur Rolle der CIA bei der Manipulierung der Roten Brigaden. [6]

Seitens der IKP sah Moro, ausgehend von deren ideologischen Wandlungen und der Abkehr von Moskau, keine Gefahr einer "kommunistischen Machtergreifung" oder einer kommunistisch dominierten Linksregierung. Gleichzeitig hoffte er, dass ähnlich wie vorher bei der ISP, ihre in den Massen wurzelnde Überlegenheit abnehmen und sich das in einem Wählerrückgang niederschlagen werde, was seiner Partei zu Gute kommen sollte. In einem Interview für die römische Tageszeitung *La Repubblica* verdeutlichte er am 18. Februar 1978 indessen, das Ziel könne nicht darin bestehen, die IKP als politischen Faktor auszuschalten und wies damit Spekulationen auch im linken Flügel seiner eigenen Partei zurück. Mit großer Rationalität plädierte Moro dafür, die IKP solle ihre "ideologische Herkunft" nicht zu sehr verleugnen, womit er nachgerade vor einer zu starken Sozialdemokratisierung warnte. [7] Er ging davon aus, dass zwei Dinge geschehen könnten: "Ein beträchtlicher Teil ihrer Anhänger würde sie verlassen oder sie würde - mehr oder weniger - ihre jetzige Stärke behalten. Im ersten Fall wäre sie nicht eine wirkliche Alternative zur DC, im zweiten Fall würde sie auch weiterhin trotz aller ideologischen Revisionen, nicht allein ein westeuropäisches NATO-Land regieren können." Aber mit der DC und anderen Parteien an der Regierung hielt Moro das "für möglich, sogar notwendig." Er räumte offen ein, dass die DC allein das Land "nicht mehr halten" könne und betonte: "Wir müssen dafür sorgen, dass sich die IKP während dieses langsamen Annäherungsmarsches nicht zu sehr schwächt, aber vor allem müssen wir uns darum kümmern, dass die DC nicht zu schwach wird". Das der *Repubblica* vorab gewährte Interview sollte nach der Regierungsbildung veröffentlicht werden. Nach der Entführung und folgenden Ermordung Moros verzichtete die Zeitung zunächst auf eine Veröffentlichung, brachte es erst am 14. Oktober 1978.

Schon die Wiederaufnahme der Sozialisten in die Regierung war in den USA auf Widerstand gestoßen. Aber die unter Bettino

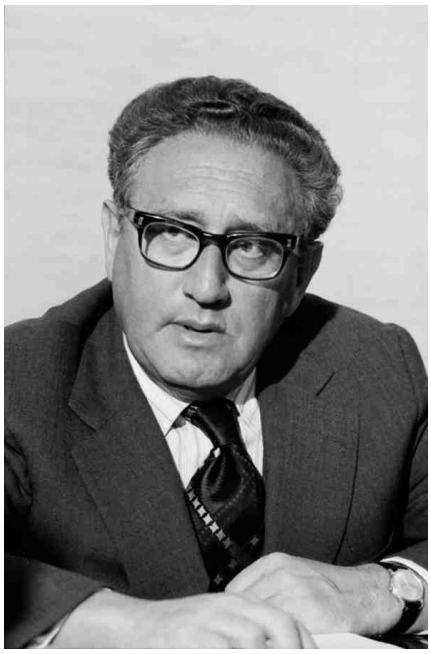
*US-Präsident Gerald Ford (l.) und Henry Kissinger (r.) am 16. August 1974 vor dem Weißen Haus*
*Foto: Library of Congress, Public domain, via Wikimedia Commons*

Craxi einsetzende scharfe Rechtsentwicklung in der Partei hatte in Washington zur Beruhigung geführt. Nicht so Moros zweite Apertura à Sinistra, die auf erbitterten Widerstand stieß. Der DC-Vorsitzende war nach seinen öffentlichen Erklärungen zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten erbitterten Angriffen ausgesetzt, die immer öfter in einer regelrechten Mordhetze gipfelten. Dabei wandte Washington Methoden an, die es sonst nur gegenüber den Ländern in seinem südamerikanischen Hinterhof praktizierte. Als Moro sich 1974 als Außenminister in Begleitung von Staatspräsident Giovanni Leone in Washington befand, wurde er massiv unter Druck gesetzt. Mit der offenen Drohung, Italien in ein zweites Chile zu verwandeln, arbeiteten die Amerikaner regelrecht der faschistischen Strategie von einer "chilenischen Lösung für Italien" in die Hände.

Präsident Gerald Ford rechtfertigte zu Beginn des italienischen Staatsbesuchs auf einer Pressekonferenz die Hilfe der USA beim Militärputsch Pinochets, der 1973 die frei gewählte Regierung des Sozialisten Allende stürzte. Das errichtete faschistische Regime wurde von den Neofaschisten in Rom als Vorbild gefeiert. "Wir haben dort getan, was die Vereinigten Staaten tun, um ihre Interessen im Ausland zu verteidigen", warnte Ford. Wie die IKP-Zeitung *Unita* am 28. September 1974 aus Washington berichtete, wurde die italienische Delegation danach in einer jeglicher diplomatischen Etikette hohnsprechenden Weise mit der Antwort Außenminister Kissingers auf Anfragen im US-Kongress zur US-Einmischung in Chile konfrontiert, der sagte: "Sie machen uns Vorwürfe wegen Chile. Sie würden uns noch härtere Vorwürfe machen, wenn wir nichts tun würden, um die Beteiligung der Kommunisten an der Machtausübung in Italien oder anderen Ländern Westeuropas zu verhindern." Moro reiste nach diesem Affront gegen seine Politik vorzeitig aus Washington ab. Der zum rechten Flügel der DC gehörende Leone, der 1972 nur dank der Stimmen der Faschisten vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt worden war, nahm die Demütigung ohne jeden Protest hin.

Moros Frau Eleonora sagte später vor der Parlamentskommission zur Untersuchung des Mordes aus, dass ihrem Mann während des Staatsbesuchs in Washington massiv Konsequenzen angedroht worden waren. Wenn er seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht aufgebe, werde er es "teuer bezahlen". Ein hoher Beamter habe in Anspielung auf die Ermordung John F. Kennedys und seine Witwe gedroht, dass es sonst "eine Jaqueline in der Zukunft (Italiens) geben" werde. [8] Ihr Mann habe das so ernst genommen, dass er nach der Rückkehr nach Rom sein Testament verfasste.

In massiver Form forderte der US-Botschafter in Rom, John Volpe, [9] im Oktober 1975, keinerlei Mitarbeit der Kommunisten an einer Regierung zuzulassen, da das "den westlichen demokratischen Traditionen fremd" sei und im "grundsätzlichen Widerspruch zur NATO" stünde. Volpes Auftreten stieß auf starke Proteste in den Medien. Selbst die Turiner *Stampa* verurteilte am 28. Oktober solcherart "offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten" und fragte, ob man "Italien vielleicht für ein Protektorat der USA halte, in dem es durchaus erlaubt sei, zu begünstigen und zu intervenieren oder Regierungen zu stürzen". Das Brisante daran war, dass sich zur gleichen Zeit der Erklärung Volpes eine Delegation der faschistischen MSI-Partei mit ihrem Führer Giorgio Almirante [10] in den USA befand und mit führenden Politikern des Weißen Hauses laut Presse-Berichten über "die italienisch-amerikanischen Beziehungen" beriet.



*Bezeichnete Moro als den "Allende Italiens" - Henry Kissinger, Nationaler Sicherheitsberater der USA (1969-1975) und US-Außenminister (1973-1977)*
*Foto: Marion S. Trikosko, Public domain, via Wikimedia Commons*

Es ergingen in den folgenden Jahren immer wieder Drohungen, die Moro und Rom überhaupt Washington gefügig machen sollten. Außenminister Kissinger kündigte zur Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der IKP an, dass es Aufgabe der CIA sei, "Realitäten zu schaffen". Der frühere Vizedirektor der Agency und Leiter des zum Geheimdienst gehörenden Center of Strategic and International Studies (CSIS), Ray Cline, versicherte gegenüber der *New York Times* umgehend, "dass die verwirrende Situation in Italien durch die Geheimaktivitäten der CIA gelöst werden wird." Eine Tagung des CSIS, die sich im April 1976 mit der Lage in Italien befasste, schlussfolgerte, dass es höchste Zeit sei, "entschiedener in Italien einzugreifen", um zu verhindern, dass das Land über den Eintritt der Kommunisten in die Regierung den Weg "der Neutralität" zwischen den Blöcken einschlage und dann "die NATO nichts mehr zu sagen habe" und die "sechste amerikanische Flotte im Mittelmeer ihre Positionen verlieren würde." In dem Center arbeiteten neben Kissinger Leute wie der spätere Präsident der USA Ronald Reagan, General Alexander Haig und der langjährige CIA-Direktor William Colby, Letzterer bekannt als Mitorganisator des Putsches gegen Allende.

Dieser Linie entsprachen Kissingers Äußerungen über Aldo Moro als "Allende Italiens", der das Land "in kommunistische Abhängigkeit" steuere, und "viel gefährlicher als Castro" sei. Kissinger befürchtete, ein demokratischer Wahlsieg Moros könnte "ein folgenschweres Beispiel" abgeben. Diese Sicht auf die Entwicklung in Italien war letzten Endes von einer panischen Angst vor einem Kräftemessen mit den Linken, vor allem den Kommunisten, das nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie stattfinden würde, geprägt. Diese Furcht führte dazu, dass in der Auseinandersetzung mit dem Reformkonzept Moros fast ausschließlich auf Gewalt gesetzt und schließlich vor Mord und Terror nicht zurückgeschreckt wurde.

*Salvadore Allende, erster sozialistischer Präsident Chiles, im Januar 1972*
*Foto: Brazilian National Archives, Public domain, via Wikimedia Commons*

Wie die weitere Entwicklung zeigte, lag dem eine Fehleinschätzung zugrunde. Denn trotz der Niederlage des Historischen Kompromisses und dem Verschwinden des "Eurokommunismus" von der politischen Bühne gewann der Sozialdemokratismus in der IKP an Boden und führte sogar zum Verschwinden der Partei. [11] Auch wenn das damals in dieser Konsequenz auf keiner Seite für möglich gehalten wurde, entsprach es der Logik des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation. Die IKP als Regierungspartei anzuerkennen hätte nahezu zwangsläufig Zweifel am "Feindbild" des Kommunismus hervorgerufen und auch Auswirkungen auf Frankreich oder Spanien gehabt. So gesehen fiel die Konzeption Berlinguers auch und

*US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski am 14. März 1977*
*Foto: Kightlinger, Jack E., Public domain, via Wikimedia Commons*

wohl vor allem dem Kalten Krieg zum Opfer. Es gab jedoch auch in Washington einige, wenn auch wenige Politiker, die weiter sahen. Unter ihnen befand sich der spätere Sicherheitsberater des Präsidenten und Theoretiker des "Roll back" des Sozialismus durch die Strategie der "Umarmung", Zbigniew Brzezinski. In der *International Herald Tribune* vom 5. November 1976 äußerte er, eine amerikanische Regierung könnte zwar nicht die Teilnahme von Kommunisten an westeuropäischen Regierungen befürworten, aber es sei absolut lächerlich, "Gesprächen mit Breshnew zuzustimmen, sie aber Berlinguer zu verweigern". Noch deutlicher vertrat einige Zeit danach der frühere Mitarbeiter des Londoner Instituts für Strategische Studien Gregory Treverton diesen Standpunkt. Im Zürcher *Tagesanzeiger* wandte er sich am 19. November 1977 gegen Kissingers apokalyptische Warnungen vor einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Westeuropa und forderte eine "Differenzierung dieser Bewegung nach ihren tatsächlichen ideologischen Ausrichtungen." Linksregierungen in diesen Ländern müssten "nicht notwendigerweise zu einer Krise der NATO führen, sofern sie loyal sind gegenüber der atlantischen Allianz". Treverton plädierte für "Flexibilität gegenüber künftigen Entwicklungen" und sprach sich für ein Ende "der CIA-Manipulationen" aus. Aber solche Leute blieben Rufer in der Wüste.

Den USA ging es nicht nur um die Sicherung der italienischen NATO-Mitgliedschaft und um die Südflanke des Paktes, sondern vordergründig auch darum, das Land unter der während des Zweiten Weltkrieges auf der Grundlage ihres Besatzungsregimes begründeten Vorherrschaft zu halten. Sie schalteten dazu von Anfang an die Geheimdienste ein, finanzierten rechte und faschistische Kräfte, bestachen Parteien, Politiker, Gewerkschaftsführer und Massenmedien. [12] Eine aktive Rolle spielte das State Department. Die Herrschaft der Botschafter in einem nicht völlig souveränen Land war offensichtlich kein Privileg, das die sowjetischen Missionschefs beispielsweise in der DDR ausübten. In seiner Nr. 614/1978 schrieb das Nachrichtenmagazin *Panorama*, Washingtons Botschafter führten sich wie "Statthalter in Rom" auf. James Dunn, von 1945 bis 1952 Missionschef, habe dieses Regime begründet, indem er "alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druckmittel nutzte, um die USA-Ziele durchzusetzen". Die Verbündeten standen ohne Widerspruch zum "großen Bruder" in Washington. Als die IKP 1976 die erste DC-Regierung tolerierte, beschlossen die Regierungschefs der G 7-Staaten hinter dem Rücken der Italiener, Rom im Falle einer kommunistischen Regierungsbeteiligung sämtliche Kredite zu sperren. Bundeskanzler Helmut Schmidt unterstützte die US-Forderung am nachdrücklichsten. Strauß malte in einem Gespräch mit dem "Spiegel" vom 29. November 1976 drohend das Gespenst "der Volksfront aus Italien und Frankreich" an die Wand.

Beginnend mit der Entführung am 18. März 1978 und 55 Tage später der Ermordung Moros wurden diese Szenarien in die Tat umgesetzt. Bereits zwei Tage nach dem Überfall, enthüllte die *Repubblica*, dass die fünf Männer der Eskorte Moros von einem CIA-Spezialisten erschossen wurden. Der Kommandeur der geheimen NATO-Truppe "Gladio", General Gerardo Serra-

*Bundeskanzler Helmut Schmidt am 7. Juli 1976 in seinem Arbeitszimmer im Bonner Kanzleramt*
*Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F048808-0033 / Wienke, Ulrich / CC-BY-SA 3.0 DE [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en], via Wikimedia Commons*

*Giovanni Galloni, 2007*
*Foto: dati.camera.it, CC BY 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by/4.0], via Wikimedia Commons*

valle, bestätigte 1990 nicht nur das, sondern enthüllte, dass "Gladio"-Einheiten an der Umsetzung des Komplotts beteiligt waren, Moro von "Gladio" zeitweise auf einem Stützpunkt bei Rom versteckt worden war. [13] Am 23. Oktober 2007 erklärte der damalige Stellvertreter Moros, Giovanni Galloni, wie Medien berichteten, dass "die USA wussten, wo Aldo Moro gefangen gehalten wurde", und dass fünf Mitglieder der BR bei seiner Entführung "nur die Kulisse bildeten".

Zu den ausführlichsten Quellen gehören die Publikationen des Mitglieds der Parlamentskommission zur Untersuchung des Verbrechens, Sergio Flamigni. [14] In fünf Büchern hat er auf der Grundlage einer Fülle von Fakten und Beweisen belegt, dass die amerikanischen und italienischen Geheimdienste und höchste Staatskreise das Komplott gegen Moro inszenierten. Sie waren durch eingeschleuste Agenten nicht nur frühzeitig über den Anschlag auf den Parteiführer informiert, sondern nutzten die BR wie andere linksradikale Organisationen für ihre Spannungsstrategie. [15]

Mit dem Mord an Moro wurde nicht nur der Linken, sondern auch der traditionell nach Links tendierenden bürgerlichen Mitte jene bis in die Gegenwart reichende schwere Niederlage beigebracht, die den Vormarsch der Rechten und Faschisten bis ins 21. Jahrhundert ermöglichte, wovon der letzte Akt, die Bildung einer Regierung mit Faschisten unter dem früheren EZB-Chef Mario Draghi, zeugt.

*Politische Morde in der deutschen Geschichte - Staatsakt für den ermordeten damaligen Reichsaußenminister Walther Rathenau im Reichstag am 27. Juni 1922*
*Foto: Bundesarchiv, Bild 183-Z1117-502 / CC-BY-SA 3.0 DE [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.e], via Wikimedia Commons*

Erstmals zeigte sich auf dem DC-Kongress im Februar 1980, dass die Partei mit Moro nicht nur einen herausragenden Staatsmann, wie es keinen zweiten gab, verloren hatte, sondern auch ihren einflussreichen und an der Basis beliebten linken Führer, der es obendrein verstanden hatte, zwischen den verschiedenen Fraktionen der Partei zu vermitteln. Nicht zum ersten Mal zeigte sich am Beispiel Moros die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte.

Nicht unerwähnt bleiben sollte hier, dass das Schicksal Aldo Moros, wenn auch in seiner Dimension bis dahin einmalig, aber nicht neu war. Reformistische Rezepte, für die sich unter Vertretern liberaler oder flexibler Kreise der Bourgeoisie in Krisenzeiten Befürworter fanden, stießen meist auf den Widerstand der rechten, vor allem der reaktionärsten Kräfte des Kapitals. In nicht wenigen Fällen kam es zur physischen Liquidierung der Reformer, obwohl diese - so auch Moro - die kapitalistische Gesellschaft generell nicht in Frage stellten, sondern mit einer Form der Regierungszusammenarbeit ihnen entgegen stehender Kräfte Krisen des System begegnen und es festigen oder ihm auch auf einzelnen Gebieten günstigere Bedingungen verschaffen wollten. Was das Schicksal solcher Reformpolitiker betrifft, sei an Matthias Erzberger oder Walter Rathenau in der Weimarer Republik erinnert, die versuchten, in der Außenpolitik einen realistischeren Kurs durchzusetzen.

Was die Rolle der USA und ihrer CIA betrifft, hat sich bis heute

grundsätzlich nicht das Geringste geändert. Unverändert wird auf Drohungen, Gewalt, Mord und Terror gesetzt. Die Beispiele dafür reichen von der Haltung gegenüber China und Rußland über die zur Ukraine, zu Afghanistan, Syrien und den Palästinensern bis zu Kuba und Venezuela. Nicht zu vergessen, die Bundesrepublik ist immer mit dabei.

*Neben den erwähnten Publikationen des Autors zum Thema seien u.a. erwähnt: "Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA" und "Umbruchsjahre in Italien. Als Auslandskorrespondent in Rom 1973 bis 1979", bei Papy-Rossa, Köln 2000 bzw. 2019.*

***Anmerkungen:***

[1] Siehe dazu die Serie "Wie an der Wende zu den 1970er Jahre in Italien im Umfeld der radikalen Linken die Brigate Rosse entstanden", Teil 1 bis 3, im Schattenblick zu finden unter: INFOPOOL → GEISTESWISSENSCHAFTEN → MEINUNGEN: STANDPUNKT/016 bis 018 www.schattenblick.de/infopool/geist/ip_geist_meinung_standpunkt.shtml

[2] Neue Impulse Verlag, Essen 2003.

[3] Schriftenreihe "Konkret" der DKP Berlin, Heft 1/2011.

[4] Siehe die Schrift des Autors "Compromesso storico. Der Historische Kompromiss der IKP und die heutige Krise der Linken". Reihe "Konsequent" der DKP Berlin, Heft 2/2013.

[5] Enkel des gleichnamigen Gründers 1899 der Fabrica Italiano Automobili di Torino (FIAT). Das Riesenimperium produzierte jedoch nicht nur Autos. Es war - und ist es im Grunde noch heute - der größte private Industrie- und Rüstungskonzern, u. a. mit einem Raumfahrtkonzern Snia, der seit den 80er Jahren SDI-Aufträge erhielt, an Raumfahrtprojekten von Arianespace und Eureka beteiligt war, Motoren und Hitzeschilde für Satelliten lieferte und Raketentreibstoff produzierte, der beim amerikanischen Space Shuttle und auch bei militärisch genutzten Raketen verwendet wurde. FIAT Aviazione stellte Flugzeugtriebwerke, Schiffsantriebe und Gasturbinen her. Die breit gefächerte Produktion des in fast 60 Ländern mit über 1000 Gesellschaften präsenten Konzerns reichte darüber hinaus vom Hoch- und Tiefbau über Maschinen und Anlagen, Telekommunikations- und Automatisierungstechnik, Eisen, Stahl und Kraftstoffanlagen bis zur Lebensmittelbranche, schloss Verlage, Werbung und die hauseigene renommierte Tageszeitung *La Stampa* ein. FIAT war als Banker und an der Börse dabei, sponserte Kunst- und Forschungsprojekte. Siehe Alan Friedman: Agnelli, das Gesicht der Macht, München 1999.

[6] Gladio und der 11.9. Politik und Terrorismus in Italien. Internationale Konferenz der ARCI in Brentonico. junge Welt, 28./29. September 2002.

[7] Siehe FN 3 u. 4.

[8] Entnommen aus *Osservatore Politico* vom 13. Sept. 1975. Der Herausgeber, Mino Pecorelli, war ein im Geheimdienstmillieu agierender versierter Journalist, der auch der Verwicklung Giulio Andreottis in das Mordkomplott gegen Moro auf der Spur war. Am 20. März 1979 wurde er von Mafia-Killern erschossen. Er hatte vorher angekündigt, die Rolle Andreottis in einer Serie publik zu machen. Als Andreotti 1993 der Komplizenschaft mit der Mafia und der Anstiftung zum Mord an Pecorelli angeklagt wurde, bestätigten Mafia-Bosse das. Siehe auch Francesco Pecorelli, Roberto Somella: I Veleni di "OP", Le "Notizie riservate" di Mino Pecorelli. Mailand 1994.

[9] In Anlehnung an das Wort Colpo (Putsch, Staatsstreich) wurde er selbst in Medien John Colpe genannt.

[10] Früherer Staatssekretär des "Duce", ein führender Rassenideologe, und unter Mussolini u. a. Mitherausgeber der faschistischen Tageszeitung *Tevere* und des Rassenhetzblattes *Difesa della Razza*. Almirante hatte noch kurz vor Kriegsschluss einen "Genickschusserlass gegen Partisanen" unterzeichnet.

[11] Siehe FN 2 u. 3.

[12] Roberto Faenza, Marco Fini: Gli Americani in Italia, Mailand 1976.

[13] Serravalle: Gladio, Rom 1991.

[14] Abgeordneter der IKP, später der aus ihr hervorgegangenen Linkspartei PDS.

[15] Sergio Flamigni:
- La tela del Ragno. Il delitto Moro. Mailand 1993.
- Trame atlantiche. Storia della Logia massonica segreta P2. Mailand 1996.
- Il mio sangue ricadra su di loro. Gli scritti di Aldo Moro, prigioniero delle BR. Mailand 1997.
- Convergenze parallele. Le Brigate rosse, i servici segreti e il delitto Moro. Mailand 1998.
- Il Covo di Stato. Via Gradoli e il delitto Moro. Mailand 1999.

*

***Quelle:***
© 2021 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

*http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0228.html*

# Napoleon Bonaparte - Repräsentant der Revolution und Eroberer

*von Gerhard Feldbauer, 5. Mai 2021*

*Napoleon Bonaparte in seinem Arbeitszimmer - Gemälde von Jacques-Louis David, 1812*
*Abbildung: Jacques-Louis David, Public domain, via Wikimedia Commons*

*(Gerhard Feldbauer)* - Der Fernsehsender ARTE brachte am 1. Mai zum 100. Todestag Napoleons, dem 5. Mai, ein Porträtbild "Der Tod hat sieben Leben". Bei oft begrüßenswerten Beiträgen ging es diesmal völlig an der historischen Realität, der herausragenden Rolle Napoleons in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zur Herrschaft der Bourgeoisie, vorbei. Aber auch ein Beitrag der Deutschen Presseagentur DPA "Diktator oder genialer Staatsmann", der viele Facetten aufgriff, aber nicht thematisierte, dass es um einen Epochenwechsel ging und die Niederlage Napoleons den Sieg der Bourgeoisie über die Feudalmacht nicht aufhalten konnte. Aus heutiger Sicht mag es verständlich sein, dies auszuklammern, denn das hätte zwangsläufig zu der Schlussfolgerung führen können, dass auch die Niederlage des Sozialismus in Europa vor 30 Jahren eine temporäre war und ein neuer sozialistischer Anlauf nicht aufzuhalten ist.

Ausgangspunkt ist, dass mit der Großen Französischen Revolution (1789-1794) die Bourgeoisie in Paris an die Macht kam. Vorher war diese bereits in England in einer vor allem von oben geführten Revolution zur herrschenden Klasse aufgestiegen. Jetzt wurde Frankreich zum Zentrum des politischen Weltgeschehens, von dem die entscheidenden Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt in Europa ausgingen. Unter Bonaparte trat die französische Bourgeoisie - ein völlig natürlicher Prozess - an, ihre Vorherrschaft auf dem Kontinent durchzusetzen. 1796 drang Napoleon in Italien ein. Die Jakobiner und viele Italiener jubelten den Revolutionstruppen des 27jährigen korsischen Generals zu, der die österreichischen Truppen vor sich hertrieb und am 15. Mai 1796 in Mailand einzog. Am 2. Februar feierten sie mit ihm den Fall der österreichischen Festung Mantua. Als Marschall Berthier im Februar 1798 Rom besetzte und im Kirchenstaat die Römische Republik proklamierte, bildete das einen Glanzpunkt revolutionären Einflusses. Zum ersten Mal wurde die vor über tausend Jahren errichtete erzreaktionäre weltliche Herrschaft der Päpste beseitigt. Nachdem Pius VI. sich weigerte, einen Regierungsverzicht zu erklären, wurde er verhaftet und nach Frankreich verbracht, wo er im Sommer 1799 starb.

In Oberitalien bildete Napoleon mit der Cisalpinischen und Ligurischen Republik französische "Tochterstaaten". Die verkündeten Verfassungen entsprachen der französischen von 1795. Sie garantierten die Gewaltenteilung und bürgerliche Freiheiten. Die Einführung der Zivilehe und der Scheidung schränkten den Einfluss der Kirche ein. Im Dezember 1798 zwang Napoleon Piemonts König, Karl Emanuel IV., abzudanken. Der wichtigste italienische Staat wurde aber nicht zur Republik erklärt, sondern französischer Vorherrschaft unterworfen. Nach dem Sieg über die Österreicher fiel die Lombardei 1797 im Frieden von Campo Formio an Frankreich. Wien erhielt im Interessenausgleich Venetien. 1802 wurde Piemont, 1805 Venedig und 1809 der Kirchenstaat eingenommen bzw. zurückerobert, Rom zur "zweiten

Stadt" des Reiches erklärt. Die Lombardei, die Romagna, Umbrien und Venetien ernannte Napoleon zum Königreich Italien. Im Süden proklamierte er das Königreich Neapel, dessen Monarch bis 1808 sein älterer Bruder Joseph war, danach bis 1815 sein Schwager Marschall Joachim Murat. Sich selbst hatte Bonaparte nur wenige Monate nach seiner Krönung zum Kaiser der Franzosen im März 1805 im Dom von Mailand zum italienischen König ausgerufen. Als sich der Korse die eiserne Krone der Lombarden aufsetzte, warnte er: "Gott hat sie mir gegeben. Wehe dem, der daran rührt!" Ausgenommen Sardinien und Sizilien, deren Existenz die britische Flotte garantierte, beherrschte Frankreich zu dieser Zeit ganz Italien.

Zwischenzeitlich nutzte die Reaktion der Monarchien den erfolglosen Feldzug Napoleons gegen Großbritannien in Ägypten, um zurückzuschlagen. Unter General Suworow vertrieben russisch-österreichische Truppen vorübergehend die Franzosen aus Norditalien. Eine konterrevolutionäre Armee des Papstes, die der nach Sizilien geflohene Bourbonenkönig finanzierte, eroberte Neapolitanien zurück.

Ähnlich wie danach in Deutschland traf Napoleon in Italien auf gesellschaftliche Zustände, die der Entwicklung Frankreichs um Jahrhunderte hinterher hinkten. Mit ihm kamen wesentliche Anstöße, die tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen einleiteten. Dieser Prozess verlief alles andere als geradlinig. Wie in Deutschland war Napoleon jedoch auch in Italien für das Bürgertum nicht nur der Eindringling, sondern zunächst vor allem "der Repräsentant der Revolution, der Verkünder ihrer

*Napoleons Krönung zum Kaiser in Notre Dame (1804) - Gemälde von Jacques-Louis David*
*Abbildung: Jacques-Louis David, Public domain, via Wikimedia Commons*

Grundsätze, der Zerstörer der alten Feudalgesellschaft" (Friedrich Engels). Er brachte den "Code Civil" in die eroberten Länder, ein allem Bestehenden weit überlegenes Gesetzbuch, das im Prinzip die Gleichheit anerkannte.

In Piemont, im Königreich beider Sizilien und in der Lombardei bildeten Vertreter des Bürgertums, Intellektuelle, Handwerker und fortschrittliche Adlige jakobinische Vereine. Sie erhofften sich von den in Italien einmarschierenden Revolutionstruppen Unterstützung für die Proklamation eines einheitlichen Nationalstaates in Gestalt der Republik. Ihrem Ruf verlieh der bedeutendste italienische Tragödiendichter Graf Vittorio Alfieri leidenschaftlichen Ausdruck. Davon zeugte besonders sein Drama von 1795 "Vom Fürsten und von der Literatur".

Dem revolutionären Bruch mit den feudal-absolutistischen Herrschaftsformen fehlte in Italien jedoch eine soziale Grundlage. Die Forderungen nach Aufteilung des Grundbesitzes der weltlichen und kirchlichen Feudalherren, wie Filippo Buonarroti und seine Anhänger sie vertraten, wurden von den italienischen Jakobinern nicht aufgegriffen. Dadurch gelang es ihnen nicht, die unterdrückten und ausgebeuteten Bauern um sich zu scharen. Feudalherren und Klerus konnten sie später für ihre restaurativen Ziele einzuspannen.

Auch in Deutschland hatten die Ideen der Revolution Einzug gehalten. Das neu geschaffene Königreich Westfalen wurde für das deutsche Bürgertum zu einer Art liberalem Musterland. Napoleon hob die Leibeigenschaft und die Privilegien des Adels auf, führte Gewerbefreiheit und auch hier den "Code Civil" ein. Der 1803 verabschiedete Reichsdeputationshauptschluss löste etwa 200 Kleinstaaten auf und beseitigte damit die schlimmsten Auswüchse der politischen Zersplitterung. Im Juli 1806 bildeten 16 deutsche Fürsten den von Napoleon dominierten Rheinbund. Es folgte die offizielle Auflösung des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation".

*Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 - hier dargestellt von Jean-Jacques Le Barbier - gilt als demokratiegeschichtlicher Meilenstein*
*Abbildung: Jean-Jacques-François Le Barbier, Public domain, via Wikimedia Commons*

Am 14./15. Oktober 1806 trafen Napoleons noch vom Geist der Revolution beseelte Truppen bei Jena und Auerstedt erneut auf die reaktionäre preußische Armee. Deren Junkeroffiziere, die "mit Herablassung auf die Kolonnen- und Tirailleurtaktik der Franzosen" blickten, trieben ihre Soldaten in der veralteten Linienaufstellung mit "Schimpfreden und Stockprügel" an. Gegen sie marschierte Napoleons Marschall Jean Lannes, vor der Revolution Färberlehrling. Einzig der preußische Kompanieführer Hauptmann Gneisenau sah, noch bevor der erste Schuss fiel, "schwer und ahnungsvoll" die Katastrophe heraufziehen. [1] Der preußische Staat wurde "an einem Tag bei Jena und Auerstedt in Stücke geschlagen" (Engels). [2]

Die Doppelschlacht endete mit einer vernichtenden Niederlage. Mit ihr wendete sich aber auch das Blatt. Die Eroberungsgelüste der französischen Bourgeoisie, als deren Vollstrecker der Korse handelte, wurden deutlicher als vorher sichtbar. Im Frieden von Tilsit verlor Preußen über die Hälfte seines Staatsgebietes. Lenin bezeichnete diesen Raub später als "die größte Erniedrigung Deutschlands", die "eine Wendung zu einem gewaltigen nationalen Aufschwung" herbeiführte. [3] Diesen Aufschwung leiteten gegen den Widerstand des erzreaktionären preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. Karl Freiherr vom Stein und Karl August von Hardenberg mit ihren Reformen in Staat und Verwaltung sowie August Neidhart von Gneisenau, der Theoretiker des Volkswiderstandes (Engels), und Gerhard von Scharnhorst im Heereswesen ein.

Nach der Niederlage in der Seeschlacht bei Trafalgar und dem Scheitern der Invasionspläne gegen Großbritannien befand sich Napoleon mit der Besetzung Portugals und Spaniens 1807/08 nochmals kurze Zeit auf der Siegerstraße. Dennoch war es ein "böser Irrtum" (Golo Mann), denn noch 1808 began-

*Deutsche Ausgabe des Code Napoleon (Code Civil) von 1807 (Museum Hambacher Schloss)*
*Foto: Hermann Junghans at the German-language Wikipedia, CC BY-SA 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0], via Wikimedia Commons*

*1. Dezember 1805 - Vorabend der Schlacht bei Austerlitz, Gemälde von Louis-François Lejeune Abbildung: Louis-François Baron Lejeune, Public domain, via Wikimedia Commons*

nen mit dem Aufstand von Madrid die europäischen Befreiungskriege. 1809 erhoben sich die Tiroler Bauern unter Andreas Hofer gegen die bayrisch-französischen Besatzer. Seit Österreich 1805 bei Austerlitz gegen Frankreich unterlegen war, hatte es neben Venetien und Vorarlberg auch Tirol verloren, das Napoleon dem verbündeten Bayern überließ. 12 Divisionen musste der Korse gegen die von Österreichs Kaiser Franz II. im Stich gelassenen Tiroler einsetzen, ehe er sie in der zweiten Schlacht am Iselberg bei Innsbruck schlagen konnte.

Nun folgte die Etappe der Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses. Napoleon begann den Feldzug in die unendlichen Weiten Russlands, wo das Volk seine eigenen Interessen hinten anstellte und mit der nationalen Unabhängigkeit gleichzeitig die reaktionäre Zarenherrschaft verteidigte. Die Vernichtung der "Großen Armee" in Russland läutete das Ende der französischen Hegemonie in Europa ein. Von 570.000 Soldaten kehrten nur knapp 30.000 zurück. Statt sich nach Frankreich zurück zu ziehen, stellte sich Napoleon mit 191.000 Mann und 690 Geschützen im Oktober 1813 bei Leipzig der Koalition von Russland, Österreich, Preußen und Schweden, die auf dem Höhepunkt der viertägigen "Völkerschlacht" 295.000 Soldaten mit 1.466 Geschützen zählte.

Der Wiener Kongress verdeutlichte den Sieg der feudalen Reaktion über das bürgerliche Frankreich und damit den Triumph der Konterrevolution. In ihrer Propaganda war der als Repräsentant der Bourgeoisie angetretene Napoleon nur noch "das korsische Ungeheuer". Während seiner Herrschaft der Hundert Tage im Frühjahr 1815 verketzerte ihn Wien zum "Feind der Menschheit". Die europäischen Könige und Fürsten, die um die Beute stritten, zitterten, es könnte Napoleon gelingen, der Revolution noch einmal Leben einzuhauchen. Die Volksmassen, die ihm in Frankreich zujubeln, hofften das sehnlichst und glaubten ihm, wenn er erklärte, er sei gekommen, um die "Prinzipien der Großen Revolution zu schützen." In der Tat ließ er eine liberale Verfassung ausarbeiten und durch Volksabstimmung beschließen. Er wurde bei Waterloo ein letztes Mal geschlagen, weil die französische Bourgeoisie längst konterrevolutionär geworden war, ihre einstigen Ideale verraten und den Kaiser fallen gelassen hatte. So steckte in dem, was Napoleon nach seiner letzten Niederlage sagte, viel Wahrheit: "Die Mächte führen nicht Krieg mit mir, sondern mit der Revolution. Sie haben in mir immer deren Vertreter, den Mann der Revolution gesehen." Dementsprechend war die Abrechnung nach den "Hundert Tagen". Der weiße Terror der Royalisten wütete besonders in Südfrankreich. In den Straßen von Marseille und Nîmes wurden Bonapartisten und Soldaten getötet, in den Städten und Dörfern an der Mittelmeerküste Hunderte Menschen umgebracht, in Avignon Marschall Brune ermordet, General La Bédoyère, Marschall Ney und andere hingerichtet. Morde und Exekutionen gab es auch in zahlreichen anderen Départements. [4]

Waterloo machte den Weg frei zur Fortsetzung der Restauration der gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa. Die Völker, die für den Sieg ungeheure Opfer ge-

*Politische Ausgangslage vor Napoleons Russlandfeldzug 1812 - Europa unter französischer Vorherrschaft*
*Abbildung: Alexander Altenhof, CC BY-SA 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0], via Wikimedia Commons*

bracht hatten, gingen leer aus. Gesellschaftlicher Fortschritt, der mit Napoleon Einzug gehalten hatte, stagnierte über mehrere Jahrzehnte. In Frankreich selbst gehörte zu den Folgen, dass die im Volk verhassten Bourbonen den Ausgleich zwischen Adel und Großbourgeoisie herstellten, der die Feudalreaktion stärkte.

Wäre es für den Verlauf des Geschichtsprozesses günstiger gewesen, wenn Napoleon gesiegt, die europäischen Feudalreaktionen gestürzt und an ihrer Stelle die Bourgeoisie, wenn auch unter französischer Vorherrschaft, an die Macht gebracht hätte? Stimmen großer Geister dieser Zeit ließen vermuten, dass sie das besser gefunden hätten. Heine sah den Triumph mit großer Skepsis. In seinem Nachlass steht: Bei Waterloo siegte "die schlechte Sache des verjährten Vorrechts". Napoleon vertrat - trotz aller Probleme - die "Sache der Revolution. Es war die Menschheit, welche zu Waterloo die Schlacht verloren". [5] Aufschlussreich seine "Grenadiere", die er dem Schicksal Napoleons widmete. Goethe sprach von der Ablösung der bürgerlichen Vorherrschaft Napoleons durch die feudale Vormacht des Zaren. Er sah in Napoleon einen "außerordentlichen Menschen", sprach von der "Größe des Helden", einem "Halbgott". [6] Menschen aus dem Volk äußerten erschrocken, "der Adel hat gewonnen". Golo Mann schrieb vom "Lehrgang des Napoleonischen Zeitalters", eines ersten konzentrierten Lehrganges dessen, "was im Lauf des 19. und 20. Jahrhunderts oft gelernt und repetiert werden musste". Die "neuen Ideen" hielt er nicht für erschöpft.

*Die Schlacht bei Waterloo im Jahre 1815 - Gemälde von William Sadler*
*Abbildung: William Sadler, Public domain, via Wikimedia Commons*

"Sie waren nun da und mächtig und blieben mächtig." [7] Das bezeugt, dass die Napoleonzeit insgesamt ein großer Schritt vorwärts war, in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus.

***Anmerkungen:***

[1] Helmut Bock: Napoleon und Preußen. Sieger ohne Sieg. Karl Dietz Verlag Berlin 2013.

[2] "Zur Geschichte der preußischen Bauern". MEW, Bd. 21, Berlin/DDR 1962, S. 243.

[3] Werke, Bd. 27, Berlin/DDR, S. 149. Lenins Einschätzung wird hier immer aus dem Zusammenhang heraus zitiert. Er bezog sich auf den Tilsiter Frieden, um die Zustimmung zum Abschluss des Brester Friedensvertrages zu erreichen.

[4] Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Köln 2006, S. 85 f.

[5] Heinrich Heine, Aus dem Nachlass, in: Walter Vontier: Heinrich Heine. Berlin, Januar 1949, S. 175.

[6] Zit. in Canfora, a.a.O., S. 11.

[7] Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. u. 20. Jahrhunderts. Frankfurt/Main 1958, S. 101.

*

***Quelle:***
© 2021 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

*http://www.schattenblick.de/infopool/geist/meinung/gmsp0023.html*

**RELIGION / MEINUNGEN / STANDPUNKT**

## Über "Rattenlinien" verhalf der Vatikan nach Kriegsende 1945 in Kollaboration mit dem US-Geheimdienst Zehntausenden führenden Faschisten zur Flucht vor ihrer Bestrafung

***Viele fanden vor allem in Buenos Aires Unterschlupf***
***Schirmherr war Papst Pius XII.***

*von Gerhard Feldbauer, 9. April 2021*

*Papst Pius XII., Schirmherr vatikanischer "Rattenlinien" zugunsten Tausender Naziverbrecher*
*Foto: Brazilian National Archives, Public domain, via Wikimedia Commons*

*(Gerhard Feldbauer)* - Am 6. April 1946 - die Niederlage Hitlerdeutschlands lag noch nicht einmal ein Jahr zurück - kamen in Buenos Aires ungefähr 50 Ustascha-Faschisten des früheren kroatischen Satelittenregimes an, wo sie im Büro des Erzbischofs bereits erwartet wurden. Ihre Flucht hatte Krunoslav Draganovic, ein Vertrauter des Ustascha-Führers und Chefs des unter der Okkupation Hitlerdeutschlands proklamierten "Unabhängigen Staates Kroatien", Ante Pavelic, im Kloster San Girolamo in der Via Tomacelli 132 in Rom organisiert. Das Kloster war ein Sammelzentrum, in dem Faschisten aus Kroatien, Österreich und Jugoslawien über Stationen in Triest und Venedig eintrafen, bevor sie ausgeschleust wurden. [1]

### Ein Nazi-Eldorado

Die Strecke nach Südamerika, vor allem nach Argentinien, war unter den von der katholischen Kirche in Kooperation mit dem US-amerikanischen Geheimdienst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für führende Vertreter der faschistischen Regimes, an ihrer Spitze die Hitlerdeutschlands, organisierten Fluchtrouten, im Geheimdienstjargon "Rattenlinien" (Englisch rat lines) genannt, die am meisten frequentierte. Dass ergab sich daraus, dass Argentinien zur Zeit des Faschismus in Deutschland ein Nazi-Eldorado bildete. Von den fast 40.000 dort lebenden Deutschen waren die meisten aktive Anhänger des Hitlerregimes gewesen. Die NSDAP-Organisation in Argentinien war eine der stärksten Auslandsorganisationen Hitlerdeutschlands und Buenos Aires Zentrale der faschistischen Propaganda und der Spionage für

*Juan Perón mit Eva Duarte (Evita) am 1. Mai 1952 in Buenos Aires*
*Foto: AGN, CC BY-SA 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0], via Wikimedia Commons*

ganz Südamerika. Nach Argentinien hatte das Hitlerregime vor seinem Zusammenbruch riesige Vermögenswerte transferiert. Unter Juan Perón, einem Bewunderer Hitlers und Mussolinis, der 1946 die Präsidentschaftswahlen gewann und bis 1955 regierte, wurde das Land zu einem neuen Paradies für geflohene Nazi-Verbrecher. Perón empfing persönlich in seiner Residenz Verbrecher wie den KZ-Arzt Josef Mengele.

Zu den vor ihrer gerechten Bestrafung Bewahrten gehörten neben international gesuchten Kriegsverbrechern wie dem NSDAP-Reichsleiter Martin Bormann Adolf Eichmann, der KZ-Arzt von Auschwitz Josef Mengele, der Kommandant der Vernichtungslager von Sobibor und Treblinka, Franz Sprangl, und der des Ghettos in Przemysl, Josef Schwammberger, und der bereits erwähnte Ante Pavelic mit fast seinem gesamten Kabinett. Ausgeschleust wurden deutsche und italienische Faschisten, belgische und französische Kollaborateure, kroatische Ustascha, slowakische Klerikalfaschisten, ungarische Pfeilkreuzler und Angehörige der rumänischen "Eisernen Garde". Wie der argentinische Historiker Uki Goni in seinem Buch "Odessa" [2] recherchierte, waren wenigstens 300 der ausgeschleusten Faschisten bereits in Europa abgeurteilte oder angeklagte Kriegsverbrecher. Allein etwa 50.000 Deutsche und Kroaten konnten nach Argentinien entkommen.

Zu den wenigen, die ihrer Strafe nicht entgingen, gehörte der Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Organisator der Verfolgung, Vertreibung und Deportation von Juden und Mitverantwortlicher für die Ermordung von sechs Millionen Menschen. Er wurde im Mai 1960 von einem israelischen Kommando aus Argentinien entführt und nach Israel gebracht, wo er in einem Prozess im Dezember 1961 zum Tode verurteilt und wo das Urteil nach seiner Bestätigung in der Revision am 1. Juni 1962 durch Erhängen vollstreckt wurde.

Die Botschaft der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland betreute in Argentinien die geflohenen Faschisten nicht nur, sondern hatte unter ihren Diplomaten und Mitarbeitern selbst frühere NSDAP-Mitglieder. Sie stellten u. a. Mengele, der unter falschem Namen eingereist war, unter seinem echten Namen einen Reisepass aus, mit dem er in die Schweiz und wieder zurück nach Argentinien reisen konnte. [3] Der im Oktober 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilte Martin Bormann besaß, als Jesuitenpriester getarnt, auf den jüdisch klingenden Namen eines in Polen geborenen Eliezer Goldstein ausgestellte Papiere des Vatikans mit der Unterschrift des Papstes, mit denen er nach Brasilien gelangte. Das waren, wie ein 1996 von dem Fernsehsender ARTE ausgestrahlter Film "Ratline - Nazis, CIA und Vatikan" belegte, ***keine Einzelfälle.***

**Cheforganisator Kardinal Montini**

Im Staatssekretariat des Vatikans leitete die Rettungsaktion im Auftrag von Papst Pius XII. Kardinal Giovanni Battista Montini, der spätere Papst Paul VI. (1963-1978). Als Ressortleiter gehörte er zur Spitze des 1943/44 gebildeten vatikanischen Geheimdienstes Pro Deo, der eng mit dem Office of Strategic Services (OSS) und mit dessen späterem Nachfolger, der CIA, zusammenarbei-

*Kardinal Giovanni Battista Montini, der spätere Papst Paul VI., in seiner Zeit als Erzbischof von Mailand (1956)*
*Foto: archidiosesis de milan / Public domain, via Wikimedia Commons*

tete. Er war ein diplomatischer Dunkelmann wie aus einem vatikanischen Lehrbuch. Den Palastverschwörern, die im Juli 1943 nach der Landung alliierter Truppen auf Sizilien Mussolini stürzten, sagte Montini die Unterstützung des Vatikans unter der Bedingung zu, dass die "innere Ordnung" beibehalten werde. Das hieß im Klartext, "sich von Mussolini und den Deutschfreundlichen zu befreien, das System aber zu erhalten", wie die US-Zeitschrift *Life* am 14. Dezember 1943 schrieb. Montini stellte OSS/CIA die Akten über politisch aktive Priester zur Verfügung, von denen viele als Agenten angeworben wurden. Um die Verbindungen zum Vatikan zu festigen, traten führende CIA-Leute wie James Angleton, Chef des OSS in Rom, und die langjährigen CIA-Direktoren John McCon und William Casey in den Orden der Malteserritter ein.

Zu Montinis Helfern bei der Fluchthilfe gehörte der SS-Sturmbannführer Karl Hass, der zusammen mit dem SS-Chef von Rom Herbert Kappler und dessen Stellvertreter Erich Priebke u. a. im März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom an der Ermordung von 335 Geiseln beteiligt war. Kappler und Priebke schickten Tausende italienische Juden zur "Endlösung" in die Konzentrationslager. [4] Der Oberst der Luftwaffe Görings, Hans-Ulrich Rudel, Hitlers höchstdekorierter Soldat, gründete in Buenos Aires zur Unterstützung der "Rattenlinie" der Kurie eine "Kameradenwerk" genannte Hilfseinrichtung für NS-Kriegsverbrecher. In einem in Buenos Aires erschienenen Buch "Zwischen Deutschland und Argentinien" erklärte er, was von "menschlich überragenden Persönlichkeiten der Kirche an wertvollem Menschentum unseres Volkes, gerettet worden ist, soll billigerweise nicht unvergessen bleiben" (S. 44). [5]

Zu den hohen katholischen Würdenträgern, die sich an der Fluchthilfe aktiv beteiligten, gehörten Kardinal Antonio Caggiano und Bischof Augustin Barrére (Argentinien), der österreichische Bischof Alois Hudal und der Prälat Luttor Ferenc aus Ungarn. Hier sei zu deren Charakterisierung erwähnt, dass Hudal 1937 ein Buch "Die Grundlagen des Nationalsozialismus" verfasste, in dem er einen christlichen Nationalsozialismus ("Für Kirche und Nation") vertrat und das er Hitler mit der Widmung "Dem Siegfried deutscher Größe" schickte. In seiner Autobiographie brüstete er sich mit den Dankschreiben Dutzender Nazis, die er "mit falschen Ausweispapieren ihren Peinigern durch die Flucht in glücklichere Länder entrissen" habe. Die so ihrer gerechten Strafe Entkommenen prahlten damit, wie es in einem der Dankschreiben hieß, "bis 1945 im Kampf gegen den Bolschewismus, für Europa" gestanden und "während dieser gewaltigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" an der Front und in der Heimat "unbeugsam und kompromisslos" ihre Pflicht erfüllt zu haben. [6]

Laut von Beamten des US-Finanzministeriums 1975 in Washington freigegebenen Aufzeichnungen habe der Vatikan bei Kriegsende vom faschistischen Ustascha-Regime in Kroatien Gold im Werte von 250 Millionen Schweizer Franken "in Verwahrung" genommen. Das wurde durch Unterlagen des OSS belegt. Die 250 Millionen stammten aus dem Vermögen von insgesamt 350 Millionen Schweizer Franken von mehreren Hunderttausend Serben, Juden, Sinti und Roma sowie oppositionellen Kroaten, die das Ustascha-Regime von 1941 bis 1945 umgebracht hatte. [7] Die Ustascha hatten bereits 1944 begonnen, "große Mengen Gold und Bargeld auf sichere Konten in der Schweiz" zu schaffen. Ein Teil des Goldes wurde möglicherweise direkt in das Kloster San Girolamo in Rom weitergeleitet, wo Battista Montini mit dem Pavelic-Vertrauten Krunoslav Draganovic für Ustascha-Angehörige eigens eine "kroatische Sektion" gebildet hatte. 100 Millionen hatten britische Truppen an der Grenze zwischen Österreich und der Schweiz bei Kriegsende sichergestellt. [8]

Den Ustascha-Faschisten galt die besondere Aufmerksamkeit des

Vatikans auch deshalb, weil vielen von ihnen die Gefangennahme durch die Kroatien befreiende jugoslawische Volksarmee Marschall Titos drohte. Tausende waren nach Italien geflohen, 600 von ihnen aber in Neapel in ein alliiertes Kriegsgefangenenlager eingeliefert worden. Jugoslawien forderte die Auslieferung der Ustascha-Verbrecher. Am 26. März 1946 wandte sich der Vatikan in einer von Pius XII. persönlich unterschriebenen Eingabe an den diplomatischen Vertreter Großbritanniens beim Heiligen Stuhl, Sir D'Arcy Osborne, diese "Landsleute" auf "keinen Fall an die Regierung Marschall Titos auszuliefern". [9]

Quellen, dass "sich der Papst im Geheimen in Washington und London für bekannte Kriegsverbrecher und Nazi-Kollaborateure einsetzte. Seine Bittgesuche wurden schriftlich vom Staatssekretär des Vatikans vorgetragen, einer Zentralbehörde der Kurie unter seiner direkten Aufsicht und der Monsignore Montinis."

Das verwundert nicht, denn dieser Faschist unter der Soutane war als Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli Architekt des Reichskonkordats gewesen, das er am 20. Juli 1933, also knapp sechs Monate nach Hitlers Machtantritt, im Auftrag von Papst Pius XI. mit der Reichsregierung unterzeich-

*Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli (4.v.l.) - der spätere Papst Pius XII. und Schirmherr der "Rattenlinien" - bei der Unterzeichnung des Reichskonkordats am 20. Juli 1933*
*Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R24391 / Unknown / CC-BY-SA 3.0 [CC BY-SA 3.0 de (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)]*

**Schirmherr der "rat lines"**

Der eben erwähnte Pius XII. war insgesamt Schirmherr der Organisation dieser Rattenlinien. Damit fügte er der von ihm seit jeher fanatisch verfolgten Politik des Bündnisses der Kurie mit dem Faschismus eine neue Seite hinzu. Wie Goni schrieb, belegen die

nete. Es verkündete, "die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen" und verpflichtete alle Katholiken, für "das Wohlergehen Hitlerdeutschlands" zu beten. Gemäß der von Pacelli vorgegebenen Linie, mit dem Reichskonkordat sei etwas Segensreiches für die "unsterblichen Seelen" unter "Gottes gütigem Gnadenbeistand" geschaffen worden, begrüßten die deutschen Bischöfe mit "großer Freude", dass unter Hitler nicht mehr "der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshass die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten" dürfe. Es war geradezu eine Zustimmung, ja Segnung der mit dem Machtantritt Hitlers begonnenen Hetzjagd gegen Kommunisten und Sozialisten und alle, die verdächtigt wurden, ihnen nahe zu stehen oder die sich gegen die faschistische Diktatur wandten. Darunter befanden sich auch bereits Tausende Katholiken. Allein in Bayern saßen 2.000 Mitglieder und Anhänger der katholischen Bayerischen Volkspartei, von ihren Hirten im Stich gelassen, in Hitlers Zuchthäusern. Nach dem Überfall auf die UdSSR riefen alle deutschen Bischöfe bereits vier Tage später, am 26 Juni 1941, die Soldaten der Hitlerwehrmacht "zu treuer Pflichterfüllung" auf, um "im Kampf gegen die Macht des Bolschewismus" dem "heiligen Willen Gottes" zu folgen. [10]

Der katholische Publizist Johannes Fleischer stellte zum Konkordat und seiner Verwirklichung durch den römischen Klerus klar: "Das Konkordat hat nach Zeitpunkt, Inhalt und offizieller bischöflicher Interpretation Verbrechen und Verbrechern Vorschub geleistet, jede entscheidende Opposition moralisch diffamiert, dem Naziregime die Legitimation verliehen, sich zu den 'auf der Seite der Ordnung stehenden staatlichen Gewalten' zu zählen (Kardinal Pacelli am 30. April 1937), und das katholische Volk von vornherein auf den Weg ins

*Eine löbliche Ausnahme in päpstlicher Traditionslinie? Johannes XXIII. am 15. Januar 1971*
*Foto: Anefo, CC0 [https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de], via Wikimedia Commons*

Massengrab zur Sicherung der Hitlerdiktatur verpflichtet." [11]

Als es den Franco-Faschisten mit Hilfe der Kurie und Hitlerdeutschlands sowie Mussolinis Italiens im Februar 1939 gelang, die Spanische Republik zu zerschlagen und nach der Einnahme Madrids die Mordkommandos wüteten, schickte Pius XII., der am 2. März 1939 sein Pontifikat angetreten hatte, Franco eine Botschaft, in der es hieß: "Die von Gott als wichtigster Diener der Evangelisation der Neuen Welt und als uneinnehmbares Bollwerk des katholischen Glaubens auserwählte Nation hat soeben den Anhängern des materialistischen Atheismus unseres Jahrhunderts den erhabensten Beweis dafür geliefert, dass über allen Dingen die ewigen Werte der Religion und des Geistes stehen." Ein weiteres Glückwunschtelegramm erhielt Hitler, dem der Papst "mit besten Wünschen den Segen des Himmels und des allmächtigen Gottes" übermittelte. [12]

Ohne auch nur ein Wort des Einwands vorzubringen, sah Pius XII. dem Völkermord an den Juden zu. Im April 1944 informierte ihn der Erzbischof Angelo Giuseppe Roncalli, der spätere Papst Johannes XXIII. (1958-63), detailliert über die in Auschwitz begangenen Verbrechen. Roncalli war zu dieser Zeit Nuntius (Botschafter des Vatikans) in Istanbul und hatte Informationen über die in Auschwitz verübten Gräueltaten erhalten. Sie stammten von zwei Juden, die im April 1944 aus Auschwitz fliehen konnten, und wurden später als "Protokolle von Auschwitz" bekannt. Roncalli schickte unverzüglich eine Zusammenfassung des Berichts per Telegramm an Pius XII. nach Rom. Unter der Überschrift "Ein ignoriertes Telegramm" berichtete die spanische Geschichtszeitschrift "Historia y Vida" in ihrer Nr. 467/2007 darüber und hielt fest, dass die bis heute verbreitete Version des Vatikans, er habe "erst im Oktober 1944" über genauere Details über Auschwitz verfügt, unwahr ist.

Nach 1945 versuchte die katholische Kirche, ihre Schützenhilfe für das verbrecherische Hitlerregime und seine Vasallen zu leugnen. Nicht nur das, ihre höchsten Würdenträger protestierten sogar gegen Festnahmen von Nazis durch Besatzungsbehörden. Am 18. Juli 1945 forderte der Kölner Erzbischof Joseph Frings im britischen Hauptquartier, "das Problem der internierten Parteigenossen müsse gelöst werden" und behauptete, im Rheinland "habe es nur wenige überzeugte Nazis gegeben". Der Fuldaer Bischof Johann Baptist Dietz äußerte, 90 Prozent der Menschen seiner Diözese seien "ausgesprochene Gegner" der NSDAP gewesen. Der Landesbischof von Hannover August Mahrares verstieg sich dazu, dass "die Mitglieder der SA zum größten Teil vernünftig denkende Menschen und keine Parteifanatiker" waren. Sie hätten "lediglich eine innere Erneuerung des deutschen Volkes auf vaterländischer Grundlage" erstrebt. Das waren, wie Klee darlegt, keine Einzelfälle. [13]

Pius XII. höchstpersönlich erklomm den Gipfel der Heuchelei, als er einen der übelsten Unterstützer Hitlers, Kardinal Michael von Faulhaber, zum "Widerstandskämpfer" stilisierte und ihm "die höchste Anerkennung für seinen ausdauernden Kampf gegen das Naziregime" aussprach. Das geschah zur selben Zeit, als in seinem Auftrag im Franziskanerkloster in Rom der bereits erwähnte vorherige großdeutsche, nunmehr nur noch österreichische Bischof Alois Hudal, auch er ein begeisterter Vertreter des Bündnisses des Vatikans mit dem Faschismus, Naziverbrechern wie Eichmann und Bormann falsche Pässe zur Flucht auf der "Rattenlinie" nach Südamerika ausstellte.

**Dafür selig gesprochen**

Ein ähnlicher Heiligenschein wurde Kardinal Clemens August Graf von Galen verliehen, der 1995 sogar von dem polnischen Papst Karel Wojtyla alias Johannes Paul II. selig gesprochen wurde. Sein einziges Verdienst sei gewesen, "gegen die Tötung von

Behinderten zu protestieren, was lobend anzuerkennen ist", schrieb Uta Ranke-Heinemann. Er sei jedoch "keineswegs ein Widerstandskämpfer gegen die Judenverfolgung" gewesen, sondern "ein Antisemit und Kriegsfreund". Am 5. September 1933 unter Hakenkreuzfahnen zum Bischof geweiht, schrieb er in seinem ersten Hirtenbrief: "Wir wollen Gott dem Herrn für seine liebevolle Fügung dankbar sein, welche die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt hat, dass sie die furchtbare Gefahr, welche unserem geliebten Volk durch die offene Propaganda für Gottlosigkeit und Unsittlichkeit drohte, erkannt haben und sie auch mit starker Hand auszurotten suchen." Am 7. Februar 1936 schloss er im Münchner Frauendom eine Predigt mit den Worten: "Katholische Männer, wir beten jetzt zusammen ein Vaterunser für das Leben des Führers." Der auf den Altar gehobene Galen hatte Franco dafür gelobt, dass der gottlose Bolschewismus in Spanien "mit Gottes und Hitlers Hilfe besiegt" wurde. Als das Attentat des Antifaschisten Georg Elsner im Bürgerbräukeller am 8. November 1939 fehlschlug, schickte er Hitler umgehend ein Telegramm, in dem er von einem "verabscheuungswürdigen Verbrechen" sprach und Hitler "als Ortsbischof und im Namen der bayerischen Bischöfe wärmsten Glückwunsch für glückliche Rettung" aussprach und Gott bat, "er möge auch ferner seinen schützenden Arm über Sie halten". Im März 1942 pries er die siegreichen deutschen Soldaten, deren Kampf "ein Kreuzzug gegen den Bolschewismus sei", mit dem sie Europa "vor der roten Flut" bewahrten.

*Papst Pius XI. (1930) - in seinem Auftrag unterzeichnete Pacelli das Reichskonkordat mit Hitlerdeutschland*
*Foto: Alberto Felici (1871-1950)*
*[Public domain]*
*via Wikimedia Commons*

Für die Seligsprechung Galens wurde angeführt, er habe sich gegen die Judenvernichtung gewandt, das aber nicht öffentlich getan, weil die Juden ihn selbst gebeten hätten, sich nicht zu äußern, "um Schlimmeres zu verhindern". Diese Legende, die heute noch auch über "das Schweigen" von Pius XII. zur Vorbereitung von dessen Seligsprechung verbreitet wird, hat der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Heinz Galinski, scharf zurückgewiesen. [14]

Bis heute hat die katholische Kirche nicht das Geringste unternommen, sich mit ihrer schwarz-braunen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Selbst Jorge Mario Bergoglio, der seit dem 13. März 2013 als Papst Franziskus auf dem Stuhl Petri sitzt, hat sich in diese unheilvolle Traditionslinie eingereiht und sein Scherflein zur Reinwaschung der "Rattenlinien"-Organisatoren beigetragen. Dabei weckte sein Agieren im Büßerhemd, die Verheißung von ein paar Reformen, um die nach Zehntausenden zählenden Kirchenaustritte zu stoppen, Hoffnungen bei seinen Fans nach einer "offeneren Kirche". Was von dieser Propaganda zu halten ist, zeigte sich, als er am 19. Oktober 2014 Papst Paul VI., jenen Kardinal Giovanni Battista Montini, der nach 1945 als Cheforganisator der "Rattenlinie" nach Südamerika Martin Bormann, Adolf Eichmann, Josef Mengele und Zehntausende Nazi-Verbrecher vor ihrer Bestrafung rettete, selig sprach. Dass das kein Einzelfall ist, bewies Franziskus erst kürzlich, als er am 11. Februar 2021, wie die Nachrichtenagentur *ANSA* berichtete, feierlich des 91. Jahrestages des 1929 mit Mussolini geschlossenen Konkordats gedachte, mit dem, wie später mit dem Reichskonkordat mit Hitler, die faschistische Diktatur in Italien gefestigt wurde. Papst Pius XI. (Amtszeit von 1922 bis 1939) hatte den "Duce" in einer Rede an der katholischen Universität von Rom als "einen Mann, mit dem uns die Vorsehung zusammenführte", gewürdigt.

***Anmerkungen:***

[1] Uli Weyland: Strafsache Vatikan. München 1994, S. 457.

[2] Uki Goni: Odessa. Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher. Berlin/Hamburg, 2006.

[3] Mengele verstarb 1979 unbehelligt in einem Badeort in Brasilien.

[4] Guido Gerosa. Il caso Kappler. Dalle Ardeatine a Soltau. Mailand 1977.

[5] Ausf. zitiert in: Ernst Klee: Persilscheine und falsche Pässe. Frankfurt/Main 1991, S. 25 f.

[6] Ebd., S. 32.

[7] Weyland, S. 452 ff.

[8] Goni, S. 202 f.

[9] Ebd. S. 306.

[10] Karlheinz Deschner: Mit Gott und dem Führer. Köln 1988.

[11] Zit in: ebd. S. 49.

[12] Dietmar Stübler: Geschichte Italiens 1789 bis zur Gegenwart. Berlin (West) 1987, S. 156.

[13] Klee, S. 13 ff.

[14] In: Uta Ranke-Heinemann: Ein Antisemit und Kriegsfreund. Zur Seligsprechung von Kardinal Clemens August Graf von Galen. In: jW 7. Oktober 2005.

*

***Quelle:***

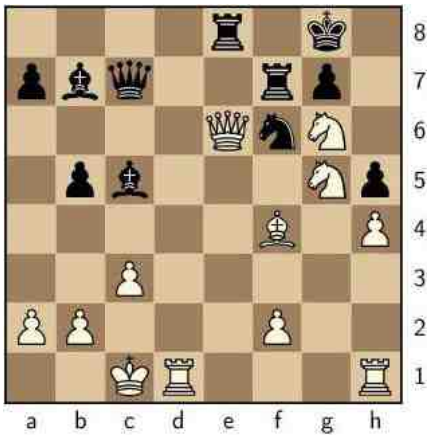
© 2021 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

*http://www.schattenblick.de/infopool/religion/meinung/rgsp0115.html*

**SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX**

## Umstand der Verwirrung

*(SB)* - Immer schon übte die Komplexität eine seltsame Faszination auf den Menschen aus. Wie anders sollen sich Bräuche und Sitten sonst erklären lassen, wenn nicht durch den Umstand der Verwirrung, der den menschlichen Interessen zugrunde liegt. Zivilisatorisch überdauert hat dieser Hang in vielen Formen der Gläubigkeit, die auch dann beibehalten werden, wenn das Gegenteil längst bewiesen ist. Vor allem der Glaube an die Zahl hat es den Menschen angetan. So geht das Gerücht, in den Köpfen der Schachmeister würden Myriaden von Abfolgen und Zwischenzügen umgedreht. Daß das menschliche Denken dazu gar nicht in der Lage ist, wird kaum berücksichtigt. Die Kunst des Schachspiels besteht vielmehr darin, alles Überflüssige von einem einmal gefaßten Plan abzutrennen und so auf das Wesentliche zu kommen. Den Blick von den Nebeln der Verwirrung zu klären, fällt einem geübten Meister leicht, weil er die Komplexität als erstes Hindernis begreift. Juvcenko hatte in seiner Partie gegen Michalek gerade die schwarze Dame mit seinem Läufer bedroht, worauf der Nachziehende mit einem Turmangriff auf die weiße Dame konterte. So haarsträubend sich die Stellung im heutigen Rätsel der Sphinx auch ausnimmt, die Pointe für den weißen Schlußakkord ist bei alledem einfach zu finden, Wanderer.



*Juvcenko - Michalek*
*CSSR 1969*

*Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:*

Hätte Simagin etwas tiefer in die Stellung geblickt, so wäre ihm der Prachtzug 1.Td6xg6!!, der sofort gewinnt, nie und nimmer entgangen.

*http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07315.html*

Täglich eine neue Schach-Sphinxunter:

*http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml*

**DIE BRILLE / REDAKTION / REZENSION**

*Fritz Bremer*

# In allen Lüften hallt es wie Geschrei

## *Jakob van Hoddis. Fragmente einer Biographie*

*Rezension von Christiane Baumann*

*Bremer, Fritz*

***In allen Lüften hallt es wie Geschrei***
*Jakob van Hoddis.*
*Fragmente einer Biographie*

*Berlin: PalmArtPress 2021*
*ISBN 978-3-96258-071-1*
*20 EUR*

**Genie und Wahnsinn des Dichters Jakob van Hoddis**

Zur Neuauflage von Fritz Bremers biographischer Erzählung *In allen Lüften hallt es wie Geschrei*

*(Christiane Baumann)* - Am Eingang der Hackeschen Höfe in Berlin befindet sich eine Gedenktafel, die an den Dichter Jakob van Hoddis erinnert. An diesem Ort hatte Hoddis, der eigentlich Hans Davidsohn hieß, 1909 mit Freunden den expressionistischen "Neuen Club" gegründet. Sein bekanntestes Gedicht *Weltende* eröffnete das Lyrik-Manifest des Expressionismus, die Anthologie *Menschheitsdämmerung*, die erstmals 1919 erschien. Im Titel *Weltende* spiegelten sich Weltuntergangsszenarien und Endzeitstimmung als Lebensgefühl einer jungen Generation wider, die gegen die "entartete Gesellschaftsordnung" rebellierte und dabei nur eine verschwommene Vorstellung von einer besseren, menschenwürdigeren Gesellschaft hatte. "Freie Kunst - Freie Geister - Freie Menschheit" - waren Leitbegriffe, die sich expressionistische Künstlervereinigungen wie die Magdeburger *KUGEL* auf die Fahnen schrieben. Es war der Aufschrei einer Generation, die gerade den Ersten Weltkrieg erlebt hatte. Aufruhr und Protest fanden ihren Ausdruck in beklemmenden und verstörenden Bildern, die sich gegen die bürgerliche Scheinharmonie auflehnten. Hoddis' *Weltende* bringt Wut und Empörung gegen die saturierte Bürgerlichkeit angesichts einer aus den Fugen geratenen Welt in ein groteskes Bild:

*"Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut,*
*In allen Lüften hallt es wie Geschrei.*
*Dachdecker stürzen ab und gehn entzwei,*
*Und an den Küsten - liest man - steigt die Flut."*

Die Verse könnten in ihrem Grundgefühl, der auch spürbaren Ohnmacht, aktueller nicht sein. Das "How dare you?" der jungen Aktivistin Greta Thunberg in ihrer Wutrede angesichts des globalen Versagens der bürgerlichen Eliten legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Doch nicht nur die Lyrik des Jakob van Hoddis wirkt erstaunlich modern, auch sein Leben lädt zum Nachdenken über unsere Zeit ein. Nur Bruchstücke seiner Biographie sind in Dokumenten überliefert. Der Kieler Autor Fritz Bremer, der sich seit Jahrzehnten mit sozialpsychiatrischen Themen auseinandersetzt und u. a. als Mitherausgeber der Zeitschrift *Brückenschlag - Sozialpsychiatrie, Literatur, Kunst* hervorgetreten ist, hat diese "Fragmente einer Biographie" zu einer Erzählung über den Dichter Jakob van Hoddis verknüpft. Diese Erzählung, erstmals 1996 erschienen und seit Jahren vergriffen, wurde jetzt, ergänzt um ein bemerkenswertes Nachwort von Irene Stratenwerth, neu aufgelegt.

Der Titel der Erzählung *In allen Lüften hallt es wie Geschrei* schließt an Hoddis' berühmtes Gedicht *Weltende* an. Doch so berühmt dieses Gedicht auch wurde, das schmale Ovre des Dichters mit etwa 100 überlieferten Gedichten und Prosatexten ist heute nur Insidern bekannt. Noch weniger weiß man über das Leben von Hans Davidsohn, der 1887 in Berlin zur Welt kam und im April 1942 aus der Heilanstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz deportiert und vermutlich in einem der Vernichtungslager der Nationalsozialisten ermordet wurde. Hans Davidsohn wuchs als Sohn eines Arztes in einer wohl situierten jüdischen Familie auf. Das Pseudonym "van Hoddis", das er sich gab, ist ein Anagramm. Er bildete es aus den Buchstaben des Namens Davidsohn. Hoddis galt als hochintelligent, war aber offenbar wenig anpassungsfähig. Das Berliner Friedrich-Wilhelm-Gymnasium verließ er zunächst ohne

Abitur, holte dies jedoch später als Externer nach. Er begann 1906 in München Architektur zu studieren, war kurzzeitig auf dem Bau beschäftigt und wandte sich dann an den Universitäten in Jena und Berlin der Philologie zu. 1909 gehörte er mit Kurt Hiller, Erwin Loewenson und anderen zu den Gründern des "Neuen Club", aus dem sich das "Neopathetische Cabarett" (1910) entwickelte. Dies war ein Forum gleichgesinnter junger Dichter, die dort regelmäßig ihre Texte vortrugen, darunter der frühexpressionistische Lyriker und Hoddis-Freund Georg Heym, der bereits 1912 verstarb. Genau in diesem Jahr zeigten sich bei Hoddis erste Anzeichen einer psychischen Erkrankung, und an diesem markanten Punkt beginnt Bremers Geschichte, die in ihrem Untertitel "Fragmente einer Biographie" auf den dokumentarischen Charakter des Erzählten weist.

Bremers Erzählung nutzt Auszüge aus Patientenakten und Briefen. Um diese herum und damit die "Lücken" füllend, schreibt er seine fiktive Geschichte. Die Textstruktur in ihrem Spannungsverhältnis von Dokumentation und Fiktion nimmt auch die Erzählkonstruktion auf. Neben den Patienten Hans Davidsohn, von dem in überlieferten Dokumenten die Rede ist, tritt der Künstler Jakob van Hoddis, dessen Persönlichkeit in fiktiven Episoden nachgespürt wird und der aus seiner Lebenswirklichkeit seine grotesken, humorvoll bis satirisch verfremdeten Gedichte schöpft. Dabei geht die Fiktion immer wieder im überlieferten Kunstwerk auf. Eine erfundene Wanderung von Hoddis durch das nächtliche Berlin endet am frühen Morgen mit der Niederschrift des Gedichtes *Morgens*, das auch in die Anthologie *Menschheitsdämmerung* Aufnahme fand. Die Grenze zwischen Wirklichkeit und Kunst verschwimmt wie jene zwischen Genie und Wahnsinn. Die Aufspaltung der Figur in die historisch überlieferte und fiktive Gestalt macht den Identitätskonflikt, die Zerrissenheit zwischen Bürgersohn und Künstler sichtbar, die durch zunehmende Entfremdung zur bürgerlichen Welt schließlich in die Schizophrenie führt.

Als Vorbild der Erzählung ist unschwer Georg Büchners *Lenz*-Novelle zu identifizieren. Passagen wie Hoddis' Nebelwanderung weisen nachdrücklich auf den literarischen Bezug und auf die Geistesverwandtschaft mit dem Sturm-und-Drang-Dichter Jakob Michael Reinhold Lenz, dem der "Wahnsinn auf Rossen" hinterherjagte, wie es bei Büchner heißt. Literarische Kontexte deutet Bremer in seiner Erzählung jedoch nur an. Hoddis' Mitarbeit an expressionistischen Zeitschriften wie *Der Sturm* und *Die Aktion* werden erwähnt. Der in der *Aktion* unter dem Titel *Gewaltsam ins Irrenhaus* im Dezember 1912 abgedruckte Protest des Herausgebers Franz Pfemfert gegen die von der Mutter veranlasste Einweisung des Dichters in eine Heilanstalt, wird auszugsweise wiedergegeben. Wer nicht weiß, dass Pfemferts links-avantgardistische Zeitschrift auf Veränderung der politischen Verhältnisse zielte, dass sie politische "Aktion" für die Literatur in Anspruch nahm, dem bleiben wichtige Zusammenhänge verschlossen. Angedeutet wird das gesellschaftliche und persönliche Scheitern des Dichters, der "die Welt nicht aushalten" konnte (S. 50). Der Plan einer Künstler-WG, eine Art Kommune, zerschlägt sich wie auch der für eine Zeitschrift, "die das bürgerliche Leben als eine einzige Belästigung des Geistes" (S. 63) entlarven sollte. Die Liebe zu Lotte Pritzel, einer Münchner Puppenkünstlerin und Zeichnerin bleibt unerwidert. Dazwischen der Krieg, aus dem viele der einstigen Weggefährten nicht zurückkehren.

Bremer interessiert vor allem der sich sukzessiv verändernde Geisteszustand des Dichters, der in Inneneinsichten psychologisch einfühlsam nachgezeichnet wird. Erweist sich die bürgerliche Gesellschaft als unfähig, die Andersartigkeit des Künstlers und dessen Leben gegen die soziale Norm zu akzeptieren, so wird diesem der Wahnsinn zur Flucht aus einer ihm unerträglich gewordenen Lebenswirklichkeit. Der Ausgrenzung folgt die Separierung in psychiatrischen Einrichtungen, in denen sich das krankhafte Verhalten weiter verschlimmert. Einen utopischen Gegenentwurf bildet die von Bremer am Ende eingestreute Triester Vision einer "demokratischen Psychiatrie", die die biographische Stringenz der Erzählung durchbricht. Der Italiener Franco Basaglia (1924-1980) begründete die Praxis der offenen Psychiatrie in den 1970er Jahren in Italien. Van Hoddis' Traumreise nach Triest ist eine Utopie gelebter Enthospitalisierung, um den Wahnsinn dorthin zu bringen, wo er entstanden ist und wo er hingehört: mitten in die Gesellschaft (S. 145). Damit wird

die Gesellschaft auf die Anklagebank gesetzt. Nach diesem Plädoyer für eine menschenwürdige Psychiatrie steuert die Erzählung auf die Katastrophe zu: die Deportation von Hans Davidsohn alias Jakob van Hoddis aus der Heilanstalt bei Koblenz und sein ungewisses Ende in einem der Vernichtungslager der Nazis. Der Nationalsozialismus sprach dem Juden und psychisch Kranken sein doppeltes Todesurteil. Während Teilen seiner jüdischen Familie die Flucht nach Palästina gelang, fiel Jakob van Hoddis dem Wahnsinn und der Unmenschlichkeit des NS-Regimes zum Opfer.

Im Nachwort berichtet Irene Stratenwerth von einer Spurensuche, die, inspiriert von Fritz Bremers Erzählung, 1997 begann. Sie führte sie zu noch lebenden Nachfahren des Dichters nach Israel. Seine Schwestern und Mutter, die ihren Sohn Hans, als sie im August 1933 nach Palästina floh, schweren Herzens in Deutschland zurückließ, leben nicht mehr. Einige ihrer Kinder und Enkel, die die deutsche Sprache nicht mehr sprechen, pflegen heute das Erbe des Jakob van Hoddis. Das Nachwort, das auch über den Verbleib von Weggefährten des Dichters Auskunft gibt, fügt dessen Geschichte eine weitere hinzu. Es ist dies die Geschichte seiner jüdischen Familie, die von Flucht, Vertreibung und Bombenangriffen in der neuen Heimat Israel erzählt. Nichts von alledem ist heute Vergangenheit. Das Buch führt direkt in unsere Gegenwart. Das macht es so verstörend aktuell

*http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/redakt/dbrr0046.html*

**BUCH / SACHBUCH / REZENSION**

*AgrarBündnis e.V. (Hrsg.)*

***Der Kritische Agrarbericht 2021***
*Schwerpunkt: Welt im Fieber - Klima & Wandeln*

*AbL Verlag, Hamm 2021, 352 Seiten*
*ISBN 978-3-930413-69-0*
*25,- Euro3*

## Der Kritische Agrarbericht 2021

### *Schwerpunkt: "Welt im Fieber - Klima & Wandel"*

*von AgrarBündnis e.V. (Hrsg.)*

*(SB)* - Rund 900 Millionen Menschen leiden chronisch Hunger, mehrere Milliarden können sich keine gesunde Ernährung leisten. Der Nahrungsmangel wird voraussichtlich in den nächsten Jahren durch die Veränderung des Klimas in den produktivsten landwirtschaftlichen Weltregionen noch verstärkt. Die mit der vorherrschenden industriellen Agrarwirtschaft einhergehenden Schadfolgen wie Insektensterben, Überdüngung der Böden mit der Folge der Bildung wachsender toter Zonen in den Meeren, abnehmende organische Anteile in den und Verkarstung von Böden, sinkende Grundwasserspiegel, durch die Massentierhaltung bedingte Antibiotikaresistenzen bei Menschen und Begünstigung von Zoonosen in Folge der Lebensraumvernichtung von Tieren könnten bei großer gemeinsamer Anstrengung und unverzüglichem Handeln vielleicht noch gestoppt werden, aber wohl kaum bei einer Fortsetzung eben jenes landwirtschaftlichen Produktionsmodells, das vielerorts solche multiplen Krisen ausgelöst oder diese verstärkt hat.

Die vermeintliche Erfolgsgeschichte der Landwirtschaft, die nach der Erfindung des Haber-Bosch-Verfahrens zur Kunstdüngerherstellung am Beginn des 20. Jahrhunderts und der Grünen Revolution ab den 1960er Jahren nun mit dem mikrobiologischen Eingriff in das Pflanzengenom eine weitere "Revolution" verheißt, erweist sich auf ihrer Kehrseite als dunkle Geschichte der Verdrängung und Vernichtung der in der Regel umweltfreundlicheren, weniger kapitalintensiven und die Ernährungssouveränität stärkenden Anbaumethoden und -konzepte.

Anstatt auf Kunstdünger, der nur unter hohem Energieeinsatz hergestellt werden kann, wird hierbei auf naturbelassene, organische

*Stimme des Protests*
*(Klimademo, COP23, 4.11.2017, Bonn)*
*Foto: © 2017 by Schattenblick*

Düngeverfahren gesetzt; anstatt auf die Verbreitung steriler und unter dem Patentschutz stehender Hightech-Hybridsaaten wird die Vielfalt der Sorten und der regionale Austausch der Saaten gefördert; anstatt auf Exportorientierung, Überproduktion mit der Folge von Dumpingpreisen und Bedienung von globalen Finanzmarktinteressen sind diese auf die Gründung und Pflege von Netzwerken der solidarischen Landwirtschaft, auch über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg, ausgerichtet.

Auf den Schultern von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ruht die Welternährung, nicht auf denen der industriellen Landwirtschaft, stellte der Weltagrarbericht 2008 fest. An diesem Befund hat sich bis heute nichts geändert. Die globale Ernährungslage hat sich schon vor der Sars-CoV-2-Pandemie, aber jüngsten Zahlen zufolge mit ihr nochmals verschlechtert. Weltweit nehmen Hunger und Armut zu - der immense Reichtum einiger weniger ebenfalls. Um so wichtiger sollte da jede Stimme gewertet werden, die dieser Entwicklung eine andere Position entgegensetzt. Der "kritische Agrarbericht 2021" ist so eine Stimme. Herausgegeben vom AgrarBündnis e.V. erscheint diese Sammlung von agrar- und umweltpolitischen Beiträgen bereits in ihrem 29. Jahr. Für die diesjährige Ausgabe wurde der Schwerpunkt "Welt im Fieber - Klima & Wandel" gewählt. Allein 22 der rund 50 Beiträge, die in elf Kapiteln gebündelt sind, beleuchten dieses Thema.

Den Beitragsreigen eröffnen Marit Rosol und Christoph Rosol mit dem Titel "Welt im Fieber - Zur Notwendigkeit einer globalen Agrar- und Ernährungswende in Zeiten des Anthropozäns". Darin erläutern sie, dass die Sars-CoV-2-Pandemie nicht aus heiterem Himmel über die Menschheit hereingebrochen ist, sondern als Folge der beständigen "Ausweitung der Kontaktzone zwischen Mensch und Tier durch die rasant voranschreitende Zerstörung der Lebensräume von Wildtieren" (S. 8 ) in Folge von Bergbau, Siedlungsentwicklung, Klimawandel und nicht zuletzt Waldrodungen für die landwirtschaftliche Nutzung.

Autorin und Autor spannen den Bogen weiter und greifen eines der, gemessen an seiner Relevanz für viele Menschen, geradezu verdrängten gesellschaftlichen Widersprüche auf : Die weltweit meisten vorzeitigen Todesfälle werden nicht durch Infektionskrankheiten, sondern durch Hunger, Mangelernährung und ungesunde Ernährungsweisen verursacht. Auch die sogenannten Zivilisationskrankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck, etc. hätten damit zu tun. An Bemühungen, die negativen Trends umzukehren, mangele es nicht und auch die Bevölkerung ziehe inzwischen mehr und mehr mit. Das Resümee des Beitrags: "Die Diagnose ist längst gestellt, auch fundierte Therapievorschläge existieren, was es nun braucht, ist entschiedenes Handeln, sowohl therapeutisch als auch präventiv." (S. 12)

"Für unsere Billigschnitzel brennt der Regenwald" (S. 19), spitzt Benny Haerlin den Zusammenhang zwischen Regenwaldrodungen für den Anbau von Soja, das dann in einem erheblichen Umfang in den Trögen von Schweinemastbetrieben in der Europäischen Union landet, zu. Diese wiederum kann das Schweinefleisch deshalb so billig anbieten, weil die Regenwaldverluste nicht eingepreist werden müssen. "How dare you?" titelt der Leiter des Berliner Büros der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in Anlehnung an Greta Thunbergs 2019 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York gehaltenen Rede, seinen Artikel. Diesen versteht er als "Ermutigung" zu "Landwirtschaft und Ernährung in Zeiten der Klimakrise". Haerlins Appell richtet sich an die Politik, die es bisher versäumt hat, eine agrarökologische Transformation einzuleiten. Namentlich kritisiert werden der deutsche und europäische Bauernpräsident Joachim Rukwied und Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner.

Angesichts des großen Problems, die Landwirtschaft auf ökologisch nachhaltig und sozial ge-

*Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner beim 5. Zukunftsdialog Agrar & Ernährung, Berlin 2018*
*Foto: © 2018 by Schattenblick*

recht zu transformieren, erteilt Haerlin der industriellen Agrarwirtschaft keine Totalabsage, sondern plädiert dafür, "den Karren in der verbleibenden Zeit (...) mit vereinten Kräften aus dem Dreck" zu ziehen, auch wenn es für einige schwer zu ertragen sei, dass ausgerechnet jene Kräfte "agrarökologische und partizipatorische Rhetorik" besetzen, "deren Raubbaustrategien und Uneinsichtigkeit uns das heutige Ausmaß der Krisen eingebrockt haben" (S. 22).

Die Gemeinsamkeit der beiden von Haerlin genannten Führungsfiguren der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland besteht nicht nur in ihrer Mitgliedschaft in derselben politischen Partei. Beide wurden mit Negativauszeichnungen bedacht. 2017 ging der "Dinosaurier des Jahres" des Naturschutzbund Deutschland (Nabu) an Rukwied, u.a. für seine Verharmlosung der Umweltschäden durch die Landwirtschaft und des Artensterbens sowie die Verteidigung der EU-Subventionspolitik. Laut "Der Spiegel" vom 11.10.2019 strich der Großgrundbesitzer in jenem Jahr Subventionen in Höhe von rund 100.000 Euro ein. Klöckner wurde 2020 mit dem "schwarzen Pinsel" des Deutschen Berufs und Erwerbs Imker Bund e.V. (DBIB) für ihre bienenfeindliche Landwirtschaftspolitik geehrt. Mit diesem Pinsel könne sie künftig selbst die Blüten per Hand bestäuben, wurde die Auszeichnung kommentiert.

Die historische Phase der Enteignung der Bäuerinnen und Bauern von ihrem Land bzw. allgemein die ursprüngliche Akkumulation als gewaltsame Trennung der Produzierenden von ihren Produktionsmitteln ist zwar im EU-Raum weitgehend abgeschlossen, doch setzt sich die Enteignung in anderen Formen fort, beispielsweise in der Subventionierung des Flächenbesitzstands durch die Europäische Union. Wer viel hat, dem wird gegeben, auch wenn die Person die Flächen nicht bewirtschaftet, sondern nur besitzt, wohingegen die ihrer Subsistenzmittel beraubten Bäuerinnen und Bauern ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und bis heute unter der Knechtschaft der administrativ organisierten marktbeherrschenden Interessen stehen. Allgemeines Höfesterben und Zentralisierung der Agrarproduktion gehen Hand in Hand.

Über eine Reform der Landwirtschaftspolitik der EU wird zur Zeit in sogenannten Trilogesprächen diskutiert. Dabei handelt es sich um interinstitutionelle Verhandlungen zwischen dem EU-Rat und dem EU-Parlament, moderiert von der EU-Kommission. Spätestens Ende Juni wird mit einem Ergebnis gerechnet. Als Vorsitzende des EU-Agrarministerrats 2019 hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner durchgesetzt, dass im Entwurf der EU-Landwirtschaftsstrategie lediglich 20 Prozent der Direktzahlungen an Umweltauflagen gebunden werden sollten. Das EU-Parlament und zivilgesellschaftliche Organisationen hatten 30 Prozent gefordert, und selbst dieser Anteil gilt für sie lediglich aus Ausgangswert für ein weitergehendes Umsteuern.

Der "kritische Agrarbericht 2021" befasst sich in mehreren Beiträgen mit der EU-Agrarreform. So fragt der Agrarsoziologe Hannes Lorenzen, woran sie bislang gescheitert ist, und nennt zwei Gründe: Die einflussreichen Seilschaften des agroindustriellen Komplexes mit ihren Verbündeten in den Chemie-, Maschinen-, Verarbeitungsbranchen, den Le-

bensmittelketten, Landwirtschaftsministerien und Parlamenten auf der einen Seite und die "strategische Schwäche der sozialen und ökologischen Gegenbewegungen" auf der anderen. Obschon viele Menschen der Zivilgesellschaft eine Agrarwende fordern, könnten sich entgegen den Fakten noch immer die etablierten Bauernverbände und eben nicht die kleinbäuerlichen Allianzen als Vertretung der Bauern präsentieren. Die von der EU-Kommissionsvorsitzenden Ursula von der Leyen angestoßene "Langzeit-Vision der EU Kommission für das ländliche Europa" setze erst nach 2027 an und komme viel zu spät. Sieben Jahre agrarpolitischen Stillstand könne man sich nicht leisten.

Ergänzend zu Lorenzen sei hier angemerkt, dass die nächsten zehn Jahre ebenfalls darüber entscheiden, ob die Menschheit die globale Erwärmung auf einem Niveau zum Stillstand bringen kann, bei dem nicht Millionen Menschen aufgrund der Klimawandelfolgen ihre Heimat verlieren. Darauf hat unter anderem die Agrarreform der Europäischen Union Einfluss, ist doch die Landwirtschaft für 29 Prozent der Treibhausgase der EU verantwortlich.

Friedhelm Stodieck schildert die im Mai 2020 von der EU-Kommission vorgestellte Farm-to-Fork- und die Biodiversitätsstrategie. Unter anderem sollen der Ökolandbau bis 2030 auf 25 Prozent ausgedehnt und bis dahin auch der Pestizid- und Antibiotikaeinsatz sowie die Nährstoffverluste um 50 Prozent verringert werden, berichtet er. Den Rahmen dieser Strategien bilde der Green Deal, der zum Ziel habe, die EU bis Mitte des Jahrhunderts "klimaneutral" zu machen. Stodieck verhilft in seinem Artikel zu einer sehr konzentrierten Übersicht und lässt dabei nicht unerwähnt, wie die beiden Strategien national umgesetzt werden bzw. umgesetzt werden könnten.

Allerdings bedienen sich Regierungen und EU-Institutionen einer Sprachregulation, die mit Vorsicht zu genießen ist. Man sollte nicht darauf verzichten, von dem ausgewiesenen EU-Ziel als "netto klimaneutral" zu sprechen, kommt es doch auf Detailfragen an. Welche Maßnahmen die EU in Zukunft als CO2-mindernd berechnet, um auf "netto klimaneutral" zu kommen, kann im Einzelfall ein in der Sache bedeutendes Streitfeld sein, auf dem zumindest gegenwärtig einmal mehr einflussreiche gesellschaftliche Lobbygruppen die Regeln bestimmen. Beispielsweise dürfen Autokonzerne, deren gesamte Fahrzeugflotte einen bestimmten CO2-Grenzwert nicht überschreiten darf, mit der Produktion von Elektroautos, die von der EU als emissionsfrei bewertet werden, ihre PS-starken, spritfressenden Fahrzeuge von realen Emissionsminderungen entlasten. Der Bau von Elektroautos erfordert jedoch einen höheren Ressourceneinsatz als der von Verbrennern, und der Strom, den Elektroautos auf viele Jahre hinaus in der Europäischen Union zapfen werden, stammt nur zu einem Teil aus regenerativen Quellen.

Mit dem Beitrag "Über Mängel bei der Pestizidzulassung und die Notwendigkeit der Neuregulierung des Zulassungsverfahrens" in der Europäischen Union berührt der Bundestagsabgeordnete Harald Ebner ein weiteres hoch umstrittenes Thema. Er kritisiert den Mangel eines "systematischen, flächendeckenden Belastungsmonitorings für Mensch und Umwelt" (S. 53) und konstatiert, dass Wechselwirkungen bei gleichzeitiger Aufnahme mehrerer Pestizidwirkstoffe gar nicht untersucht werden. Es gebe aber laut einer neuen Studie Hinweise darauf, dass "Cocktaileffekte" einen Stressfaktor für menschliche Zellen auslösen können, obschon die aufgenommenen Wirkstoffmengen jeweils unterhalb der als unbedenklich geltenden Tageshöchstdosis bleiben. (S. 54/55)

Auf die Gefahr solcher Cocktail- bzw. synergistischen Effekte durch das Zusammenspiel mehrere Pestizidwirkstoffe sowie die scheunentorgroßen Lücken bei den EU-Zulassungsverfahren für Pestizide hatte der Schattenblick bereits vor über zehn Jahren in dem Beitrag "Sikkation - ein Grund zu fragen" (tinyurl.com/yhrtetwo) sowie in einer Zusammenfassung des Artikels im "kritischen Agrarbericht 2012" (tinyurl.com/m2jcp8jb) zur Reifesteuerung durch Glyphosat aufmerksam gemacht. Glyphosat war damals noch nicht in aller Munde, zumindest nicht bildlich gesprochen ... Ähnlich wie im SB-Bericht stellt Ebner Fragen, die nach wie vor unbeantwortet geblieben sind (S. 55):

- Wie verändern Zusätze (Beistoffe) in fertigen Pestizidmischungen die Toxizität des Wirkstoffes?
- Welche Langzeitfolgen können die Gifte selbst bei niedrigen Dosen haben?

*Agrarpolitik ist auch Klimapolitik (Demo "Wir haben es satt", Berlin, 19.1.2019)*
*Foto: © 2019 by Schattenblick*

- Wie wirken die Substanzen auf Solitärbienen, Reptilien oder indirekt auf Nahrungsnetze?

Ebner resümiert, der zuverlässigste Weg, das Risiko von Pestizidschäden umfassend zu verringern, sei die Reduzierung ihres Einsatzes und der systematische Umstieg auf Pflanzenschutzmethoden ohne Gift. (S. 59)

Zu den vielen weiteren, in der Regel kritisch beleuchteten Themen des "kritischen Agrarberichts 2021", auf die hier, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Relevanz, nicht im einzelnen eingegangen werden kann, gehören das EU-Mercosur-Abkommen, Landwirtschaft 4.0, Nutztierhaltung, ökologische Landwirtschaft, (Welt-)Handelspolitik, Regionalentwicklung, Bauernrevolte und Populismus, Grundwassermangel und Forstwirtschaft. Selbstverständlich werden auch die aktuelle Coronaviruspandemie und ihre Auswirkungen auf die Produktion von Nahrung bzw. umgekehrt als Hungerursache nicht ausgespart.

Hinter dem "kritischen Agrarbericht" als wiederkehrendes, allgemeingesellschaftliche wie auch fachspezifische Diskurse nicht nur reflektierendes, sondern mitunter auch initiierendes Buch steht mit dem AgrarBündnis e.V. ein Zusammenschluss von Organisationen aus dem Spannungsfeld von Landwirtschaft, Umwelt und Gerechtigkeitsfragen. Um nun dem naheliegenden Wunsch des Lesepublikums nach einer raschen Einordnung des Standpunkts des "kritischen Agrarberichts" im Spektrum der zivilgesellschaftlichen, gegen etablierte Strukturen gerichteten, mehr oder weniger widerständigen Interessen nachzukommen, also die Frage, was von ihm erwartet werden kann und was nicht, sei hier festgestellt, dass er sich für die Förderung des Tierwohls und gegen die industrielle Massentierhaltung einsetzt, jedoch nicht für ein grundsätzliches Ende der Tierausbeutung. Des weiteren stehen die Autorinnen und Autoren für den Versuch seitens Lobbygruppen, Einfluss auf die EU-Institutionen zu nehmen, damit diese den ökologischen Landbau schneller voranbringen, jedoch nicht für die Abschaffung der Europäischen Union als ein Projekt, das gegründet worden war, um die ursprüngliche Akkumulation zu qualifizieren und dabei die Weltmarktkonkurrenz niederzuringen - nicht zuletzt um auf diese Weise den eigenen wachstumsgeprägten, ressourcenintensiven Lebensstil gegenüber den wirtschaftlich aufstrebenden Ländern des Globalen Südens zu sichern. Der "kritische Agrarbericht" strebt eine agrarökologisch nachhaltige, solidarische Landwirtschaft an, übt jedoch keine Fundamentalkritik an der Vorherrschaft des profitgetriebenen, die Menschen der Lohnarbeit unterwerfenden Verwertungssystems. Kurzum, das Buch will eine gerechtere, lebenswertere Welt.

Der "kritische Agrarbericht" übertreibt nicht, wenn er in seiner Selbstdarstellung behauptet, dass er "wie kein anderes Buch (...) die aktuelle Debatte um die Landwirtschaft in Deutschland vor dem Hintergrund der europäischen und weltweiten Agrarpolitik" dokumentiert (tinyurl.com/4nb5v3fm). Im deutschsprachigen Raum ist ein solches Periodikum vergleichslos und kann auch noch nach Jahren als Nachschlagewerk von Nutzen sein. Mit 25,00 Euro erweist es sich als ausgesprochen erschwinglich, außerdem sind die Einzelbeiträge, ganz im Sinne praktizierter Solidarität, kostenlos online abrufbar.

*http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar739.html*

**BUCH / SACHBUCH / REZENSION**

*Thomas Leahy*

**The Intelligence War against the IRA**

*Thomas Leahy*

***The Intelligence War against the IRA***

*Cambridge University Press, 2020*
*350 Seiten*
*ISBN: 978-1-1108720403*

*(SB)* - Das gezielte Durchsickern des provokanten Plans der Regierung in London, eine Generalamnestie für britische Soldaten, die schwere Kriegsverbrechen wie Mord, Totschlag und Folter während der nordirischen Troubles von 1969 bis 1998 verübt hatten, gesetzlich zu erlassen, hat Anfang Mai sowohl in Nordirland als auch in der Republik im Süden Empörung ausgelöst - und zwar über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg. Die Mitte-Rechts-Koalitionsregierung in Dublin warf London vor, mehrere vertragliche Abmachungen zur geschichtlichen Aufarbeitung jenes Bürgerkriegs, der 3500 Menschen das Leben kostete, mutwillig und einseitig über den Haufen werfen zu wollen. Selbst protestantisch-unionistische Opfer von Anschlägen der katholisch-nationalistischen Irisch-Republikanischen Armee (IRA) kritisierten das Vorhaben zu Recht als Geschichtszensur, mit der die in London regierenden Tories die unappetitlichen Details der heimlichen Zusammenarbeit - Stichwort "collusion" - von Armee und Inlandsgeheimdienst Großbritanniens mit den loyalistischen Paramilitärs im jahrzehntelangen Kampf gegen die IRA und deren Unterstützer auf ewig versiegeln wollen, um dem mächtigen britischen Sicherheitsapparat einen Gefallen zu erweisen und dem eigenen chauvinistischen Wahlvolk vor allem in England zu imponieren.

*Touristische Erinnerung an Belfasts Schreckensjahre*
*Foto: © 2016 by Schattenblick*

Es gibt auch viel zu verheimlichen. Zahlreich sind die Hinweise, wonach das britische Militär die Fäden bei den synchronisierten Autobombenanschlägen von Dublin und Monaghan zog, die im Mai 1974 33 Menschen das Leben kostete. Ziel des größten Blutbads der sogenannten Troubles war es, Regierung und Bevölkerung in der Republik Irland einzuschüchtern, ihr Interesse an dem Geschehen nördlich der inneririschen Grenze zu dämpfen und gleichzeitig die Bemühungen der sozialdemokratischen Regierung in London um Premierminister Harold Wilson um eine Beilegung des Konflikts in Nordirland mittels des Sunningdale-Abkommens zu torpedieren - was auch gelang. Bereits im August 1971 und Januar 1972 hatten britische Fallschirmjäger durch zwei schwere Massaker - ersteres im West-Belfaster Stadtteil Ballymurphy und letzteres beim Bloody Sunday in Derry - die katholische Jugend in die Arme der IRA getrieben. Ziel der bis heute umstrittenen Aktionen war es für die britische Generalität, den politi-

*Stormont - Sitz von Parlament und Regierung Nordirlands*
*Foto: © 2013 by Schattenblick*

schen Streit der Konfessionen um die Zugehörigkeit Nordirlands entweder zum Vereinigten Königreich oder zu einem Wiedervereinigten Irland auf die militärische Ebene zu verlagern, um ihn dort mittels überlegener Kriegserfahrung und weit umfangreicherer Mittel zu gewinnen.

Hauptinitiator der perfiden Strategie war die berühmt-berüchtigte Aufstandsbekämpfungskoryphae Frank Kitson, der sich als junger Offizier bereits in den fünfziger Jahren seine Meriten bei der Niederschlagung von Aufständen aufmüpfiger Kolonialvölker in Kenia und Malaya verdient hatte und später, nach dem Einsatz in Nordirland, Oberbefehlshaber der britischen Landstreitkräfte sowie schließlich Aide-de-Camp von Königin Elizabeth wurde, die ihn dafür in den Ritterstand hob. Mit Büchern wie "Gangs and Countergangs" und "Low-Intensity Operations: Subversion, Insurgency and Peacekeeping" ist Kitson in die Geschichte als früher Verfechter jener brutalen Anti-Terrorstrategien eingegangen, welche die USA zuerst in Indochina, später in Zentralamerika, im Irak und in Afghanistan mit äußerst mäßigem Erfolg verfolgt haben.

Da stellt sich die Frage, wie erfolgreich die königlichen Streitkräfte Großbritanniens in Nordirland bei der Bekämpfung der IRA überhaupt gewesen sind. Seit der Beendigung der militärischen Auseinandersetzung vor mehr als zwanzig Jahren tobt gerade zu diesem Thema ein erbitterter Streit unter Politikanalytikern, Historikern und Militärexperten. Bei der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens 1998 und in den ersten Jahren danach herrschte allgemein die Ansicht vor, die beiden Kriegsparteien - die IRA auf der einen Seite und auf der anderen die britische Armee, die loyalistischen Paramilitärs und die nordirische Polizei, die damals noch Royal Ulster Constabulary (RUC) hieß - seien nicht über ein Patt hinausgekommen; die Troubles seien zum Schluß aus der allgemeinen Einsicht, die Gegenseite niemals niederringen zu können, schlicht verebbt.

In den letzten Jahren hat jedoch die These, die IRA habe den Krieg um Nordirland verloren und als erster Konfliktteilnehmer die weiße Fahne gehißt, Verbreitung gefunden. Diese Entwicklung hängt mit dem Streben der Konfliktbeteiligten zusammen, nach der Räumung des Schlachtfelds den Krieg à la Clausewitz mit politischen, genauer gesagt propagandistischen Mitteln fortsetzen zu wollen - schließlich steht die Frage der eventuellen Wiedervereinigung Irlands immer noch im Raum, erst recht nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union im Jahr 2020. Radikale Vertreter des protestantisch-unionistischen Lagers verweisen auf die zahlreichen tödliche Überfälle der Loyalist Volunteer Force (LVF) unter der Führung von Billy "King Rat" Wright auf Katholiken in den neunziger Jahren als vermeintlichen Beleg für die Richtigkeit ihrer Behauptung, die IRA sei aus Rücksicht auf die eigene Gemeinde vor dem wiedererstarkten Loyalismus eingeknickt.

Dazu kommt, daß die Anfang der Nullerjahre erfolgte Enttarnung zweier ranghoher Maulwürfe an hoher Stelle innerhalb der republikanischen Bewegung viele IRA-kritische Kommentatoren zur Übernahme der steilen These verführt hat, die erklärten Gegner der Krone in Nordirland seien derart von den britischen Geheimdiensten unterwandert, daß London sie in eine politische

*Belfasts Crumlin Road Prison, das einst viele Loyalisten und Irisch-Republikaner beherbergte*
*Foto: © 2013 by Schattenblick*

Sackgasse führen konnte, in der zwar die Katholiken die Teilnahme an der Regierungsmacht in Nordirland erhielten, sich dafür aber mit der politischen Teilung der Insel auf immer und ewig abfinden mußten. 2005 war Dennis Donaldson, ein enger Mitarbeiter von Gerry Adams, dem Parteivorsitzenden von Sinn Féin, des politischen Arms der IRA, als Spitzel des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 geoutet worden. Nach der daraufhin erfolgten Entlassung wurde Donaldson ein Jahr später in einem entlegenen Bauernhaus im County Donegal in der Republik Irland tot aufgefunden. Bis heute sind die Umstände seines Ablebens ungeklärt.

Bereits 2003 hatten nordirische Journalisten den Belfaster Taxifahrer Freddie Scappaticci als langjährigen Doppelagenten der Force Research Unit (FRU) des britischen Militärgeheimdiensts innerhalb der IRA mit Codenamen "Stakeknife" identifiziert. Seit Jahren ist Scappaticci untergetaucht. Angeblich lebt er in Großbritannien im Zeugenschutzprogramm. Scappaticci soll rund 25 Jahre lang Leiter der Abteilung Spionageabwehr innerhalb der IRA, der sogenannten "Nutting Squad", gewesen sein. In dieser Funktion soll er - mit Wissen seiner FRU-Führungsoffiziere - an der Enttarnung und Liquidierung von bis zu 40 IRA-Freiwilligen persönlich beteiligt gewesen sein. Im Nachhinein wird die IRA-Karriere Scappaticcis von zahlreichen pro-britischen Publizisten quasi zum "antiterroristischen" Heldenepos verklärt. Demnach habe "Scapp" durch die Ausschaltung zahlreicher Vertreter einer harten militärischen Linie innerhalb der IRA die Falken entscheidend geschwächt und die Tauben in der Untergrundorganisation, die Verfechter eines Verzichts auf den bewaffneten Kampf zugunsten der ausschließlichen Teilnahme am politischen Prozeß unter dem Banner von Sinn Féin, gestärkt.

Die Frage, inwieweit eine solche Auslegung des nordirischen Friedensprozesses als gelungener Schachzug britischer Geheimdiplomatie in all ihren Facetten stimmig ist, hat Thomas Leahy, Historiker an der University of Cardiff, zu einer mehrjährigen, umfassenden Recherche veranlaßt, deren beeindruckendes Ergebnis nun im Form des Buchs "The Intelligence War against the IRA" vorliegt. Im Rahmen seiner Recherche hat Leahy eine ganze Bibliothek an Schriften sowie an Radio- und Fernsehdokumentationsmaterial ausgewertet. Dazu gehören zum Beispiel die gesamten Regierungsdokumente Dublins und Londons über den fraglichen Zeitraum, die damalige Berichterstattung der bekanntesten journalistischen Troubles-Beobachter wie Ed Moloney, Peter Taylor, David McKittrick, Robert Fisk und Martin Dillon, die Memoiren zahlreicher ehemaliger IRA-Kämpfer wie Tommy McKearney, Anthony McIntyre und Shane O'Doherty, von früheren Diplomaten wie Tony Blairs einstigem Berater Jonathan Powell, sowie von Ex-Geheimdienstlern wie dem MI6-Mann Michael Oatley, der für London die Back-Channel-Gespräche mit der IRA-Führung, die letztlich zum Karfreitagsabkommen führten, leitete, und nicht zuletzt die wissenschaftlichen Studien von Historikern wie Paul Pew und Richard Aldrich.

Herausgekommen ist dabei eine wahre Tour d'Horizon, welche alle Aspekte des damaligen Konflikts behandelt. Leahy begnügt sich nicht mit einer chronologischen Betrachtung der wichtigsten Ereignisse, sondern analysiert auch den Einfluß der örtli-

*Der 20stöckige Divis Tower, von dessen Dach aus die britische Armee einst ganz West Belfast überwachte*
*Foto: © 2013 by Schattenblick*

chen Gegebenheiten, die zu einem unterschiedlichen Vorgehen der IRA-Einheiten in den verschiedenen Teilen Nordirlands wie Belfast, Derry, South Armagh, Tyrone, Fermanagh, County Derry, Armagh, Down und Newry führte. Leahy stellt fest, daß die Konteraktivitäten Scappaticcis sehr wohl die IRA im Raum Belfast geschwächt haben, diese jedoch relativ früh entschieden hat, aus Rücksicht auf die Zivilbevölkerung im dichtbesiedeltsten urbanen Zentrum Nordirlands weitgehend auf Autobombenanschläge zu verzichten. Hinzu kam die relative Einfachheit, mit der der Sicherheitsapparat Großbritanniens die IRA in Belfast überwachen konnte wie zum Beispiel mittels Sicherheitskameras, ständiger Armeepatrouillen und eines Überwachungssystems für Autokennzeichen. Gerade die Zellenstruktur, welche die IRA in Belfast in den siebziger Jahren aus Geheimhaltungsgründen einführte, hat sie dort vor Zerschlagung und Vernichtung bewahrt.

Die auffallend niedrige Aktivität der IRA in Derry führt Leahy auf den Umstand zurück, daß dort die katholischen Nationalisten ohnehin die Bevölkerungsmehrheit stellten, was wiederum die republikanischen Aktivisten in der zweitgrößten Stadt Nordirlands zur Einsicht in die Vorzüge politischer Überzeugungsarbeit und die Kontraproduktivität militärischer Aktionen führte - eine Tendenz, die sich nach dem Sieg des IRA-Hungerstreikers Bobby Sands bei einer Nachwahl zum britischen Unterhaus im Wahlkreis Fermanagh/South Tyrone im April 1981, weniger als ein Monat vor seinem Tod, in der ganzen Region durchsetzen sollte. In den ländlichen Counties Derry, Fermanagh und Tyrone mußten sich die IRA-Kämpfer den Vorwurf gefallen lassen, ethnische Vertreibung gegenüber den protestantischen Nachbarn zu verfolgen, was wiederum dem Umstand geschuldet ist, daß in diesen Landstrichen einzig die Protestanten bereit waren, den staatlichen Dienst bei der nordirischen Polizei oder dem Ulster Defence Regiment (UDR) der britischen Armee anzutreten.

Von allen IRA-Brigaden war es diejenige im ländlichen, mehrheitlich katholisch bewohnten South Armagh, die dem britischen Staat am erfolgreichsten getrotzt hat. Die dortige IRA-Einheit war eine eingeschworene Truppe, die weit abseits von Scappaticcis Zugriff agierte. Bei dem Anschlag von Warrenpoint im County Down im Jahre 1979, einem koordinierten Bombenangriff plus Überfall aus dem Hinterhalt, hat sie 18 Soldaten getötet - die höchsten Verluste der britischen Armee an einem Tag der

Troubles. Es waren auch Mitglieder der South-Armagh-Brigade der IRA, die 1991 den spektakulären Mörserangriff auf No. 10 Downing Street während einer Kabinettsitzung unter der Leitung von Premierminister John Major durchführte und für die verheerenden Lastwagenbombenanschläge auf das Londoner Bankenviertel 1992 und 1993 - Baltic Exchange und Bishopsgate - verantwortlich war, die jeweils Sachschäden in Höhe von fast einer Milliarde Pfund verursachten und ernsthafte Zweifel an der Zukunft der britischen Hauptstadt als Finanzmetropole aufkommen ließen. Nur ein Jahr später erfolgte der entscheidende IRA-Waffenstillstand, der den Weg für die Aufnahme regulärer Friedensverhandlungen zwischen Dublin, London und den politischen Parteien Nordirlands freimachte.

Das britische Militär, das seinen wichtigsten Stützpunkt in South Armagh nahe der Kleinstadt Crossmaglen wegen ständiger Bombengefahr über Jahre nicht auf der Straße erreichen und nur per Hubschrauber versorgen konnte, versuchte, die Gegner im nordirischen "bandit country" durch den Einsatz von Elitesoldaten des Special Air Service (SAS) entscheidend zu schwächen. Durch deren infame "shoot-to-kill"-Taktik - "erst schießen, dann fragen" - kamen zwar einige IRA-Mitglieder, aber weit mehr unschuldige Menschen ums Leben, was lediglich dazu beitrug, die Sympathie der Katholiken in Nordirland für die Staatsfeinde zu festigen. Wie Thomas Leahy eindrucksvoll beweist, hat die IRA den bewaffneten Kampf keineswegs aus einer Position der Schwäche eingestellt. Die Entscheidung zu diesen Schritt resultierte vielmehr aus der Erkenntnis seitens der Führung von IRA und Sinn Féin, daß eher mit plausiblen Argumenten und weniger mit Bomben und Kugeln eine Million Protestanten für ein wiedervereinigtes Irland gewonnen werden könnten.

*Belfaster Wandmalerei gegen religiösen Haß und für Versöhnung*
*Foto: © 2015 by Schattenblick*

In seinem Buch behandelt Leahy nicht nur die militärischen, sondern auch die politischen Aspekte der Troubles ausführlich. Er zeigt, wie erstaunlich nahe Mitte der siebziger Jahre die Regierung Harold Wilsons war, durch gleichzeitige Geheimverhandlungen sowohl mit dem Army Council der IRA als auch mit den Vertretern der loyalistischen Ulster Volunteer Force (UVF) den Konflikt beizulegen. Leider haben reaktionäre Kräfte seitens der Unionisten in Belfast, der Tories in London sowie der britischen Generalität dem linken Vorsitzenden der britischen Labour Party einen solchen Erfolg nicht gegönnt. Aus innenpolitischen Erwägungen, die viel mehr mit der Macht in London zu tun hatten, mußten die Menschen in Nordirland weitere zwanzig Jahre lang Angst und Schrecken erleben. In der heutigen Regierung Boris Johnsons ist das zweitwichtigste Mitglied, Michael Gove, ein erklärter Kritiker des vom Sozialdemokraten Tony Blair und dem damaligen irischen Premierminister Bertie Ahern ausgehandelten Karfreitagsabkommen, das er quasi als Dolchstoß in den Rücken des britischen Soldatentums betrachtet. Man kann nur hoffen, daß der laufende Streit zwischen Großbritannien und der EU über die Post-Brexit-Handelsmodalitäten gerade um Nordirland nicht derart eskaliert, daß London die Region erneut für seine eigenen Zwecke destabilisiert.

*http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar738.html*

**MEDIEN / MEINUNGEN / STANDPUNKT**

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

# Die erste Blume fällt aufs Grab des freien Internets

*von Adrian Beck, Humanistischer Pressedienst, 13. April 2021*

*(Pressenza)* - Es ist so weit, die privaten Netzsperren sind da. Seit kurzem ist die "Clearingstelle Urheberrecht im Internet" [1] (CUII) arbeitsfähig und hat auch bereits die ersten Websites gesperrt - ohne Prozess, ohne richterliche Anordnung. Die Provider haben sich damit zum Stiefelknecht der Unterhaltungsindustrie degradiert. Die unheilige Allianz bedroht nicht nur das freie Internet, sondern unser aller Grundrechte. Ein Kommentar.

Es war abzusehen, dass 2021 ein Schlüsseljahr für die Netzfreiheit werden würde. Die Europäische Union sägt an der Verschlüsselung von Messengern [2], die Bundesregierung heißt Uploadfilter gut [3] und in der Novelle des Telekommunikationsgesetzes [4] steht plötzlich wieder diese unsägliche Vorratsdatenspeicherung drin, die von deutschen Gerichten bereits mehrfach gekippt [5] worden ist. Außerdem haben Bundestag und Bundesrat letzte Woche weitreichende Überwachungsbefugnisse für den Bundesnachrichtendienst abgenickt [6].

Zu all diesen Ärgernissen gesellt sich nun auch die CUII. Was sich dieser Zusammenschluss von Providern und Rechteinhaber:innen auf die Fahne geschrieben hat, liest sich erst mal wenig bedenklich. Die CUII sei eine "unabhängige Stelle", die nach "objektiven Kriterien" prüfen würde, ob die "Sperrung des Zugangs einer strukturell urheberrechtsverletzenden Webseite rechtmäßig ist", so die Selbstdarstellung [7].

## Ein Prozess so transparent wie Milchglas

Ein Sperrverfahren läuft folgendermaßen ab: Ein dreiköpfiger Prüfausschuss unter Vorsitz einer pensionierten Richter:in des Bundesgerichtshofs [8] spricht auf Antrag der Rechteinhaber:innen eine Sperrempfehlung aus, welche wiederum von der Bundesnetzagentur geprüft wird. Wer in diesem Prüfausschuss sitzt, ist geheim. Sieht die Netzagentur die europäische Netzneutralitätsverordnung [9] nicht verletzt, wird der Zugang geblockt.

Die Sperre findet dann auf der Ebene des DNS-Servers ("Domain Name System") statt. DNS-Server haben die Aufgabe, einen Domainnamen - zum Beispiel "hpd.de" - in die entsprechende IP-Adresse zu übersetzen. Die meisten Menschen benutzen standardmäßig den DNS-Server ihres jeweiligen Providers. Erkennt dieser DNS-Server den Versuch, eine Website anzusteuern, die auf der "schwarzen Liste" [10] steht, leitet er die Anfrage direkt auf eine Sperrmeldung von CUII [11] um.

## Sperrmeldung der CUII

An dieser Stelle sei erwähnt, dass niemand den DNS des eigenen Providers nutzen muss. Die Umstellung [12] ist relativ einfach. Es gibt zahlreiche zensurfreie DNS-Server, beispielsweise vom Verein Digitalcourage [13] oder von Cloudflare [14].

## Die CUII ist befangen, die Bundesnetzagentur zahnlos

Kommen wir nun zu den ozonlochgroßen Problemen, die das Verfahren der CUII mit sich bringt:

Erstens: Die CUII ist, entgegen eigener Bekundungen, keine unabhängige Stelle. In ihrer Konstruktion als Konglomerat privatwirtschaftlicher Akteure kann sie das per definitionem nicht sein. Rechteverwertungsgesellschaften wollen grundsätzlich präventiv sperren, denn: Ein nicht gesperrter, aber urheberrechtsverletzender Inhalt bedeutet Verluste, eine unrechtmäßige Sperrung hingegen nicht. Es liegt somit im begründeten Interesse der Mitglieder der CUII, möglichst viel zu blocken.

Erschwerend kommt hinzu, dass die CUII die Grundrechte der Nutzer:innen an keinem Punkt des Verfahrens in Betracht ziehen

muss, so wie es Gerichte zu tun hätten, wenn sie über die Verhängung einer Netzsperre entscheiden. Die CUII hingegen ist lediglich ihren Mitgliedern verpflichtet und damit das genaue Gegenteil einer "unabhängigen Stelle", nämlich ein Lobbyverband.

Zweitens: Die Bundesnetzagentur ist für die ihr übertragene Prüfungsaufgabe nicht qualifiziert - mehr noch, es bahnt sich ein Interessenkonflikt an. Zentrale Aufgabe der Bundesnetzagentur ist die Regulierung der Telekommunikationsnetze und damit auch die Durchsetzung der Netzneutralität [15]. Wie die ehemalige Europaparlamentsabgeordnete Julia Reda allerdings in einem Kommentar für netzpolitik.org [[16] anmerkt, hat die Bundesnetzagentur sich auf europäischer Ebene bereits dafür stark gemacht, DNS-Sperren generell nicht als Verletzung der Netzneutralität einzustufen. Da jeder Antrag ein Antrag auf DNS-Sperre ist, braucht es keinen Nostradamus, um vorhersehen zu können, dass die Bundesnetzagentur sich auf die Empfehlungen der CUII mehr oder weniger blind verlassen und nur im Beschwerdefall tätig werden wird.

**Lex meorum est -**
**"Das Recht ist unser"**

Drittens: All das passiert ohne jedes Zutun eines Gerichts. Und das ist der Faktor, der diese Clearingstelle zu einem watergategroßen Skandal macht.

Man sollte meinen, in einem Rechtsstaat entscheidet immer noch die Justiz über die Legalität einer Website. Bisher tat sie das schließlich auch. 2014 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass DNS-Sperren im Einzelfall zulässig sind [17]. Im Jahr 2018 sperrte der Provider Vodafone dann in Deutschland den Zugang zum Streamingportal "kino.to", nachdem der Bundesgerichtshof dies für zulässig erklärte [18].

Nun kann man Netzsperren ganz grundsätzlich für Blödsinn halten und der Meinung sein, dass es viel sinnvoller ist, wirklich problematische Inhalte einfach zu löschen. Aber ein Gerichtsurteil ist ein Gerichtsurteil und das hat man zu akzeptieren - dieser Satz ist das Fundament aller im Moment existierenden demokratischen Verfassungen.

Doch beim jetzt implementierten Verfahren ist weit und breit kein Gericht in Sicht. Die Bundesnetzagentur steht allein auf verlorenem Posten und macht, gleich den Providern, einen Bückling. Wer soll uns, die Nutzer:innen, in diesem babylonischen Konstrukt noch vor einer Entfesselung der Netzsperren und den unweigerlichen, auch wirtschaftlichen, Kollateralschäden schützen?

In gewissem Sinne fungierte die Judikative auch als Schutz für die Provider, nämlich vor besonders übergriffigen Rechteverwertungsgesellschaften. Die Provider markieren den Punkt, an denen sich die Interessen von Rechteverwertungsindustrie - Prämisse: alles blocken - und Nutzer:innen - Prämisse: superfreies Internet - begegnen. An diesem Punkt brauchen sie den Schutz und die Richtungsweisung der Gerichte, um eben jene Interessen im Rahmen unternehmerischer Freiheit gegeneinander abwägen zu können. Bei einer Gruppe unbeliebte Entscheidungen müssen gegen diese erklagt und können nicht einfach oktroyiert werden.

Provider mediieren. Lehnen sie sich zu weit in Richtung der Nutzer:innen, gehen lukrative Verträge flöten. Lehnen sie sich zu weit in Richtung der Industrie, wandern Nutzer:innen zur Konkurrenz ab. Ärgerlicherweise sind nun aber sämtliche nennenswerten in Deutschland operierenden Provider Mitglied der CUII. Dieser marktwirtschaftliche Mechanismus ist damit obsolet, wir, die Verbraucher:innen, können keinen einzelnen Provider mehr mit einer Kündigung für besonders sperrwütiges Verhalten abwatschen. In diesem Sinne ist die CUII also noch mehr als ein Lobbyverband - sie fungiert als Kartell.

**Beweislastumkehr**

Wir summieren: Jede Organisation, die Mitglied im CUII ist, kann einen Sperrantrag für jeden beliebigen Inhalt stellen. Die Bundesnetzagentur findet DNS-Sperren ganz geil, wird also aller Wahrscheinlichkeit nach jeden dieser Anträge erstmal durchwinken. Für Nutzer:innen existiert weder ein Rechtsweg noch die Möglichkeit, ihren Dissent "über den Geldbeutel" auszudrücken. Für diesen Zustand gibt es einen Begriff: Selbstjustiz.

Sicher, wir Nutzer:innen, ebenso die Inhaber:innen von zu Unrecht gesperrten Websites, können bei der Bundesnetzagentur Beschwerde einreichen und dann wird etwas genauer hingeguckt. Auch ist der DNS-Server schnell geändert, zugegeben - aber sollten wir diese Umwege gehen

müssen? Ganz sicher nicht! Diejenigen, die etwas gesperrt sehen wollen, haben die Beweislast zu tragen, sie haben den Umweg zu gehen. Urteilt ein Gericht auf Sperrung, ist das akzeptabel. Urteilt das ein undurchsichtiges, privates Gremium, ist das ein Angriff auf den Rechtsstaat, nichts anderes.

***Anmerkungen:***

[1] https://cuii.info/ueber-uns/)%20(im%20folgenden%20%22CUII%22%20genannt

[2] https://t3n.de/news/whatsapp-threema-co-eu-plant-1334253/

[3] https://hpd.de/artikel/bundesregierung-stellt-details-urheberrechtsreform-18993

[4] https://netzpolitik.org/2021/tkg-novelle-seehofer-will-personalausweis-pflicht-fuer-e-mail-und-messenger-einfuehren/

[5] https://netzpolitik.org/2019/bundesverwaltungsgericht-die-vorratsdatenspeicherung-bleibt-weiter-ausgesetzt/

[6] https://netzpolitik.org/2021/bnd-gesetz-bundesnachrichtendienst-erhaelt-so-viele-ueberwachungsbefugnisse-wie-noch-nie/

[7] https://cuii.info/ueber-uns/

[8] https://www.musikindustrie.de/-presse/presseinformationen/internetzugangsanbieter-und-rechteinhaber-gruenden-unabhaengige-clearingstelle

[9] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32015R2120

[10] https://github.com/Irish606/cuii-blocked/blob/main/blocked.md

[11] https://notice.cuii.info/

[12] https://www.netzwelt.de/anleitung/174587-windows-10-so-aendert-dns-server-internetverbindung.html

[13] https://digitalcourage.de/support/zensurfreier-dns-server

[14] https://www.cloudflare.com/de-de/learning/dns/what-is-1.1.1.1/

[15] https://de.wikipedia.org/wiki/Netzneutralit%C3%A4t

[16] https://netzpolitik.org/2021/edit-policy-die-cuii-initiative-private-netzsperren-ohne-gerichtsbeschluss/

[17] https://netzpolitik.org/2014/eugh-legt-zensur-grundlagen-netzsperren-bei-urheberrechtsverstoessen-zulaessig/

[18] https://www.t-online.de/digital/internet/id_83225150/vodafone-sperrt-kinox-to-fuer-kabelnetzkunden.html

Originalartikel:
https://hpd.de/artikel/erste-blume-faellt-aufs-grab-des-freien-internets-19158

Der Text steht unter der Lizenz
Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

***Quelle:***
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

*http://www.schattenblick.de/infopool/medien/meinung/mmsp0075.html*

## MUSIK / FAKTEN / MELDUNG

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

# Brasilien
# 26. Mai zum "Tag des Akkordeonspielers" erklärt

***Geehrt wird mit dem Tag der am 26. Mai 1930 im nordöstlichen Brasilien geborene Sivuca, einer der bekanntesten Akkordeonspieler des Landes.***

*São Paulo, 21. April 2021, Brasil de Fato)* Per Gesetz ist in Brasilien der 26. Mai als "Nationaler Tag des Akkordeonspielers" (Dia Nacional do Sanfoneiro) ausgerufen worden. Geehrt wird damit der am 26. Mai 1930 geborene Sivuca [1], einer der bekanntesten Akkordeonspieler Brasiliens. Mit bürgerlichem Namen hieß der Künstler Severino Dias de Oliveira, er starb im Jahr 2006.

**Großes musikalisches Repertoire**

Sivuca war ein Vertreter der Kultur des brasilianischen Nordostens. Geboren wurde er in Ita-

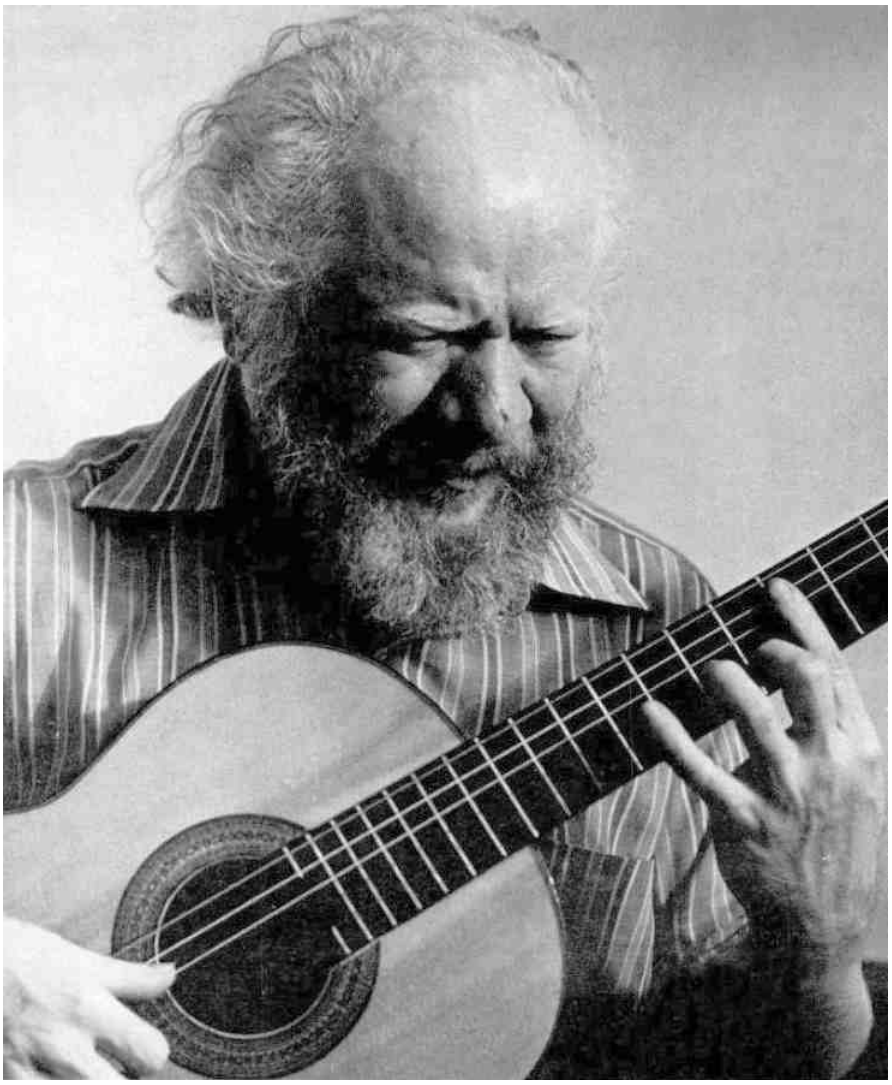
baiana im Bundesstaat Paraíba. Der Komponist, Arrangeur und Multiinstrumentalist wirkte an der Einspielung von mehr als 200 Schallplatten mit. Seine Palette der Musikgenres umfasste unter anderem den Bossa Nova, Forró, Baião, Maracatu und Frevo. Aber auch Jazz, Blues und Klassik gehörten zu Sivucas Repertoire. Außerdem komponierte er Filmmusik.

Mit seiner Ehefrau Glória Gadelha, Sängerin und Musikwissenschaftlerin, komponierte Sivuca *Feira de Mangaio*, einer seiner größten Erfolge und ein Klassiker des Forró. Von 1964 bis 1976 lebte er in New York. In den USA arbeitete er unter anderem mit Miriam Makeba und Harry Belafonte zusammen.

**Erstes Akkordeon mit neun Jahren**

Die Soziologin Flávia Barreto, Tochter von Sivuca, hat mit *Magnífico Sivuca: Maestro da Sanfona* ("Wunderbarer Sivuca: Meister des Akkordeons") ein biographisches Buch über ihren Vater geschrieben. In diesem erzählt sie über Kindheit und musikalische Karriere in Brasilien und im Ausland. In einem Interview mit Rádio Nacional de Brasília sagte Flávia Barreto: "Sivuca ist Musik, er war immer Musik, von Kindheit auf - zuhause und außerhalb des Hauses. Er hat immer gespielt, immer gehört". Als Neunjähriger hatte er von seinem Großvater ein Akkordeon geschenkt bekommen.

Mit dem "Tag des Akkordeonspielers" würdigt Brasilien den Beitrag Sivucas zur Bereicherung und weltweiten Verbreitung der Musik des Nordostens.



*Sivuca, Severino Dias de Oliveira Foto: Viniciusmc via wikimedia commons Sounds of David, Public domain, via Wikimedia Commons*

***Anmerkung:***

[1] https://www.youtube.com/watch?v=HwuHqCnSPaE

*URL des Artikels:*
https://www.npla.de/thema/kultur-medien/26-mai-zum-tag-des-akkordeonspielers-erklaert/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

***Quelle:***
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

*http://www.schattenblick.com/infopool/musik/fakten/mufm0307.html*

# Vor 1600 Jahren wurde Venedig gegründet

## *Offizielle Feiern werden wegen der Corona-Pandemie verschoben*
## *Katastrophale Umweltverschmutzung wird ausgeblendet*

*von Gerhard Feldbauer, 25. März 2021*

*Der Canal Grande in Venedig - Gemälde von Giovanni Antonio Canal ("Canaletto") von 1723/24 Abbildung: Canaletto, Public domain, via Wikimedia Commons*

*(Gerhard Feldbauer)* - Die traditionsreiche Lagunenstadt Venedig beging am 25. März den 1600. Jahrestag ihrer Gründung. Da es mit der Grundsteinlegung für die Kirche San Giacomo auf der Laguneninsel Rialto ursprünglich ein Feiertag der Kurie war, wurde das Ereignis besonders von ihr begangen. Der Patriarch von Venedig, Francesco Moraglia, zelebrierte im Markusdom einen Gottesdienst, der von der Fernsehstation Antenna 3 übertragen wurde. RAI due strahlte einen Dokumentarfilm aus. Unter den Medien erinnerte das Südtiroler Online-Portal "stol it" in einem ausführlichen Beitrag daran, dass mit der Grundsteinlegung für die Kirche San Giacomo die venezianische Staatswerdung und die legendäre Geschichte Venedigs begann. Die offiziellen Festlichkeiten wurden wegen der Corona-Pandemie um ein Jahr verschoben bzw. sollen im Lauf der nächsten zwölf Monate stattfinden. Der legendären Gründung Venedigs vor 1600 Jahren will die Lagunenstadt damit trotz fehlender Touristen und düsterer Stimmung mit einer Reihe von Veranstaltungen, u. a. online, gedenken, die ein ganzes Jahr - also bis zum 25. März 2022 - dauern werden, heißt es in einem Aufruf der Stadtverwaltung. Damit wolle man "ein wichtiges Signal senden: Venedig lebt!".

Werfen wir einen Blick auf die zwölf Jahrhunderte, in denen Venedig als die schönste Stadt der Welt besungen wurde, als La Dominante, Königin der Meere, als Serenissima - die Durchlauchtigste. Zu ihrer Reinhaltung galten die strengsten Gesetze. Wer ohne Erlaubnis der Stadtväter, des "Großen Rates", einen Eichenpfahl in die Lagune trieb, wurde ins Gefängnis geworfen. Wer einen faulen Apfel in ihr Wasser warf, wurde ausgewiesen.

Vieles davon mag Legende sein. Jedoch stand eines fest. Der Schutz der Serenissima war über Jahrhunderte oberstes Gebot ihrer Einwohner. Das änderte sich, als die Herrschaft des Kapitals über Venedig begann. Schon während des Ersten Weltkrieges begann die Industrialisierung, entstanden in dem nur fünf Kilometer von Venedig entfernten Mestre auf dem Festland riesige Ölraffinerien, Chemieanlagen, Kraftwerke und Aluminiumfabriken, Hochöfen und Kokereien. Bei einer Rundfahrt auf dem Canal Grande ist heute beim genaueren Hinsehen zu erkennen, wie die Luftverschmutzung die jahrhundertealten Bauwerke zersetzt. Die Museen werden betroffen, die Bilder beschädigt.

*Blick von der Rialtobrücke auf den Canal Grande im Jahr 2016*
*Foto: Didier Descouens, CC BY-SA 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0], via Wikimedia Commons*

Das Hafengebiet von Venedig wurde im Ergebnis dieser verantwortungslosen Form der Industrialisierung zu einem der größten Verkehrsknotenpunkte Italiens ausgebaut. Sieben Eisenbahnlinien, 13 Autobahnen und Staatsstraßen, sämtliche Binnenschifffahrtskanäle des Landes laufen hier zusammen. Damit Frachtschiffe und sogar große Tanker direkt in Venedig anlegen konnten, wurden ohne Rücksicht auf die seit Jahrhunderten gehüteten und geschützten Strömungsverhältnisse 18 Kilometer Kanäle in einer Breite von 180 Metern und einer Tiefe von 15 Metern gebaut. Dazu gehören über 4 km Hafendämme, 60 km Hafenstraßen und 210 km Gleiskörper im Hafengelände. Um die Süsswasserquellen anzapfen zu können, wurden Hunderte von Adern bis zu 300 Meter tief ins Meer hinein erschlossen. Venedig, dessen Palazzi auf rund drei Millionen Eichenpfählen ruhen, versank dadurch tiefer ins Meer. Waren es im Laufe von Jahrhunderten nur einige Millimeter, wurden 1961 15 Zentimeter gemessen, und sie steigen weiter. Hinzu kam die Störung der Gezeiten. Während die Flut, die den Strand von Lido umspült, vor einem halben Jahrhundert noch

*14. November 2019 - Campo Erberia an der nordwestlichen Seite der Rialto-Brücke (in der Regel immer trocken)*
*Foto: -jkb-, CC BY-SA 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0], via Wikimedia Commons*

*Kreuzfahrtschiff am Haken eines Schleppschiffes beim Verlassen Venedigs - Aufnahme aus dem Jahr 2009*
*Foto: Peter Haas, CC BY-SA 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/], via Wikimedia Commons*

zweieinhalb Stunden brauchte, um Marghera zu erreichen, ist diese Zeit auf 40 Minuten und weniger zusammengeschrumpft. Die Überschwemmungen erreichen die Stadt in immer kürzeren Abständen. Bei starkem Regen steigt das Wasser heute bis zu 1,20 Meter an und überflutet den Markusplatz und alle Paläste auf gleicher Höhe. Tausende Wohnungen sind eigentlich unbewohnbar. Zahlreiche Bauwerke müssten saniert werden, denn Abgase zerfressen Statuen, Marmorfassaden und Bilder. Vor Jahren wurde bereits geschätzt, dass ein Drittel der venezianischen Kunstwerke beschädigt ist, Schmutzwasser das biologische Gleichgewicht der Lagune zerstört. Experten befürchten schon seit langem, dass Venedig mit seinen über 400 Palästen, 22 Klöstern und 86 Kirchen eines Tages durch die ständige Überflutung weitgehend unbewohnbar werden könnte.

Hinzu kommt, dass die Lagunenstadt von der Plage der Kreuzfahrtschiffe heimgesucht wird. Riesenkreuzfahrtschiffe fahren täglich dicht an den Wohnhäusern dieser Großstadt vorbei. Dabei rammte am 2. Juni 2019 die 275 Meter lange "MSC Opera" am Terminal San Basilio-Zattere die Anlegestelle und dabei ein Touristenboot mit etwa 130 Menschen an Bord. Mehrere Touristen wurden verletzt, zahlreiche Passagiere sprangen "aus Angst ins Wasser", Menschen an Land "liefen entsetzt davon", die Stadt sei knapp einer Katastrophe entkommen, hieß es in Zeitungsberichten. "Jedes Kreuzfahrtschiff verpestet die Luft wie 14.000 Autos." Die UNESCO warnte, die Stadt von der Liste der gefährdeten Kulturgüter zu nehmen, wenn "der Kreuzfahrtschiff-Streit" nicht gelöst werde.

2018 legten in Venedig, das zu den größten Häfen für Kreuzfahrten Europas gehört, über 600 dieser Kolosse an und brachten mehr als 1,56 Millionen Touristen in die Stadt. Insgesamt waren es bis dahin nach Angaben der Vereinigung für den Schutz der Güter der Kultur, Kunst und der Natur (Nostra ONLUS) jährlich mehr als 30 Millionen. Um sie zu befördern, verkehren auf dem Canal Grande, der Hauptverkehrsader zwischen dem Bahnhof und dem Markusplatz, täglich mehr als 3000 Boote hin und zurück, in Spitzenzeiten ein Drittel mehr. Die meisten Passagiere der Kreuzfahrt-Liner nehmen an einem extra für sie organisierten Stadtrundgang teil und zahlen dafür 250 Euro. Das bringt mit den Kosten für Anlegen und Aufenthalt jährlich Milliarden Euro ein. Die Abhängigkeit vom Tourismus ist Segen und Fluch zugleich. Segen für Unternehmer, Geschäftsleute und die Stadtverwaltung, die Milliarden einnehmen, Fluch für die Einwohner, die unter den katastrophalen Folgen leben müssen.

Ein Anlegeverbot durchzusetzen, wird auch heute noch als nahezu chancenlos angesehen. Denn geändert hat sich seitdem nichts. Und so wird bei den Feiern, die zeigen sollen, dass "Venedig lebt", ausgeblendet, dass es eine zum Sterben verurteilte Stadt ist, wenn dem nicht Einhalt geboten wird.

*

***Quelle:***
© 2021 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

*http://www.schattenblick.de/infopool/unterhlt/reisen/t-ber103.html*

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

# Brasilien

## Goldsuche verseucht Flüsse, Böden und Lebensmittel

*Von Martha Raquel*

***100% der am Rio Tapajós im Bundesstaat Pará lebenden Indigenen sind laut einer Studie der Fundação Oswaldo Cruz mit Quecksilber verseucht.***

*(São Paulo, 30. März 2021, Brasil de Fato)* - Die illegale Goldsuche im Amazonasgebiet vergiftet Böden und Wasser mit Quecksilber, das für die Gewinnung von Gold eingesetzt wird. Das Schwermetall kann zur Missbildung von Föten führen, Blindheit verursachen und Menschen töten. Trinkwasser, Obst und Gemüse werden mit Quecksilber belastet. Dies ist die Realität des indigenen Volkes der Munduruku, die am Rio Tapajós im brasilianischen Bundesstaat Pará leben. Einer kürzlich veröffentlichten Studie der Fundação Oswaldo Cruz zufolge sind 100 Prozent der Indigenen mit Quecksilber verseucht. Die Belastung wird in Haarproben nachgewiesen. Da es sich um ein hochgiftiges Schwermetall handelt, sind die Schäden, die durch eine Quecksilberkontamination verursacht werden, meist schwerwiegend und dauerhaft.

### Vergiftungen interessieren den Staat nicht sonderlich

Die indigene Bevölkerung des Gebietes am mittleren Tapajós-Fluss, zwischen den Pará-Gemeinden Itaituba und Trairão, leidet seit mehr als 70 Jahren unter der Goldsuche. Mit den schwerwiegenden Folgen für Gesundheit und Umwelt stehen sie weitestgehend alleine da. In den offiziellen brasilianischen Statistiken spielen die Daten zur Umweltbelastung nur eine untergeordnete Rolle, dasselbe gilt für den Gesundheitszustand der Menschen. "Über Quecksilberintoxikationen wird nur am Rande berichtet. Dabei haben wir allein bei Fiocruz 500 Fälle von vergifteten Indigenen, die in den offiziellen Statistiken überhaupt nicht erscheinen", so Paulo Basta, Koordinator der Stiftungsuntersuchung. Nicht allein die Munduruku seien betroffen, sondern auch die Yanomami und die Ye'keuna. Symptome einer Quecksilber-Vergiftung sind Fieber, Zittern, allergische Haut- und Augenreaktionen, Schläfrigkeit, Muskelschwäche, Gedächtnisverlust sowie Funktionsstörungen von Nieren, Leber und Lunge. Wer wie die Menschen im Amazonasgebiet dem Schwermetall über einen langen Zeitraum ausgesetzt ist, entwickelt schwerere Symptome wie Taubheit in Armen, Händen, Beinen und Füßen, Störungen im zentralen Nervensystem oder Beeinträchtigung der Sehkraft. Bei schwangeren Frauen kann Quecksilber die Entwicklung des Fötus verzögern.

### Militärdiktatur trieb den Bergbau voran

Die Anfänge der illegalen Goldsuche gehen zurück auf die Kolonialzeit. Francisco Kelvim, Koordinator der Initiative Movimento dos Atingidos por Barragens gegen den Bau von Staudämmen erklärt, mit der Goldsuche seien die ersten Siedlungskerne entstanden und in der Folge die ersten Grenzen von Brasilien abgesteckt worden. Anschließend konsolidierten sich die Bundesstaaten Rondônia, Amapá und Roraima. Während der Regierung Getúlio Vargas begannen transnationale Unternehmen, in der Branche tätig zu werden und die Grundlagen für den Bergbau im Amazonasgebiet zu schaffen. Den Anfang machte 1945 die Ausbeutung der Mangan-Vorkommen in Amapá. Mit der Militärdiktatur (1964 - 1985) intensivierte sich der Bergbau und dehnte sich auf andere Mineralien aus, nun spielten auch Gold, Diamanten und Aluminium eine wichtige Rolle. Durch die Ausschöpfung der Vorkommen und die Diversifizierung der brasilianischen Wirtschaft endete die Goldsuche im großen Stil weitgehend und beschränkte sich nur noch auf wenige Gebiete.

**Präsident Bolsonaro hat das Rad zurückgedreht**

Zu Beginn der Amtszeit von Präsident Lula (2003) erhielt die Goldsuche keine Förderung mehr. Per Gesetz wurde die illegale Goldgewinnung auf indigenem Gebiet verboten und stärker auf die Abgrenzung indigener Gebiete im Amazonasraum und der Schaffung von Naturschutzgebieten fokussiert. Der Staat ging in zunehmendem Maße gegen Abholzung, Brandrodungen, illegalen Bergbau und Sklavenarbeit vor. Mit der Regierung Bolsonaro habe die Unterstützung für die Umsetzung der Umweltvorschriften jedoch spürbar abgenommen, erklärt Kelvim. Die Regierung des rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro sende deutliche Anreize in Richtung Minenproduktion. "Es geht nicht nur um Anreize. Mit der Freigabe indigener Territorien im Amazonasgebiet für den Bergbau, und zwar insbesondere für die Goldgewinnung würde Bolsonaro eines seiner Wahlversprechen einlösen."

*URL des Artikels:*
https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/goldsuche-verseucht-fluesse-boeden-und-lebensmittel/
Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

***Quelle:***
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

*http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uilt0214.html*

**UMWELT / INTERNATIONALES / LATEINAMERIKA**

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Lateinamerika
## Viele Staaten haben das Escazú-Abkommen bisher nicht unterzeichnet

*von Giorgio Trucchi*

***Besonders in Kolumbien, Honduras, Mexiko, Brasilien und Guatemala sehen sich Umweltaktivist*innen lebensbedrohlichen Anfeindungen ausgesetzt.***

*(Managua, 22. April 2021, pressenza)* - Anlässlich des Tags der Erde am 22. April kritisierte die Initiative Alianza por la Solidaridad das mangelnde Engagement der lateinamerikanischen und karibischen Länder für das UN-geförderte Escazú-Abkommen [1], das Umweltaktivist*innen und Gruppen, die sich für Menschenrechte und die Umwelt einsetzen, mehr Sicherheit garantieren soll. Alianza por la Solidaridad [2] ist Mitglied der international agierenden NGO ActionAid [3] gegen Armut und Ungerechtigkeit. Das 2018 verabschiedete Escazú-Abkommen wurde bisher nur von zwölf der 46 Länder und Territorien in der Region ratifiziert. Zu den Staaten, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben, gehören Brasilien, Guatemala, Kolumbien und Honduras, also insbesondere die Länder, in denen aktiver Umweltschutz auf äußerst aggressive Reaktionen stößt. Obwohl die Ratifizierung des regionalen Abkommens über die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Informationspflicht gegenüber den Bewohner*innen betroffener Regionen als Meilenstein des Umweltaktivismus betrachtet wird, haben bisher nur Bolivien, Ecuador, Nicaragua, Panama, Uruguay, Antigua und Barbuda, Guyana, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen, Bahamas, Mexiko und Argentinien unterschrieben.

Einem Bericht der irischen Menschenrechtsorganisation Front

Line Defenders [4] zufolge wurden im Jahr 2020 331 Menschenrechtsverteidiger*innen getötet, darunter 44 Frauen. Knapp drei Viertel arbeitete für die Verteidigung der Umwelt und/oder die Rechte der indigenen Völker. In dem Bericht weisen die Defenders darauf hin, dass ausgerechnet die für die Menschenrechtsarbeit gefährlichsten Länder noch nicht unterzeichnet haben, allen voran Kolumbien, wo im vergangenen Jahr 177 Menschenrechtsaktivist*innen ermordet wurden. Ernst ist die Situation auch in Honduras: Hier wurden 20 Menschen ermordet, in Mexiko 19, in Brasilien 16, Guatemala 15 und in Peru acht.

**Die Situation in Honduras**

Das Netzwerk Red Hondureña por Escazú fordert die sofortige Ratifizierung des Abkommens, das den Menschen, die sich für Umweltfragen stark machen, Schutz verspricht. Im Dezember letzten Jahres wurde das Escazú-Abkommen mit der Bitte um Stellungnahme an 14 Staatssekretariate zur Konsultation geschickt. "Bisher haben sich nur sieben Institutionen geäußert, und die Diskussion, die wir anstoßen wollten, hat bisher leider nicht stattgefunden. Unterdessen gehören Umweltkonflikte und territoriale Gewalt gegen Umweltschützer*innen weiterhin zum Alltag", erklärte das Netzwerk Red Hondureña por Escazú in einer Pressemitteilung und erinnerte die honduranischen Behörden an ihre Verpflichtung, "das Leben von Umweltverteidiger*innen zu schützen". Die Behörden seien hiermit aufgefordert, "dringend Maßnahmen zum Schutz von Aktivist*innen und zur Anerkennung ihrer Arbeit zu ergreifen". An die honduranischen Bürger*innen richtete das Netzwerk den Appell, sich der "Forderung nach der Unterzeichnung und Ratifizierung des Escazu-Abkommens in Honduras" anzuschließen.

**Gegenseite macht Druck - internationale Unterstützung gefordert**

Einer in der Zeitschrift KKNature veröffentlichten Studie zufolge ist die landwirtschaftliche Produktion in Lateinamerika und der Karibik aufgrund des Klimawandels um fast 26 % zurückgegangen. Die sinkende Produktion bedeutet einen zunehmend schwierigen Existenzkampf für die bäuerlichen Gemeinschaften, die sich zusätzlich mit einer rücksichtslosen Ressourcenausbeutung durch ausländische Unternehmen konfrontiert sehen. *Alianza por la Solidaridad* prangerte den Druck an, der in den Ländern mit den massiveren Umweltkonflikten ausgeübt wird, um die Ratifizierung des Abkommen zu verhindern, und kritisierte die Argumentation der Gegenseite, die mit dem angeblichen Verlust der nationalen Souveränität und der Schädigung der wirtschaftlichen Entwicklung Stimmung mache. Alianza por la Solidaridad forderte alle Länder der Region - insbesondere Kolumbien, Guatemala, Honduras und Brasilien - auf, das Escazú-Abkommen zu ratifizieren, und appellierte an die Europäische Union und die spanische Regierung, sich für die Umsetzung von Instrumenten wie diesem zu engagieren und deren Einhaltung in Handelsabkommen mit Nicht-EU-Ländern zu fordern. Um den Verdiensten der Arbeit von Frauen und ihrer Gefährdung als Aktivistinnen Rechnung zu tragen, hat die Organisation die Kampagne "Guardianas del Agua y la Tierra" ("Hüterinnen von Land und Wasser") ins Leben gerufen.

**"Die Kommerzialisierung natürlicher Ressourcen kostet Menschenleben"**

Seit Beginn der Verhandlungen über das Abkommen sind weltweit mehr als 2.500 Menschen ermordet worden, die meisten von ihnen in Regionen, die für ausländische Unternehmen besonders attraktiv sind und in denen gleichzeitig die Auswirkungen des Klimawandels und der Verlust der Artenvielfalt spürbar voranschreiten. "Die Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen kostet etliche Menschenleben, sie zerstört das Leben derer, die getötet und derer, die jahrelang im Gefängnis festgehalten werden, wie der Guatemalteke Bernardo Caal Xol, an den an einem solchen Tag erinnert werden muss. Menschen wie er stehen an vorderster Front, um Rechte zu verteidigen, die mit der Billigung ihrer Regierungen verletzt werden, und das in zunehmendem Maße, deshalb sind Maßnahmen wie das Abkommen von Escazú so wichtig", betont Almudena Moreno, Leiterin der Abteilung für nachhaltige Entwicklung der Initiative Alianza por la Solidaridad.

***Anmerkungen:***

[1] https://www.cepal.org/es/acuerdodeescazu

[2] https://www.alianzaporlasolidaridad.org/

[3] https://actionaid.org/

[4] https://www.frontlinedefenders.org/

*URL des Artikels:*
https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/viele-staaten-haben-das-escazu-abkommen-bisher-nicht-unterzeichnet/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

***Quelle:***
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

*http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uilt0215.html*

**Kooperationspartner**

**poonal**
Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.dee

**Pressenza**
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

**UMWELT / INTERNATIONALES / LATEINAMERIKA**

*poonal -*
*Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Peru

# UN-Wasserziele für 2030 in Gefahr

*Trinkwasserverteilung in Zeiten von COVID-19, San Martín de Porres, Peru, März 2020*
*Foto: Txolo, CC BY-SA 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0], via Wikimedia Commons*

***Der Andenstaat Peru ist weit davon entfernt, das sechste UN-Entwicklungsziel "Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen" bis 2030 einzuhalten.***

*(Lima, 29. März 2021, servindi)* - Drei Millionen Peruaner*innen haben keinen Zugang zu Wasser und 8,2 Millionen keinen Zugang zu Abwasser. Der Andenstaat ist somit weit davon entfernt, Nummer sechs der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen, "Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen", bis 2030 zu erreichen. Zu diesem Schluss kommt der Bericht "Wasserpolitik in Peru", der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht wurde. Zudem bestünden große Unterschiede zwischen ländlichen und urbanisierten Regionen. Der Bericht enthält mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Wasserpolitik. Dies sei "der Schlüssel zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung".

**Unterschiede beim Zugang zu Wasser**

Das Kapitel zur aktuellen Situation befasst sich unter anderem mit den signifikanten Unterschieden beim Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen, die immer noch im Land herrschen. So haben beispielsweise nur 14 der 24 Departamentos (91% der Bevölkerung) Zugang zur Wasserversorgung. Das heißt im Einzelnen, dass 25,3% der Land- und 4,7% der Stadtbevölkerung keinen Anschluss an die Versorgungsnetze haben - obwohl dazu bereits nationale, regionale und lokale Pläne und Programme ausgearbeitet wurden. "Im Jahr 2019 hatten insgesamt 22,8% der Bevölkerung keinen Zugang zu öffentlichen Kanalisationsnetzen, das entspricht 9,6% in urbanen und 71,7% in ruralen Zonen", so der Bericht.

**Weit davon entfernt, das Nachhaltigkeitsziel "Sauberes Wasser" zu erreichen**

Wie der Indikatorenkatalog der Nachhaltigkeitsziele zeigt, ist Peru "noch weit davon entfernt, das sechste SDG-Ziel Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen bis 2030 zu erreichen". Während nur die Hälfte der Bevölkerung eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung nutzt (Indikator 6.1.1), trifft Indikator 6.2 (Zugang zu einer angemessenen und gerechten Sanitärversorgung und Hygiene für alle (...), unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen und von Menschen in prekären Situationen) auf ganze 43% der Menschen zu. Dies sei aber nicht der auffälligste Punkt der Kluft zwischen Stadt und Land. Die Hauptunterschiede lägen bei den sanitären Einrichtungen, heißt es in dem Bericht: 89% der städtischen Bevölkerung wohnt in Gegenden, in denen Abwasserentsorgung durch ein öffentliches Netzwerk (84% innerhalb des Ortes) erfolgen, verglichen mit nur 17% der Landbevölkerung. Große Städte wie Arequipa, Calla, Lima und Tacna liegen hinsichtlich der Ausstattung mit sanitären Einrichtungen weit über dem nationalen Durchschnitt von 74,9%, während ländliche Regionen wie Huancavelica, Huánuco, Loreto und Ucayali mit weniger als 45% deutlich darunter bleiben.

**Lösungsvorschläge**

Nach der Analyse der Situation in Peru gibt der Bericht Orientierungspunkte in den Bereichen Ökonomie, Finanzen und Wassermanagement im Land. So gibt es Vorschläge zur Stärkung eines multisektoralen Ansatzes bei der Wasserversorgung sowie zu einem wirkungsvolleren Einsatz wirtschaftlicher Instrumente zur nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen, ihrer Quellen und der damit verbunden Ökosystemleistungen. Darüber hinaus schlägt der Bericht regulative Maßnahmen für einen verbesserten Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen in städtischen und ländlichen Gebieten vor.

*Der vollständige OECD-Bericht "Water Governance in Peru" findet sich unter:*

[1] https://www.oecd-ilibrary.org/-sites/568847b5-en/index.html?itemId=/content/publication/568847b5-en&_csp_=630-bab199dee701df75abf512-ce061f7&itemIGO=oecd&itemContentType=book

*URL des Artikels:*
https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/un-wasserziele-fuer-2030-in-gefahr/

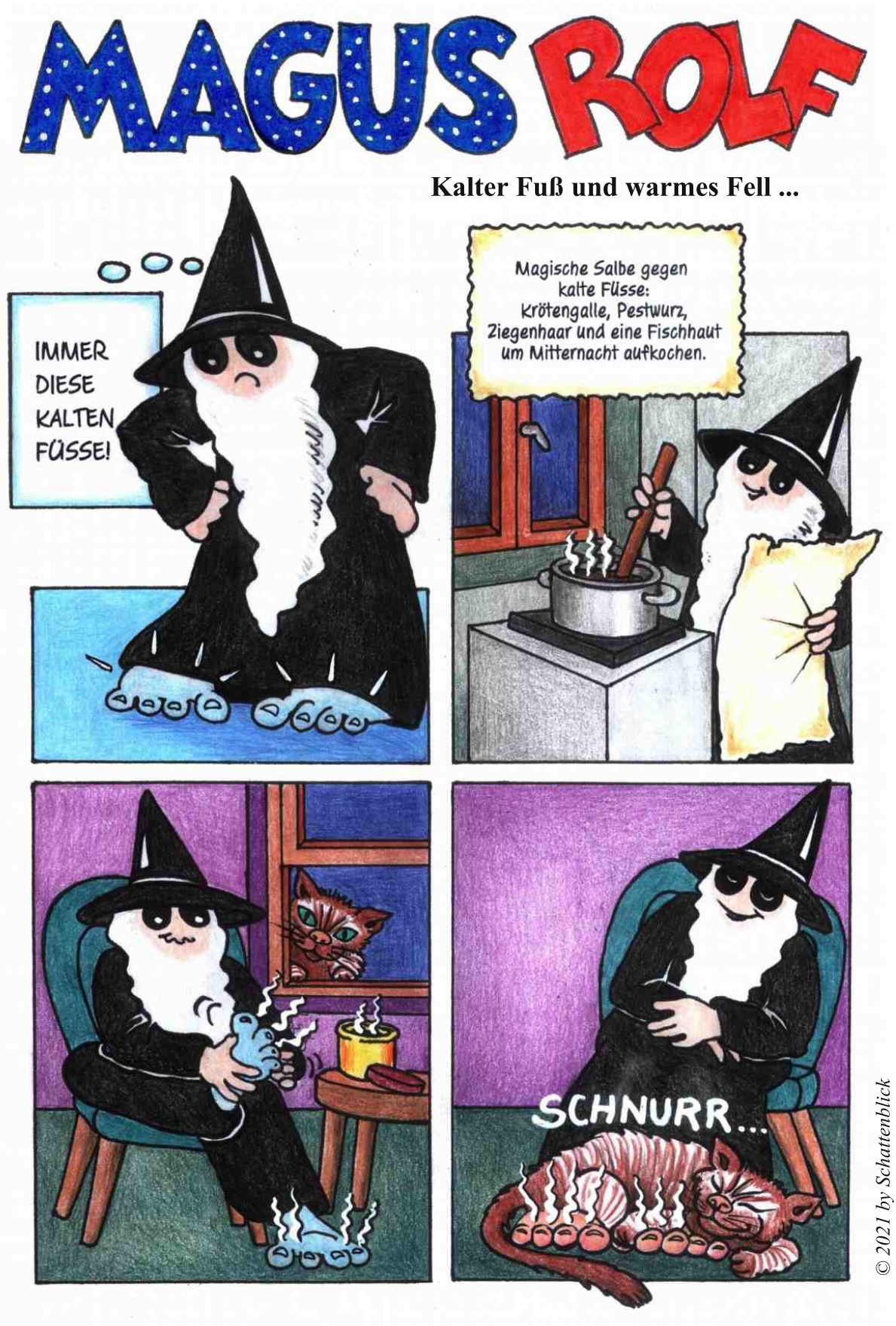
Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

***Quelle:***
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

*http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uiws0261.html*

## UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP



# Neue Technik, neue Fragen ...

*(SB)* - An einem verregneten Nachmittag hockte Stefan vor seinem Computer auf der Suche nach Artikeln, die sich mit dem Recycling von Plastikflaschen befassten. Als besonders umweltfreundlich wurde ein bestimmtes Plastik angepriesen, aus dem nach dem Recyclingprozess wieder andere Gegenstände hergestellt werden könnten. Stefan hatte sich am nächsten Tag mit Ben nach der Schule verabredet und wollte schon einmal einige Informationen zusammentragen, damit sie gut vorbereitet mit ihrer Forschungsarbeit loslegen konnten. Doch da meldete sich sein Handy.

Ben: "Hallo Stefan, ich falle mal gleich mit der Tür ins Haus. Mein Onkel war auf Kurzbesuch bei uns und hat mal wieder alles besser gewusst. Selbst meinem Vater hat es die Sprache verschlagen, als er so begeistert über die Wasserstofftechnologie gesprochen hat. Das sei die Energiequelle der Zukunft, sie sei umweltfreundlich und sauber und überhaupt, ihr größter Vorteil wäre ihre Speicherfähigkeit. Außerdem würde diese Technologie von der Bundesregierung als besonders geeignet angepriesen, die angestrebten niedrigen CO2-Emmissionen zu erreichen. Mann, ich kann dir gar nicht sagen, was er alles an Argumenten aufgefahren hat. Aber wenn nur ein Teil davon stimmt, dann wäre das vielleicht tatsächlich eine Energieform, mit der man allmählich

*Grafik: © by Schattenblick*

die Verbrennungsmotoren abschaffen könnte, ohne auf Elektroautos umzusteigen zu müssen."

Stefan: "Und du meinst, wir sollten uns erst damit beschäftigen und das Recyclingverfahren von Plastik später angehen? Okay, aber ich sag` dir gleich, ich habe nicht besonders viel Ahnung von Chemie, wie dir ja bekannt sein dürfte."

Ben: "Meinst du etwa ich, aber irgendwie glaube ich, dass das mit dem Wasserstoff wichtig ist, ich meine, wir sollten darüber Bescheid wissen."

Stefan: "Gut, soviel wie ich vom Chemie-Unterricht behalten habe, ist Wasserstoff zwar auf unserem Planeten eigentlich unbegrenzt vorhanden, aber eben nicht in reiner Form, sondern immer nur in Verbindungen. Liege ich da richtig?"

Ben: "Genau, und das ist auch schon der erste springende Punkt, denn bei Wasserstoff handelt es sich nicht um eine Energiequelle, sondern um einen Energieträger."

Stefan: "Und das bedeutet?"

Ben: "Na, wie du schon sagtest, Wasserstoff kommt nur in Verbindungen vor. Um ihn zu gewinnen, muss man ihn daraus lösen."

Stefan: "Ah, ja, warte ich kombiniere, und dieses Herauslösen erfordert Energie, stimmt`s?"

Ben: "Treffer!"

Stefan: "In welchen Verbindungen kommt denn Wasserstoff vor? Lach nicht, ich finde Chemie nicht so spannend, ich habe es wirklich nicht mehr im Kopf."

Ben: "Na, es kommt in Wasser, in Säuren, in allen Kohlenwasserstoffen und vielen organischen Verbindungen vor. Überall findest du mindestens ein H2. Aber so wie ich meinen Onkel verstanden habe, soll genau das Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff aufgespalten werden, was durch ein Elektrolyse-Verfahren ermöglicht wird."

Stefan: "Weißt du noch, wie eine Elektrolyse genau funktioniert. Ich weiß nur, dass man dazu elektrische Energie einsetzen muss, also Strom und noch so etwas wie ein Elektrolyt, damit die Spaltung überhaupt in Gang kommt."

Ben: "Ja, das könnte sein. Leider erinnere ich mich nicht mehr ge-

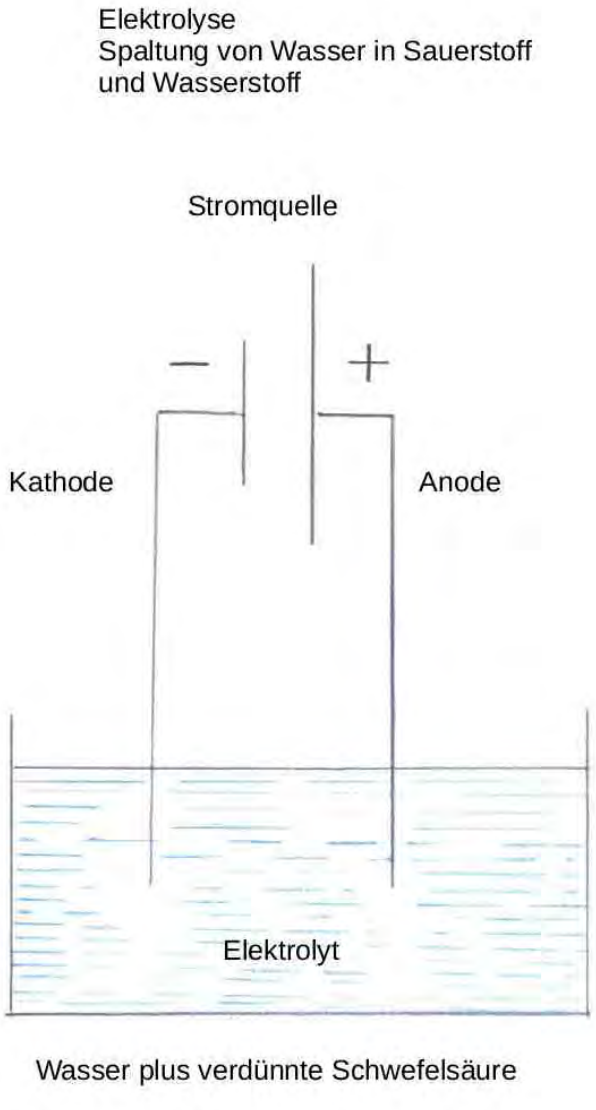
nau, welcher Stoff dazu verwendet wird, ich glaube es war verdünnte Salzsäure. Wasser allein leitet ja nicht, aber mit der Salzsäure funktioniert es. Eins weiß ich genau, bei der Zerlegung des Wassers bilden sich pro Wassermolekül 1 Molekül Wasserstoff (H2) und 0,5 Moleküle Sauerstoff (02), oder kurz gefasst im Verhältnis 2 zu 1 erhält man Wasserstoff und Sauerstoff. Soweit zur Theorie."

Stefan: "Es sieht mal wieder ganz so aus, als ob wir unsere Bücher zu Rate ziehen müssen, oder das Netz. Aber eines kann ich dir schon mal sagen, ich vermute, dass sich die Wasserstofftechnologie nicht wesentlich von anderen alternativen Energiequellen, die wir bereits untersucht haben, unterscheiden wird. So auf den ersten Blick nehme ich an, dass die Energiemenge zum Aufspalten von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff größer ist, als die Menge die dadurch `gewonnen` werden kann."

Ben: "Genau das gilt es ja zu untersuchen. Könnte doch sein, dass es sich hier ausnahmsweise etwas anders verhält. Mich erinnert diese Wasseraufspaltung an das, was wir über die Photosynthese gelernt haben."

Stefan: "Wie kommst du denn darauf?"

Ben: "Überleg' doch mal. Ein Blatt gibt doch Sauerstoff und Wasserstoff ab, hat aber nur Wasser zur Verfügung und das Sonnenlicht. Irgendwie bewerkstelligt es vermutlich die Wasseraufspaltung ohne große Mühe. Könnte doch sein, dass man sich diese Erkenntnis zunutze machen kann."




*Wasserstoff-Elekrolyse*
*Grafik: © 2021 by Schattenblick*

Stefan: "Ah, ich verstehe, du meinst die Forschung am `künstlichen Blatt' könnte so vielversprechend sein, dass die Wasserstoffgewinnung tatsächlich mit wenig Aufwand zu bewerkstelligen wäre. Ich sehe schon Ben, so kurz am Telefon können wir das nicht besprechen, aber wir haben ja schon eine Menge Fragen, denen wir nachgehen können. Zum Beispiel, wie viel Strom wird bei der Elektrolyse benötigt? Stammt er aus erneuerbaren Energien? Wie funktioniert die Speicherung und vieles mehr. Wir sollten uns also zunächst mit den Grundlagen beschäftigen, bevor wir so spezielle Verfahren untersuchen. Treffen wir uns also morgen bei dir? Ich sehe mich schon mal ein wenig im Netz nach brauchbaren Daten um."

Ben: "Guter Vorschlag, ich werd` auch gleich noch mit meinem Vater sprechen, vielleicht hat er noch ein paar Ratschläge zur Vorgehensweise, der hat sich mindestens genauso darüber geärgert, dass er nur wenig Ahnung von der Materie hat wie ich. Also dann, bis morgen."

*Fortsetzung folgt ...*

*Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:*

https://www.tuvsud.com/de-de/industr-e/wasserstoff-brennstoffzellen-info/wasserstoff/herstellung-von-wasserstoff

https://www.bdew.de/energie/wasserstoff/flexible-herstellung-was-ist-wasserstoff-und-wie-wird-er-erzeugt/

*http://www.schattenblick.de/infopool/kind/natur/knwd0055.html*

KINDERBLICK / GESCHICHTEN / TIERGESCHICHTE

# Die Sonne, die Hummel und die Wirklichkeit ...

*(SB)* - Hummelchen räkelte sich, es war erstaunlich warm in ihrer kleinen dunklen Erdhöhle und sie fragte sich, wie lange sie wohl geschlafen hatte und ob tatsächlich draußen bereits der Frühling Einzug gehalten hatte. "Einen Tag will ich noch warten, sicher ist sicher, wenn es dann immer noch so warm ist, krabbel ich raus und such mir was zur Stärkung. Ja, Hunger hab' ich, das kann ich wohl sagen, ja, so wird`s gemacht", beschloss Hummelchen und kuschelte sich nochmals in ihr kleines Nest.

Am nächsten Morgen buddelte sie sich an die Oberfläche. Das war ganz schön anstrengend, der lange Winter zehrte an ihren Kräften. Aber wo war sie hier nur hingeraten? "Was ist das denn? So ein merkwürdiger Ort, lauter kleine Stöckchen rings um mich her. Damals sah es ganz anders aus. Um mein Erdloch herum lagen Blätter und kleine Steinchen." Plötzlich wurde Hummelchen, eigentlich stets sehr mutig, ängstlich.

"Was geschieht hier?", bibberte sie. Der Boden unter ihr wurde von heftigen Schwingungen auf und nieder bewegt. Riesige Schuhe näherten sich, flieh Hummelchen, flieh! Doch schon war es geschehen. Ein Stoß traf das kleine Insekt so heftig, dass es ein gewaltiges Stückchen durch die Luft geschleudert wurde. Nach einer sehr unsanften Landung lag

*Grafik: © by Schattenblick*

Hummelchen ganz benommen am Wegesrand. Als sie wieder bei Sinnen war, schaute sie sich nach einem Versteck um, in dem sie sich von dem Schreck erholen konnte. Aber da wurde es seltsam finster über ihr, etwas Riesiges bewegte sich von oben herab auf sie zu.

Eine Menschenhand, das erkannte sie. An Menschen konnte sie sich noch erinnern, denn im letzten Spätsommer, kurz bevor sie sich zum Winterschlaf bereit gemacht hatte, begegnete sie einigen von ihnen. Aber was wollte diese Hand? Näher und näher senkte sie sich und plötzlich wurde Hummelchen auf einen Finger geschubst und hochgehoben. Fliegen konnte sie in ihrem geschwächten Zustand noch nicht. "Oh je, was wird geschehen? Wohin trägt mich dieses Menschenkind? Oder wird es mich gar töten?", dachte Hummelchen völlig hoffnungslos. Mit groben schaukelnden Bewegungen wurde sie fortgetragen und in einen gelben Krokus gesetzt, mitten auf köstlichen Pollen und auch am leckeren Nektar konnte sie sich laben. Die Menschenhand verschwand, sie war wieder ganz allein und wie es schien, erst einmal in Sicherheit.

Hummelchen aß und trank bis sie satt war und nun wagte sie auch einen ersten Flugversuch, der zunächst wacklig, dann aber erstaunlich gut gelang. Munter und guten Mutes flog sie auf der Suche nach einer geeigneten Unterkunft davon. "Ja, ein unbewohntes Mauseloch in der Erde wäre

mir schon ganz genehm", dachte Hummelchen und setzte ihren Erkundungsflug fort. Sie befand sich im Garten eines Bauernhofes voller bunter Blüten. Märzenbecher, blaue, weiße und gelbe Krokusse, erste Primeln und Osterglocken. "Na, verhungern werde ich hier nicht", freute sie sich und steuerte nochmals eine Krokusblüte an.

Nach einer Weile emsigen Fliegens entdeckte sie in einer alten Holztür ein schönes, dunkles Loch, gerade gut geeignet als Einflugloch. "Ob sich dahinter eine passende Höhle für mich befindet?" Hummelchen überlegte nicht lange und nahm Kurs auf dieses vielversprechende, finstere Rund, nahm kurz Platz auf dem schmalen Rand, lugte hinein, konnte aber nicht erkennen, was sich dahinter befand. "Na, da gibt`s nichts, einfach mutig hineinfliegen!", summte sie sich zu.

Was war das für eine Überraschung! Unser kleines Insekt flog hierhin und dorthin, doch diese vermeintliche Höhle schien endlos riesig zu sein. Ganz plötzlich wurde eine Tür geöffnet und ein grelles Licht verscheuchte die Finsternis. Hummelchen erschrak, sie befand sich in einem Kuhstall. "Schleunigst weg von hier", dachte sie und schoss im Eilflug auf das Helle hinter der geöffneten Tür zu. Aber hier sah es nun überhaupt nicht nach einer passenden Höhle für das kleine, pelzige Insekt aus. Alles um sie herum war sauber und das helle Holz der Möbel roch nach Baum.

"Auch von hier sollte ich schleunigst verschwinden", mahnte sie sich zur Eile. Doch so einfach war das nicht. Laut summend und brummend vor Sorge, kreiste sie durch den Raum und hielt Ausschau nach einem geöffneten Fenster. Leider waren zwar alle blitzsauber und beinahe wäre Hummelchen gegen eine Scheibe geflogen, doch offen stand keines. Summend und brummend suchte sie in allen Ecken, landete auf einem Bücherregal, auf einer Lampe, einem Kissen, flog hinauf und hinunter und begegnete einem jungen Hund, der durch ihr lautes Summen auf sie aufmerksam geworden war. Neugierig schaute er ihr hinterher und dann versuchte er, sie zu erwischen, sprang hoch und rannte durch die Stube, rannte eine Stehlampe um und riss die Tischdecke samt Kaffeetassen vom Tisch. Doch Hummelchen war stets schneller und es machte ihr sogar Spaß, diesem kleinen, tollpatschigen Vierbeiner immer wieder zu entkommen.

Allerdings war der entstandene Lärm nicht ungehört geblieben. Die Zimmertür wurde aufgerissen und herein stürmte eine rundliche Frau, die ihrem Ärger deutlich Luft machte. Sie schimpfte mit dem kleinen Hund und packte ihn im Nacken. Er quiekte und bellte, doch es half alles nichts, er wurde vor die Tür befördert. Ein Glück für Hummelchen, denn das war die Gelegenheit aus dem Zimmer zu flüchten. So schnell sie konnte, flog sie hinaus, vorbei an der Frau, die inzwischen den Hund abgesetzt hatte. Nun schien sie gar nicht mehr so böse zu sein, denn sie erklärte dem Kleinen, dass er nicht hinter Brummern herjagen dürfe. Erstens würde er sie sowieso nicht fangen können und außerdem geschah dabei meistens ein Unglück, wie zum Beispiel das mit den zerbrochenen Kaffeetassen. Der Hund leckte die Hand der Frau und Hummelchen war beruhigt, dass es nicht so schlimm für den kleinen Kerl ausgegangen war. Voller Freude über ihre zurückgewonnene Freiheit, flog sie davon. Sie stärkte sich mit Nektar und fand tatsächlich auch bald ein unbewohntes Mauseloch in einem kleinen Wall nahe der Hauswand. Nun begann sie damit, ihr Hummelnest einzurichten und bald schon würde sie darin nicht mehr allein sein. Viele Hummeln würden durch den Garten fliegen und die Blüten aufsuchen.


## Kooperationspartner

**poonal**
Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.dee

**Pressenza**
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

# Die olympische Lüge ...

*(SB) 17. Mai 2021* - Das weltweit größte und kommerziell erfolgreichste Tummelfeld für sportliche Leistungseliten soll auch weiterhin ein Marktplatz frei von politisch störenden Protesten und Meinungsäußerungen bleiben. Wie aus einer im April veröffentlichten Online-Befragung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hervorgeht, an der sich rund 3500 aktuelle und ehemalige OlympiateilnehmerInnen aus 185 Ländern beteiligt hatten, halten 67 Prozent Proteste auf dem Podium für unangebracht. 70 Prozent der Befragten sollen es zudem für unangemessen halten, auch auf dem Spielfeld sowie bei offiziellen Zeremonien zu demonstrieren oder ihre Meinung zu äußern. Hintergrund ist die weltweit lauter werdende Forderung von Kaderathletinnen und -athleten verschiedenster Provenienz, die Regel 50.2 der Olympischen Charta zu modifizieren oder ganz zu streichen. Diese sanktionsbewehrte Regel besagt, daß "keine Art von Demonstration oder politischer, religiöser oder rassistischer Propaganda an olympischen Stätten, Austragungsorten oder in anderen Bereichen erlaubt" sei. Sportlervereinigungen wie Global Athlete oder der Athletenbeirat des US-amerikanischen olympischen und paralympischen Komitees (USOPC AAC) sowie weitere Athletenvertretungen insbesondere der westlichen Welt, darunter auch "Athleten Deutschland e.V.", hatten die Abschaffung der seit den 1950er Jahren bestehenden Regel gefordert.

Die Mehrheit der Olympioniken stellt sich somit hinter das Verdikt von IOC-Präsident Thomas Bach (FDP), der im Vorfeld der Befragung vor einem "Marktplatz der Demonstrationen" gewarnt hatte. Wie der Deutschlandfunk berichtete, dürfte eines der zentralen IOC-Argumente gegen eine Öffnung der Regel 50 sein: "Wenn man einen Protest erlaube, müsse man alle erlauben, egal ob Anti-Rassismus-Demonstration oder der Militärgruß an einen Diktator." [1]

Das klingt noch harmlos. Denn natürlich stellt sich sofort die Frage, wer in einer zutiefst gespaltenen Welt die Deutungshoheit über politisch genehme und ungenehme Äußerungen oder Proteste innehat. Wie sähe zum Beispiel die Reaktion der politischen und sportpolitischen Führer im Westen aus, wenn Athleten aus autokratisch regierten Nationen die Protestfaust gegen die extralegalen Hinrichtungen der USA im Rahmen ihrer Drohnen- oder Regime-Change-Kriege erheben würden? Was wäre, wenn friedensbewegte deutsche Athleten gegen die Rüstungsexporte der Bundesregierung demonstrieren würden? Mit welchen Stürmen wäre zu rechnen, wenn SportlerInnen an exponierter Stelle signalisieren würden, daß sie die Einkerkerung und Folterung von Julian Assange, den WikiLeaks-Gründer, für ein fortdauerndes Kriegsverbrechen westlicher Herrschaftsallianzen hielten? Oder wenn junge, der Fridays for Future nahestehende SportlerInnen das deutsche Klimagesetz als Massenmord an zukünftigen Generationen anprangerten? Noch aktueller: Wenn Sportlerinnen oder Sportler niederknieten, um ihre Solidarität mit der seit Jahrzehnten von Israel unterdrückten palästinensischen Bevölkerung zu demonstrieren?

Schon anhand dieser wenigen Beispiele wird deutlich, daß nicht nur Autokraten, Despoten oder Diktatoren unbequeme Meinungen und Proteste fürchten müßten, sondern auch und insbesondere VertreterInnen westlicher Demokratien - also jene PolitikerInnen, Wirtschaftsunternehmen, Sponsoren und Medien, die ihre medaillenträchtigen Aushängeschilder normalerweise dazu nutzen, um im großen Stil nationales Reputationsmanagement und Sportwashing zu betreiben und sich dies auch einiges kosten lassen.

Und was ist mit der hiesigen Sportjournaille und ihrer interessensgeleiteten Unwilligkeit, sich von Doppelstandards zu lösen? Laufen die Leitmedien nicht schon jetzt zur Höchstform auf, wenn wegen der Unterdrückung der Uiguren gegen die Olympischen Winterspiele in Peking 2022 mobil gemacht wird, während praktisch niemand danach fragt, ob man nicht den USA die Austragung der Olympischen Som-

merspiele 2028 entziehen müßte, solange das Gefangenenlager in Guantanamo oder andere Black Sites (Geheimgefängnisse) auf der Welt fortbestehen? Wie würden diese Medien, die nur selten eine Gelegenheit auslassen, ihre antirussischen Ressentiments in den Äther zu blasen, mit Sportlerinnen und Sportlern umspringen, die sich zum Beispiel hinter ihren russischen Präsidenten stellten und sich demonstrativ gegen die Aussage des neuen US-Präsidenten Joe Biden wendeten, Putin sei ein Mörder?

Der Umfrage ging ein Konsultationsprozeß durch die IOC-Athletenkommission voraus, der im Juni 2020 eingeleitet worden war. Dabei wurde auch klargestellt, was nach den Richtlinien des IOC als Protest gilt, nämlich "das Zeigen von politischen Botschaften, einschließlich Schildern oder Armbinden", "Gesten politischer Natur, wie eine Handbewegung oder das Knien" und "die Weigerung, dem Zeremonienprotokoll zu folgen". Verstöße gegen diese Richtlinien können also weiterhin schlimme, gar existenzgefährdende Folgen für renitente Olympioniken haben, sofern die Sportverbände nicht von Bestrafungen absehen, was in der Vergangenheit auch schon vorgekommen ist, zumal dann, wenn Sportlerproteste allgemein genug gehalten sind und Forderungen nach Anti-Diskriminierung, Gleichheit oder der Gültigkeit von Menschenrechten nicht den profitablen Geschäftsgang der Sportindustrie stören. Hauptsache, meinungsstarke oder protestwillige SportlerInnen treten den Stakeholdern des IOC nicht zu sehr auf die Füße.

Und davon ist bislang auch nicht auszugehen, wenn man sich den Bericht und die Empfehlungen der IOC-Athletenkommission, welche von der IOC-Exekutive am 21. April 2021 genehmigt wurden, durchliest. Diese laufen im Kern darauf hinaus, den leistungssportlichen Disziplinarapparat aufrechtzuerhalten und die Beschneidung grundlegender Freiheitsrechte mit symbolpolitischen Appellen an "Frieden, Respekt, Solidarität, Inklusion und Gleichberechtigung" zu vernebeln. Neben anderen Aktionen sollen aus dem Olympischen Dorf (mit neugestalteter "Friedenswand"), wo laut IOC-Athletenkommission "die Besten der Welt wettstreiten und zugleich in Harmonie gemeinsam wohnen", auch positive Botschaften in "eine zunehmend auseinander driftende Welt" gesendet werden. [2] Daß diese Gated Community der Leistungsbesten nur deshalb bestehen kann, weil sie mit Stacheldraht, Polizei und Militär vom Rest der Welt künstlich abgeschottet und mit viel Geld und enormen Aufwand gepampert wird, scheint bei vielen Topathleten, die staatliche und privatwirtschaftliche Förderung für selbstverständlich halten, noch nicht ganz angekommen zu sein. Genausowenig der Gedanke, daß es mit der ohnehin nur auf 16 Tage befristeten Harmonie im Olympischen Dorf schnell ein Ende hätte, wenn die BewohnerInnen in unausweichlichen Kontakt mit den Problemen und Nöten jener Menschen kämen, die für den Glanz der Spiele enteignet, vertrieben, verprügelt oder sonstwie geschädigt wurden (siehe beispielhaft Olympische und Paralympische Spiele in Brasilien).

Die wachsweichen Einlassungen der IOC-Athletenkommission werden keinesfalls von allen Athletenvertretungen goutiert. So kritisiert die weltweite Sportlervereinigung Global Athlete, daß das IOC mit dieser Entscheidung fundamentale Athlet*innen-Rechte weiter unterdrücken würde. Die Empfehlungen diktierten, wann, wo und was Athleten sprechen können. Das sei das Gegenteil von Meinungsfreiheit. Zudem sei die Methodik der Umfrage fehlerhaft und tendenziös. [3] Auch EU Athletes - ein Zusammenschluß von europäischen Profi-Athletenverbänden und Gewerkschaften, die mehr als 25.000 Athleten repräsentieren - ließ in einem Statement wissen: "Wir sind zutiefst besorgt über die Entscheidung des IOC und glauben, dass der Konsultationsprozess und die Regel 50 selbst nicht mit den Menschenrechten der Athleten vereinbar sind. Durch die Beschränkung der Konsultation auf die Athletenkomitees und -kommissionen hat die IOC-Athletenkommission die Stimmen Tausender Athleten, die von den unabhängigen Gewerkschaften und Verbänden vertreten werden, sowie deren Menschenrechte wie die Vereinigungsfreiheit und das Recht, sich zu organisieren, missachtet." [4]

Athleten Deutschland e.V., der die Kritik teilt, bittet nun den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) darum, bei Verstößen gegen die Regel 50 von entsprechenden Sanktionen, sofern sie in die Zuständigkeit des eigenen Dachverbandes fallen, abzusehen. Falls nötig, will der Lobbyverein seinen Mitgliedern Rechtsbeistand zur Seite stellen. Johannes Herber, Geschäftsführer von Athleten Deutschland, kritisierte: "Der Bericht verdeutlicht, dass das IOC dem Erhalt der 'politischen Neutralität' höheren Wert beimisst als den grundlegenden Rechten einzelner Athletinnen und Athleten." [5]

Tatsächlich geht es um den Erhalt und die Sicherung eines globalen,

## UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

### Zebrastreifen ...

*© 2021 by Schattenblick*

milliardenschweren Geschäftsmodells, an dessen Aufrechterhaltung auch Athleten Deutschland e.V. nicht unbeteiligt ist. Die Forderung der deutschen Athletenvertretung, TeilnehmerInnen Olympischer Spiele müßten "25 Prozent des Gesamtgewinns aus den Vermarktungs- und Übertragungserlösen des IOC" bekommen, ignoriert in sträflichster Weise, daß die Athleten damit zu käuflichen Garanten dieses knallharten, auf steigende Profite und Wachstum setzenden Ringekonzerns würden, wollten sie sich bei der Gewinnmaximierung nicht ins eigene Fleisch schneiden. Und daß Menschenrechte für Athleten nicht universal gelten, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg Anfang 2018 bewiesen, als er die Klage verschiedenster Athletenvertretungen und Privatpersonen gegen ein fast totalitäres Dopingkontrollregime, das TopsportlerInnen zum Beispiel dazu zwingt, mehrere Monate im voraus Angaben über ihren Aufenthaltsort zu machen oder sich faktisch in eine Art 60minütigen Hausarrest pro Tag zu begeben, rechtmäßig sei. [6] Da wurde dem Wettkampf- und Kontrollbetrieb über die Larve des Gesundheitsschutzes auch ein höherer Wert beigemessen als etwa dem Recht auf Freizügigkeit oder der Achtung des Privat- und Familienlebens. Wo es der Verwertung des marktförmigen Sportlermaterials dient, ist mit Hilfe der "Verhältnismäßigkeit" noch jedes Recht umgebogen worden.

***Anmerkungen:***

[1] https://www.deutschlandfunk.de/regel-50-der-olympischen-charta-die- stimmen-der.890.de.html?dram:article_id=481038. 22.07.2020.

[2] https://olympics.com/ioc/news/ioc-athletes-commission-s- recommendations-on-rule-50-and-athlete-expression-at-the-olympic-games . 21.04.2021.

[3] https://globalathlete.org/our-word/the-iocs-rule-50-continues-to-suppress-athletes-rights-to-freedom-of-expression. 21.04.2021.

[4] https://euathletes.org/statement-on-rule-50-of-the-olympic-charter/. 23.04.2021.

[5] https://athleten-deutschland.org/pressemitteilung/reaktion-auf-die- empfehlungen-zur-anpassung-der-regel-50/. 22.04.2021.

[6] Urteil v. 18.01.2018, Az. 48151/11 und 77769/13

*http://www.schattenblick.de/infopool/sport/meinung/spmek277.html*

**_____I n h a l t_____Ausgabe 3310 / Dienstag, den 18. Mai 2021____**

BÜRGER/GESELLSCHAFT - FAKTEN
1 INTERNATIONAL/284: Aktuelles aus Kirgistan (Pressenza)

BÜRGER/GESELLSCHAFT - AMNESTY INTERNATIONAL
4 MELDUNG/347: AI Bericht - Verheerende Folgen der Pandemie für die Menschenrechte (Pressenza)

BÜRGER/GESELLSCHAFT - MEINUNGEN
6 STANDPUNKT/489: Bidens Drohnenkriege (Pressenza)

POLITIK - KOMMENTAR
9 HERRSCHAFT/1911: Bourgeoisie future ... (SB)
18 HERRSCHAFT/1910: Ideologische Widerhaken ... (SB)

POLITIK - MEINUNGEN
33 STANDPUNKT/978: Der fortgesetzte Kampf um die Zustimmung für einen Krieg gegen Russland über den Syrienkonflikt (Pressenza)

POLITIK - AUSLAND
35 LATEINAMERIKA/1995: Kuba - Raúl Castro legt Amt nieder (poonal)

POLITIK - SOZIALES
37 FRAGEN/062: "Männlichkeiten". Was steht hinter dem Begriff aus der Gendertheorie? (poonal)

POLITIK - WIRTSCHAFT
41 MEINUNG/111: Skizzen zur staatlichen Planung in China und anderen Ländern (Pressenza)

RECHT - FAKTEN
44 INTERNATIONAL/321: Brasilien - Drei Jahre nach dem Mord an Marielle Franco (poonal)

EUROPOOL - POLITIK
46 ITALIEN/353: Wegen des Mordkomplotts gegen Aldo Moro wollen Macron und Draghi ... (Feldbauer)

GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE
47 MEMORIAL/228: Aldo Moro, der Allende Italiens (Gerhard Feldbauer)

GEISTESWISSENSCHAFTEN - MEINUNGEN
56 STANDPUNKT/023: Napoleon Bonaparte - Repräsentant der Revolution und Eroberer ( Feldbauer)

RELIGION - MEINUNGEN
61 STANDPUNKT/115: Über "Rattenlinien" verhalf der Vatikan Zehntausenden Faschisten zur Flucht (Feldbauer)

SCHACH UND SPIELE - SCHACH
67 SCHACH-SPHINX/07315: Umstand der Verwirrung (SB)

DIE BRILLE - REDAKTION
68 REZENSION/046: Fritz Bremer - In allen Lüften hallt es wie Geschrei, Jakob van Hoddis. Fragmente ... (SB)

BUCH - SACHBUCH:
70 REZENSION/739: AgrarBündnis e.V. (Hrsg.) - Der kritische Agrarbericht 2021 (SB)
75 REZENSION/738: Thomas Leahy - The Intelligence War against the IRA (SB)

MEDIEN - MEINUNGEN
80 STANDPUNKT/075: Die erste Blume fällt aufs Grab des freien Internets (Pressenza)

MUSIK - FAKTEN
82 MELDUNG/307: Brasilien - 26. Mai zum "Tag des Akkordeonspielers" erklärt (poonal)

UNTERHALTUNG - REISEN
84 BERICHT/103: Vor 1600 Jahren wurde Venedig gegründet (Gerhard Feldbauer)

UMWELT - INTERNATIONALES
87 LATEINAMERIKA/214: Brasilien - Goldsuche verseucht Flüsse, Böden und Lebensmittel (poonal)
88 LATEINAMERIKA/215: Viele Staaten haben das Escazú-Abkommen bisher nicht unterzeichnet (poonal)
90 WASSER/261: Peru - UN-Wasserziele für 2030 in Gefahr (poonal)

92 UNTERHALTUNG - COMIC: COMIC STRIP/160: Magus Rolf - Kalter Fuß und warmes Fell ... (SB)

93 KINDERBLICK - NATURKUNDE: WISSENSDURST/055: Neue Technik, neue Fragen ... (SB)

95 KINDERBLICK - TIERGESCHICHTEN/010: Die Sonne, die Hummel und die Wirklichkeit ... (SB)

97 SPORT - MEINUNGEN: KOMMENTAR/277: Die olympische Lüge ... (SB)

99 UNTERHALTUNG - COMIC: 99 COMIC STRIP/159: Hartze - Zebrastreifen ... (SB)

104 DIENSTE - WETTER: AUSSICHTEN/9026: Und morgen, den 18. Mai 2021 (SB)

# Schattenblick

**Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert**

**Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe**
mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion,** der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.
Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:
MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

**MA-Verlag**
**Redaktion Schattenblick**
Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

**Schattenblick Wochendruckausgabe**
**- fassen, lesen und begreifen -**

## REDAKTION / WOCHENDRUCKAUSGABE / EDITORIAL

Foto: © by Schattenblick

### Wieder da ...

Endlich, endlich! Mit dem Erscheinen und Versand dieses Schattenblick-Magazins eröffnen wir wieder den Reigen für die SB-Druckausgabe über die fortlaufende Nummer 161. Sechsmal genau liegt die Wochendruckausgabe des Schattenblick dann 14-tägig in den Händen der interessierten Leser, also am 22.05., 05.06., 19.06., 03.07., 17.07. und 31.07.2021.

Danach schließlich werden wir es voraussichtlich wieder schaffen, Ihnen die vertraute gedruckte Version unseres Online-Magazins wöchentlich zukommen zu lassen, wenn Sie die Zeitschrift über den MA-Verlag (Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth) entweder als Einzelexemplar zum gewohnten Preis von 8,50 Euro oder im Abonnement für 28,00 Euro inklusive Versandkosten für jeweils vier aufeinanderfolgende Ausgaben erwerben.

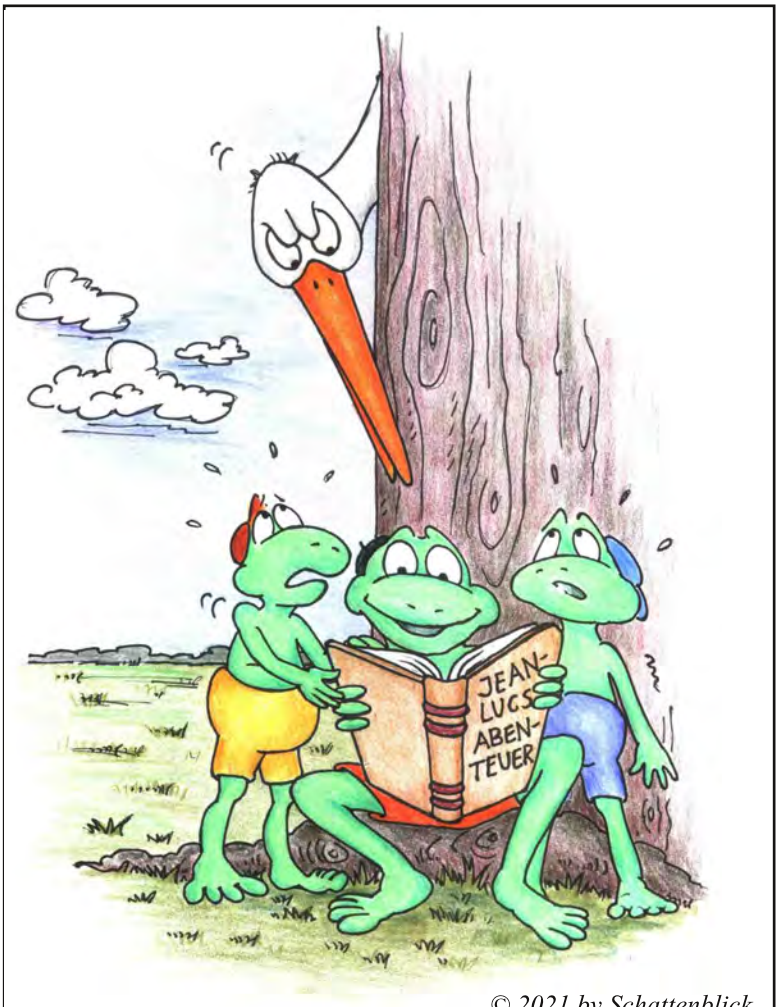
Nicht zuletzt zu unserem Neustart des gedruckten Schattenblick wünschen wir Ihnen selbstverständlich einen ergiebigen Lesegebrauch und Nutzen.

*Ihre Schattenblick-Redaktion*

## DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

### Und morgen, den 18. Mai 2021

Vorhersage für den 18.05.2021 bis zum 19.05.2021




© 2021 by Schattenblick

Frosch Jean-Lucs Legenden
gleichen eh'r der Fabel,
weil sie meistens enden
mit dem großen Schnabel.

**IMPRESSUM** **Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.